Die Migration aus Südosteuropa in lokalen Medien in Duisburg 2014

Eine Kritische Diskursanalyse des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS)

im Auftrag der Open Society Foundations (OSF)

Die Migration aus Südosteuropa in lokalen Medien in Duisburg 2014

1 Motivation und Fragestellungen der Analyse 3

2 Theoretische und methodische und lokale Voraussetzungen der Analyse 5

2.1 Das Konzept der Kritischen Diskursanalyse (KDA) 5

2.2. Notwendige Begriffsklärungen 8

2.3 Diskursiver Kontext: Die Situation in Duisburg 10

2.3.1 Thema: Einwanderung aus Süd-Ost-Europa 10

2.3.2 Thema: Flucht und Asyl 13

3 Analyse lokaler Printmedien 14

3.1 Analyse der WAZ 15

3.1.1 Strukturanalyse 15

3.1.2 Feinanalysen 30

3.1.3 Zusammenfassung 34

3.2 Analyse der RP 35

3.2.1 Strukturanalyse 35

3.2.2 Feinanalyse eines typischen Artikels: Mehr Hilfen, aber auch mehr Arbeit 49

3.2.3 Zusammenfassung 57

3.3 Analyse des Wochenanzeigers 59

3.4 Analyse des Stadtpanoramas 67

3.5 Synopse 73

4. Erste Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen / Ausblick 75

5 Literatur 78

6. Nachweis der analysierten Artikel 80

1 Motivation und Fragestellungen der Analyse

Die Zuwanderung aus den Ländern Bulgarien und Rumänien nach Deutschland beschäftigt seit einigen Jahren Politik, Medien und zivilgesellschaftliche Gruppen. Allgemein ist festzustellen, dass sich seit der EU-Mitgliedschaft beider Länder und der sukzessiven Implementierung der Freizügigkeit die Migration aus Südosteuropa nach Deutschland erhöht hat. Die Stadt Duisburg ist von dieser Zuwanderung in besonderem Maße betroffen - mit der Folge, dass sich in der Stadt unterschiedliche Konfliktlinien herausgebildet haben, die einer Integration der neuen Duisburgerinnen und Duisburger im Wege stehen.

In überregionalen Medien wurde Duisburg – neben Dortmund und Berlin-Neukölln – zu einem Negativ-Symbol für diese Zuwanderung, da die öffentliche Wahrnehmung der Neubürgerinnen und Neubürger fast durchweg negativ war: sie seien ein „Problem", das die „betroffenen" Kommunen nicht bewältigen könnten; sie wurden mit Müll, Schmutz, Kriminalität, Armut, sozial unangepasstem Verhalten und finanzieller Belastung durch die Inanspruchnahme von Sozialleistungen in Verbindung gebracht. Teils offen, teils unterschwellig wurde mit antiziganistischen Aussagen argumentiert, dass die Neuankömmlinge schon allein deshalb „unintegrierbar" seien, weil es sich um Angehörige der Minderheit der Roma handele.

Zu dieser Sichtweise hat sicherlich auch die Konzentration der Migration auf einige Stadtteile von Duisburg beigetragen. In Duisburg kam es besonders in den Stadtteilen Hochfeld und Bergheim zu Protesten aus der bisherigen Bevölkerung mit teils rassistischem und wohlstands-chauvinistischem Hintergrund gegen die Zugewanderten. Ein Handlungskonzept der Stadt, mit dem die zugewanderten Personen in die Duisburger Gesellschaft integriert werden sollten, konnte offenbar noch nicht ausreichend umgesetzt werden.

Die Proteste der ortsansässigen Bevölkerung gegen diese Zuwandererinnen und Zuwanderer riefen sodann extrem rechte Parteien und Organisationen auf den Plan, die die Situation für sich propagandistisch auszuschlachten versuchten und versuchen. Es gab Kundgebungen, die allerdings durch Gegenkundgebungen neutralisiert werden konnten. Dennoch war und ist die Situation in den Stadtteilen ausgesprochen brisant und die Stimmung ist rassistisch aufgeladen.

Dabei ist evident, dass solche Stimmungen nicht unerheblich durch Diskurse entstehen, die insbesondere in den Medien transportiert und reproduziert werden.

Im Folgenden soll deshalb durch eine Diskursanalyse lokaler Medien herausgearbeitet werden, wie die Medien die Einwanderung von Personen aus Südosteu-

ropa begleiten.[1] Dabei wird davon ausgegangen, dass den Medien eine Schlüsselrolle für die Prägung der Wahrnehmung von gesellschaftlichen Zusammenhängen zukommt. Diese besteht darin, dass sie auf der einen Seite Diskurse produzieren und gleichzeitig als Transporteure bestehender Diskurse auftreten. Sie markieren die Sagbarkeitsfelder und geben damit den Rahmen vor, wie in der Gesellschaft über Problemzusammenhänge nachgedacht und welche Lösungen und Perspektiven eingeschlagen werden.

Für die hier vorgestellte Analyse wurde als Kern-Zeitraum der Zeitraum vom 01.04.2014 bis 30.06.2014 gewählt. Dies geschah mit Blick auf die Wahlen in Duisburg am 25.05.2014: Europawahl, Kommunalwahl und die Wahl zum Integrationsrat. Es wurden vier lokale Zeitungen ausgewählt, zwei Tageszeitungen und zwei Wochenzeitungen:

- Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ)
- Rheinische Post (RP)
- Wochenanzeiger
- Stadtpanorama

Es wird untersucht, wie in diesem Zeitraum mit dem Thema „Einwanderung aus Südosteuropa“ in der medialen Berichterstattung umgegangen wurde.

Bei den Analysen dieser Medien wird den folgenden Fragestellungen nachgegangen werden.

1. Wie werden die Duisburgerinnen und Duisburger mit Herkunft aus Südosteuropa dargestellt?

2. Wie werden die „Anwohnerinnen“ und „Anwohner“ und andere Alteingesessene dargestellt?

3. Welche Äußerungen finden sich von Lokalpolitikerinnen und -politikern, der Stadtverwaltung und der Polizei, etc. und welche Wirkungen entfalten diese im gesellschaftlichen Diskurs? Ob und inwieweit wird die Einwanderung aus Südosteuropa zum Wahlkampfthema?

4. Wie werden überlokale politische und gesellschaftliche Instanzen (Land, Bund, EU) dargestellt und welche Effekte gehen von diesen Darstellungen aus?

5. Wie wird die Arbeit von sozialen Gruppen, Initiativen, bürgerschaftliches Engagement etc. vor Ort dargestellt?

6. Wie funktionieren Konstruktionen von „wir“ und „die Anderen“ und welche Folgen haben sie?

7. Wie werden das Handlungskonzept der Stadt Duisburg oder andere stadt- und migrationspolitische Konzepte aus anderen Städten und Regionen aufgenommen?

[1] Die Diskursanalyse wurde erstellt von Dr. Margarete Jäger, Iris Tonks, M.A., Zakaria Rahmani unter Mitarbeit von Pia Götzen und Maren Voetsch.

Die folgenden Analysen können am Beispiel der Einwanderung aus Südosteuropa aufzeigen, wie Probleme durch Einwanderung konstruiert werden und welche vermeintlichen Lösungen aus dieser Konstruktion abgeleitet werden. Ziel ist somit eine Dekonstruktion von (Vor-)Urteilen, Bewertungen und Zuschreibungen. Dies soll einen Beitrag dazu leisten, dass Duisburg zu einer Ankunftsstadt wird, in der Einwanderung als Zugewinn gesehen wird.

Auf der Grundlage der Analysen werden Strategien erarbeitet, wie in den Medien eine diskriminierende und ausgrenzende Berichterstattung vermieden werden kann und welche Maßnahmen zur Integration von ihnen lanciert werden könnten.

2 Theoretische und methodische und lokale Voraussetzungen der Analyse

2.1 Das Konzept der Kritischen Diskursanalyse (KDA)

Wenn hier von Diskurs gesprochen wird, ist damit keine Diskussion oder gesellschaftliche Auseinandersetzung gemeint. Unter Diskurs soll hier ein Fluss von *Wissen* durch Zeit und Raum verstanden werden, der in der Vergangenheit beginnt und durch die Gegenwart in die Zukunft fließt. (Vgl. Jäger 2012, 26ff)

Eine kritische Analyse dieses diskursiven Wissens kann zeigen, was zu einem bestimmten Zeitpunkt an bestimmten Orten von wem wie sagbar war bzw. ist. Dies wirft die gleichzeitig die Frage auf, was nicht sagbar war oder ist. Diskurse können somit auch als gesellschaftliche Redeweisen betrachtet werden, die institutionalisiert sind und somit Regeln unterliegen.

Mit diesen Redeweisen und ihren inhärenten Regeln schaffen Diskurse Vorgaben für die Strukturierung und Gestaltung von Gesellschaften und ihrer Subjekte. Insofern produzieren Diskurse gesellschaftlich Wirklichkeiten und entfalten darüber Machtwirkungen, weil sie das Handeln von Menschen bestimmen.

So lässt sich mit Blick auf die vorliegende Analyse der lokalen Berichterstattung über die Zuwanderung aus Südosteuropa, feststellen, dass z.B. der Begriff des 'Zigeuners' in Deutschland nicht mehr oder kaum mehr sagbar ist, dass sich zur Bezeichnung dieser Personengruppe andere Sagbarkeitsfelder auftun, mit denen jedoch weiterhin antiziganistische Stereotypen reproduziert werden.[2] Dazu

[2] Zum Begriff des Antiziganismus siehe weiter unten.

gehört z.B. die Kontextualisierung dieser Personen mit Nomadentum, Kriminalität, Bildungsdefizite, Unrat und Müll – um nur einige zu nennen.

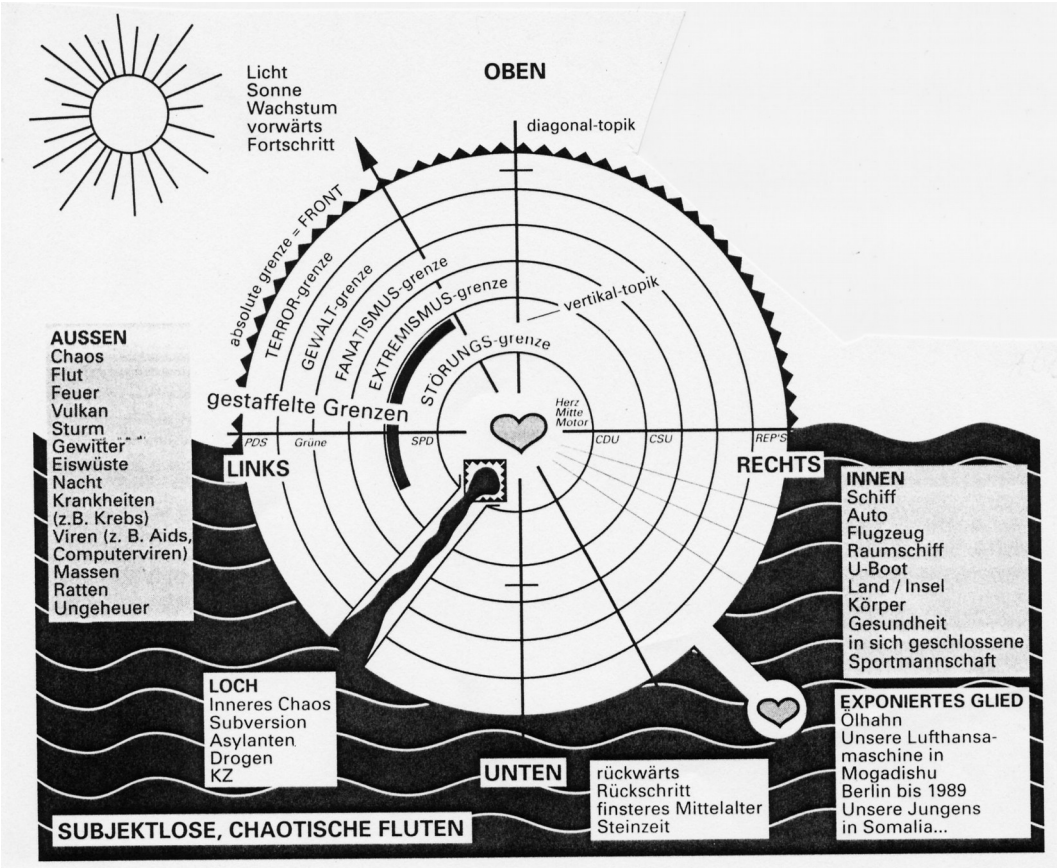
Kritische Analysen des Mediendiskurses zielen nicht auf eine Kritik einzelner Medien ab. Auch geht es dabei nicht um eine Sprachkritik. Sie können und sollen auf Wirkungen hinweisen, die mediale Bilder und Berichte bei den Leserinnen und Lesern haben (können). Diese werden zum Beispiel durch den Einsatz von Kollektivsymbolen hergestellt.

Kollektivsymbolik

Analysen historischer und gegenwärtiger Diskurse haben herausarbeiten können, dass ein wichtiges tragendes und stützendes Element der Diskurse das System der Kollektivsymbolik darstellt.

Unter Kollektivsymbolik ist die „Gesamtheit aller am weitesten verbreiteten Allegorien und Embleme, Vergleiche [...] pars pro toto [...] anschaulichen Modelle und Analogien einer Kultur" zu verstehen. (Jäger / Zimmermann 2010, 70).

Kollektivsymbole entfalten ihre Wirkung innerhalb eines topischen Systems, das für westliche moderne Industriegesellschaften auf folgende Weise visualisiert werden kann:[3]



[3] Vgl. zu den folgenden Ausführungen auch ausführlicher Jäger/Jäger 2007 40-47.

Die Grundstruktur lässt sich als ein kreisförmiges Gebilde vorstellen, dessen Grenzen gleichzeitig auf die Grenzen des sozialen Systems symbolisieren.

Dieses System lässt auf einer vertikalen Achse ein hierarchisches Oben und Unten entstehen. Es ermöglicht auf einer horizontalen Achse politische Verortungen (Rechts bis Links). Es lässt ein Innen und Außen voneinander trennen und dazwischen anhand von gestaffelten Binnengrenzen (Extremismus, Fanatismus-Gewalt, Terror) differenzieren.

Diese Grundtopik kann durch verschiedene Symbolserien konkret aufgefüllt werden. Und diese Symbole sind gerade für konfliktäre Diskurse besonders bedeutsam, weil damit diejenigen codiert werden (können), die zum „Eigenen" gegenüber den „Anderen" gehören. Sie können markieren, wer zur eigenen Gruppe gehört und wer nicht.

Die Rede vom „Zuwandererstrom" gibt z.B. zu verstehen, dass wir es mit einem Prozess zu tun haben, den man nicht oder nur sehr schwer unter Kontrolle bringen kann, in dem man Dämme dagegen errichtet. Insofern entfalten Kollektivsymbole bereits durch ihre bildliche Logik Sinnzusammenhänge und legen Handlungsanweisungen nahe. Der vermeintlich unaufhaltbare „Zuwandererstrom" kann Ohnmachtsgefühle, aber auch Abwehrhaltungen entstehen lassen.

Dieses System ist relativ kulturabhängig und liefert einen Rahmen, innerhalb dessen gesellschaftliche Wirklichkeiten gedeutet werden. Kollektivsymbole haben eine Orientierungsfunktion; sie helfen, sich in komplexen Zusammenhängen bewegen zu können, indem diese strukturieren und dadurch Zusammenhänge und Sachverhalte symbolisch integrieren.

Normalismus

Ein weiteres tragendes und stützendes Element derzeitiger Diskurse moderner Industriegesellschaften ist der Komplex des Normalismus.[4]

Seit Beginn des 19. Jahrhunderts hat sich sukzessive in den Industriegesellschaften ein neuer Kulturtyp herausgebildet, mit dem das produziert wird, was in den Gesellschaften als normal und nicht normal wahrgenommen wird. Dieser Normalismus stellt die Gesamtheit aller diskursiven Verfahren und Institutionen dar, mit denen in den Gesellschaften Normalität produziert und reproduziert wird. Dies geschieht dadurch, dass nahezu alle gesellschaftlichen Sektoren quantifiziert und messbar gemacht werden. Auf diese Weise können die dynamischen gesellschaftliche Prozesse von Industriegesellschaften, bei denen es immer um Wachstum und Weiterentwicklungen geht und die deshalb auch immer die Gefahr eines chaotischen Umschlags in sich bergen, kontrolliert und reguliert werden. Mit unterschiedlichen Strategien lassen sich diese Prozesse quasi auf ein „Normalmaß" halten, um eine Denormalisierung zu verhindern.

Jürgen Link beschreibt zwei Normalisierungsstrategien, den Protonormalismus, in dem enge und starre Toleranzgrenzen gegen Denormalisierung versichern.

[4] Vgl. dazu ausführlicher Jäger/Jäger 2007, 61-69, aber vor allem Link 2006.

Diese Strategie birgt allerdings die Gefahr, dass Wachstumsdynamiken blockiert werden können. Auf der anderen Seite steht ein flexibler Normalismus, der es zulässt, dass auch unvorhergesehene Dynamiken durch eine Neu-Adjustierung berücksichtigt werden können. Diese Strategie birgt jedoch die Gefahr, dass Grenzen verschwimmen können. Beide Strategien können miteinander verbunden sein und ausgleichend aufeinander einwirken. Von Bedeutung ist, dass diese Strategien subjektbildend wirken. So erfordert der Protonormalismus ein autoritär strukturiertes Subjekt und der flexible Normalismus eher ein Subjekt, das in der Lage ist, sich selbst (und andere) zu regulieren

Diese Strategien und die damit verbundenen Machteffekte lassen sich durch eine Diskursanalyse herausarbeiten. Es ist evident, dass sich in Verbindung mit der Zuwanderung aus Südosteuropa die Normalität in den Ankunftsstädten verändert und damit zu einer wichtigen Analysekategorie wird.

2.2. Notwendige Begriffsklärungen

Der Einwanderungsdiskurs in Deutschland ist tendenziell ein Konfliktdiskurs, in dem darum gerungen wird, wie den Einwander_innen von Seiten der Mehrheitsgesellschaft begegnet wird. Dabei lassen sich sowohl rassistische wie auch antiziganistische Elemente auffinden. Im Folgenden soll deshalb das Verständnis dieser zentralen Begriffe, die in die Analyse einfließen, erläutert werden. Dies gilt in gleicher Weise für den Begriff des Populismus.

Rassismus

Unter Rassismus soll im Folgenden eine Einstellung im Sinne von 'Für-Wahr-Halten' verstanden werden, bei der Menschen, die anders aussehen und/oder andere Sitten und Gebräuche pflegen als die Mehrheit der Bevölkerung, weil sie z.B. eine andere Sprache sprechen, als mehr oder weniger homogene Gruppe, eben als 'Rasse', konstituiert und negativ beurteilt werden und diese Beurteilung zum Aussagenkomplex des hegemonialen Diskurs gehört, d.h. mit ihm in Einklang steht.

Wichtig ist dabei, dass die Eigenschaften, die diesen Personengruppen zugeschrieben werden, als natürlich und nicht veränderbar angesehen werden – was nicht unbedingt bedeutet, dass die Merkmale an der Körperlichkeit der Menschen festgemacht werden. Auch kulturelle Phänomene, Lebensgewohnheiten und Kulturen werden in dieser Perspektive als nicht veränderbar angesehen. Im ersten Fall spricht man vom biologischen oder genetischen Rassismus, im zweiten vom kulturellen oder Kulturrassismus.[5]

[5] Von Rassismus zu unterscheiden ist *Ethnozentrismus*. Dieser liegt vor, wenn die kulturellen Zuschreibungen und Konstruktionen nicht naturalisiert werden, wenn also prinzipiell davon ausge-

Antiziganismus

„Antiziganismus bezeichnet ein historisch gewachsenes und sich selbst stabilisierendes soziales Phänomen, das eine homogenisierende und essenzialisierende Wahrnehmung und Darstellung bestimmter sozialer Gruppen und Individuen unter dem Stigma ‚Zigeuner' oder anderer verwandter Bezeichnungen [...] umfasst." (End / Herold / Robel 2009, 47)

Diese Fremdzuschreibung von Eigenschaften führt zu einer Stigmatisierung der betroffenen und mündet in „diskriminierende soziale Strukturen und gewaltförmige Praxen". (End / Herold / Robel 2009, 47)

In der hier untersuchten Berichterstattung sind davon besonders Personen aus Südosteuropa, vor allem aus Bulgarien und Rumänien betroffen, sofern sie als Roma wahrgenommen werden.

Bei dem Terminus *Roma*[6] handelt es sich um eine Selbstbezeichnung, die teilweise als Oberbegriff für verschiedene Gruppen wie Kal-deraš, Kalé, Sinti_ze usw. verwendet wird. Im deutschen Kontext sind damit vor allem ab Mitte des 19. Jahrhunderts aus den Balkanländern eingewanderte Personengruppen gemeint.

Der Terminus *Sinti*[7] bezieht sich auf jene Menschen, deren Vorfahren bereits seit dem späten Mittelalter im Gebiet des jetzigen Deutschlands lebten.

Populismus

In den letzten Jahren sind in der politischen Debatte Begriffe eingeführt worden, mit denen eine bestimmte politische Strategie erfasst werden soll: der Populismus, insbesondere der Rechtspopulismus. Mit diesen Begriffen wird eine politische Strategie bezeichnet, mit der vor allem die Art und Weise angesprochen ist, *wie* Politik an die Bevölkerung vermittelt wird. Innerhalb der Wissenschaft sind diese Begriffe durchaus umstritten, besonders, wenn es um ihre Abgrenzung zu den Politiken der extremen Rechten geht.[8] Sebastian Reinfeldt sieht in Populismus den Versuch, Wähler_innen an eine Partei oder Bewegung zu binden, „die sich nicht mehr durch die klassischen politischen Formationen einfassen lassen" mit dem Ziel „dieser zur politischen Macht zu verhelfen." (Reinfeldt 2013, 146) Unabhängig von dieser Diskussion soll in dieser Untersuchung unter Populismus eine Machtstrategie verstanden werden, mit der eine Dichotomie zwischen einem imaginierten „wir" gegenüber „denen da oben" produziert wird, wobei sich das „Wir" nochmals von einem „nicht-wir" konfrontativ abgrenzt. Anton Pelinka stellt heraus, dass sich der Rechtspopulismus vom Populismus „durch einen (xenophoben) horizontalen Affekt" unterscheide, der auf der Ein-

---

gangen wird, dass die zugeschriebenen Eigenschaften wandelbar oder auflösbar sind. Diese Annahme geht in alle Anpassungs- und Integrationsforderungen ein, wobei der Maßstab immer bei „unserer" Kultur liegt.

[6] Rom: Singular, männl.; Roma: Plural, männl.; Romni: Singular, weibl.; Romnija: Plural, weibl.

[7] Sinto: Singular, männl.; Sinti: Plural, männl.; Sintiza: Singular, weibl.; Sintize: Plural, weibl.

[8] Vgl. zum Beispiel die Thesen des AK Rechts im DISS, die sich mit Verständnis von Rechtspopulismus bei Christoph Butterwegge auseinandersetzen. (AK Rechts 2014, 25-27, aber auch Geden 2007, Butterwegge 2011. Zum Begriff des Populismus vgl. Reinfeldt 2012 und 2013.)

deutigkeit eines „Wir"-Gefühls beruhe: „Das ‚eigene' Volk, die ‚eigene' Nation wird als klar abgrenzbar gegenüber den ‚anderen' empfunden. (Pelinka 2002, 284f.) Bezogen auf den Einwanderungsdiskurs liegt (Rechts-)Populismus also dann vor, wenn sich eine Bewegung oder Partei als Stimme des „Wir" begreift, die gegen „die da oben" angeht, weil diese nicht gegen die „Fremden" vorgehe.

2.3 Diskursiver Kontext: Die Situation in Duisburg

Im Folgenden sollen in aller Kürze die Ereignisse und Debatten sowie Handlungen der Kommune und der Zivilgesellschaft skizziert werden, die im Vorfeld und zum Zeitpunkt der Analyse in Duisburg in Verbindung mit der Zuwanderung aus Südosteuropa stattgefunden haben. Da diese eng mit gleichzeitig stattgefundenen Diskussionen und Ereignissen zu Flucht und Asyl verknüpft sind, wird auch dieser Gesichtspunkt als diskursiver Kontext berücksichtigt.

2.3.1 Thema: Einwanderung aus Süd-Ost-Europa

Seit dem 01.01.2007 gehören Rumänien und Bulgarien zur EU. Bereits seit 2006 ist eine vermehrte Einwanderung von Personen aus Rumänien und Bulgarien nach Deutschland zu beobachten. 2012 kamen 117.000 Rumäninnen und Rumänen und 59.000 Bulgarinnen und Bulgaren nach Deutschland. Allerdings ist festzustellen, dass im gleichen Jahr 100.000 Personen wieder wegzogen – was darauf verweist, dass wir es hier mit einem sehr dynamischen Prozess zu tun haben.

Am 31.12.2013 lebten etwa 324.000 Rumänen und Bulgaren in Deutschland. Dies entspricht mehr als einer Verdopplung seit dem EU-Beitritt der beiden Länder.

In der Mehrheit handelt es sich dabei um Menschen, die über eine berufliche Qualifikation verfügen und einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Nach Zahlen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) lag die Arbeitslosenquote bei zugewanderten Rumäninnen und Rumänen und Bulgarinnen und Bulgaren 2013 bei 9,6 Prozent und war damit nur etwas höher als im Bevölkerungsdurchschnitt (7,4 Prozent) und sogar deutlich niedriger als bei der ausländischen Bevölkerung insgesamt (14,7 Prozent) (Brücker, Hauptmann, Vallizadeh 2013).

28 Prozent dieser Personen haben einen Hochschulabschluss, 46 Prozent verfügen über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Jedoch hatten auch 35 Pro-

zent zum Zeitpunkt der Erhebung 2010 (noch) keine abgeschlossene Berufsausbildung (Grote 2014).

Diese Zahlen zeigen, dass die Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien keinesfalls mit Armutsmigration gleichzusetzen ist.

Handlungen der Kommune

Die Strategie der Duisburger Kommune auf die seit 2007 einsetzende Einwanderung aus Südosteuropa bestand zunächst in einer „Taktik der kleinen Nadelstiche". Diese äußerte sich in Kontrollen von Polizei und Ordnungsamt. Die Sprecherin der Stadt äußerte sich dazu folgendermaßen: „Wir versuchen weiter, den Personen den Aufenthalt dort so weit wie möglich zu erschweren." (Vgl. Graevskaja 2013, 102). Diese Strategie, die auf die sog. „Problem-Stadtteile" ausgerichtet war, mündete u. a. darin, dass im August 2008 ca. 200 Roma aus Duisburg-Bruckhausen vertrieben wurden.

Maßnahmen, die auf eine Integration der Einwander_innen in die Stadtgesellschaft abzielen wurden erst 2011 getroffen. Die Stadt legte ein Handlungskonzept vor, mit dem der Umgang mit der Zuwanderung von Menschen aus Südosteuropa geregelt werden sollte. Im Jahre 2014 folgte ein zweiter Sachstandsbericht. Dem vorgelagert war eine zivilgesellschaftliche Debatte über das Thema der Zuwanderung aus Südosteuropa, die zur Bildung mehrerer Runder Tische und der Veröffentlichung diverser offener Briefe führte.

An diesen runden Tischen waren auch Vertreter_innen der Stadt beteiligt. Ansonsten trat die Stadt Duisburg öffentlich vornehmlich mit ordnungspolitischen Maßnahmen auf. So wurde die Unterkunft ‚In den Peschen 3-5' des Öfteren Ziel behördlicher Durchsuchungen, bei denen im Juli 2012 sogar Kinder in Obhut genommen wurden, da die Erziehungsberechtigten nicht anzutreffen waren.[9] Auch die im November 2013 gegründete „Task-Force Sicherheit und Ordnung zur Zuwanderung aus Südosteuropa"[10] reiht sich in diese ordnungsamtliche Strategie ein. Sie sollte stärkere Kontrollen von „Armutsflüchtlingen" durchführen. Mit ihr sollte der rechtmäßige „Aufenthalt der aus Bulgarien und Rumänien zugewanderten Bürger" überprüft werden. Entsprechend wurde dann im Dezember 2013 eine weitere Razzia des Ordnungsamtes durchgeführt.[11]

Mit Hilfe des im April 2014 in Kraft getretenen sogenannten „Wohnraumaufsichtsgesetz" wurde das Haus ‚In den Peschen' von der Stadt Duisburg schließlich als unbewohnbar eingestuft.[12]

---

[9] Im November 2012 gab es gar eine landesweite Razzia, die auch die Häuser ‚In den Peschen' betraf. Im Zuge dieses Einsatzes wurden jedoch weder Einbrecher noch Diebesgut vorgefunden.

[10] http://www.derwesten.de/staedte/duisburg/ordnungsamt-duisburg-kontrolliert-ab-heute-intensiver-id8628771.html

[11] Ende 2013 wird das Haus in der Beguinenstr. 1 geräumt und im Jahre 2014 folgten weitere Wohnungen in der Beguinenstr. 3 und 3a und im August 2014 das Haus ‚In den Peschen'. In diesem hatte der Vermieter Branco Barisic schon im Juni die Strom- und Gaszähler abmontieren lassen, so dass die dort lebenden ca. 20 Familien ohne Strom und Wasser auskommen mussten.

Handlungen der Zivilgesellschaft: Bürgerinitiativen, offene Briefe und runde Tische

Im Januar 2011 erhielt ein offener Brief der Initiative "Runder Tisch für Hochfeld" breiten Zuspruch und entsprechende Unterstützung. In ihm wurde „dringender Handlungsbedarf" hinsichtlich der Situation zugewanderter Kinder und Jugendliche und der „katastrophalen Wohnbedingungen" angemahnt und es wurde ein sofortiges „Eingreifen zum Wohle der zugewanderten Kinder und Jugendlichen" gefordert.

Im Juli 2011 formulierte dann die Hochfelder Initiative ,,Zukunftsstadtteil e.V.", unter Federführung des ersten Vorsitzenden Michael Willhardt, gleichfalls einen offenen Brief, in dem schärfere Töne angeschlagen wurden. Der Verein beklagte die „Verwahrlosung der Zivilgesellschaft" und protestierte gegen den „Zuzug von Bulgaren" und „die Ströme problembeladener und bildungsferner Wanderungsbewegungen". Von diesem offenen Brief distanzierte sich der „Runde Tisch für Hochfeld".

Der nächste Akt geschah dann im August 2012. Rheinhausener Anwohner_innen initiierten eine Unterschriftenaktion, die sich an den Duisburger Oberbürgermeister Sören Link richtete.[13] In dem der Unterschriftenaktion zugrunde liegenden Brief wurde beteuert, dass die Lebensweise südosteuropäischer Zuwanderer „in keiner Weise mit dem Lebensstil der Bürger [...] in Einklang zu bringen" sei und diese demnach auch nicht integrierbar seien. Im Oktober 2012 wurden vor dem Duisburger Rathaus Flugblätter verteilt, die mit der Parole aufmachten: „Raus mit den Zigeunern".

Im gleichen Monat kam es dann zur Gründung des Runden Tisches Bergheim, der allerdings dann im Juli 2014 seine Arbeit faktisch einstellte. Das Mitglied Hans-Willhelm Halle verließ den Raum mit der Anmerkung, dass „diese Treffen von Gutmenschen, die glauben die Problematik mit Singen, Tanzen und Klatschen lösen zu können, dominiert" seien.

Festzustellen ist, dass die Auseinandersetzungen mit der Zuwanderung von Bulgar_innen sowie Rumän_innen stets von antiziganistischen Ressentiments begleitet waren und sind, an deren Ausbreitung sich auch extrem rechte Gruppierungen und Parteien beteiligt haben.

Im Oktober 2012 tauchten z.B. am Haus ‚In den Peschen' Nazi-Schmierereien auf, über die im online-Portal der WAZ „derwesten.de" berichtet wurde. Eine solche Stimmungsmache wurde von einer im Februar 2013 gegründeten Facebook-Gruppe „In den Peschen 3-5" begleitet. Dort wurden sogar Morddrohungen gegen Bewohner_innen dieser Häuser veröffentlicht, weshalb im August 2013 der Staatsschutz Ermittlungen aufnahm. In dieser Zeit heizte sich die Stimmung gegen die Zuwander_innen gefährlich auf: Augenzeugen berichteten über Drohun-

[12] In der NRZ Duisburg vom 16.04.2015 war zu lesen, dass das Haus mittlerweile für über 1,3 Millionen Euro an ein Immobilienunternehmen aus Gütersloh verkauft worden sei.

[13] Unter den Initiator_innen befand sich auch Hans-Willhelm Halle, ein Anwohner, der für einige Zeit zum inoffiziellen Sprecher der Rheinhausener Anwohner_innen wurde. Ihm wurde auch durch die lokalen und überlokalen Medien einige Aufmerksamkeit zuteil. Eine ähnliche Funktion hatte auch Sabine Kessler, eine Anwohnerin aus Duisburg-Meiderich.

gen bewaffneter Neonazis vor dem Haus ‚In den Peschen'. Daraufhin organisierten Bürger_innen Nachtwachen, mit denen die Bewohner_innen der Häuser vor Angriffen geschützt werden sollten. Im Rahmen dieser Nachtwachen kam es am 23.08.2013 zu einem Vorfall, bei dem einige Anwohner tätlich angegriffen wurden. In der Öffentlichkeit wurde der Vorfall als Überfall vermummter Gewalttäter gehandelt, bei denen es sich vermutlich um „Linke" gehandelt habe. Die Polizei stürmte daraufhin das Haus ‚In den Peschen' und begründete dies damit, dass sich einer der Täter dort aufhalte. Gleichfalls im August 2013 tauchten erneut Nazi-Schmiererein am Haus auf.

Doch die antiziganistisch begründete Ablehnung zeigte sich nicht nur in solchen Vorfällen. So waren im Frühjahr 2013 vermehrt so genannte „Zigeunerbesen" in diversen Geschäften in Duisburg zu sehen. (Vgl. Gießelmann 2013) Reisigbesen wurden mit den Borsten nach oben gerichtet am Eingangsbereich dieser Geschäfte aufgestellt. Damit sollten vermutlich die als Roma angesehenen Zuwander_innen davon abgehalten werden, die Geschäfte zu betreten, um so zu verhindern, dass diese Ladendiebstähle begängen.[14]

2.3.2 Thema: Flucht und Asyl

Von der Diskussion um Einwanderung aus Südosteuropa zu unterscheiden ist die Diskussion um die Aufnahme von Flüchtlingen in Duisburg. Während die Einwandernden aus Südosteuropa als EU-Bürger_innen Freizügigkeit genießen, wird die Verteilung von Asylsuchenden nach dem sogenannten „Königsteiner Schlüssel" auf die verschiedenen Bundesländer gemäß einer jährlich festgelegten Quote vorgenommen. Die Länder nehmen die Zuweisung der Flüchtlinge auf die Kommunen vor, die dann für deren Unterbringung verantwortlich sind. Entsprechend ist auch Duisburg verpflichtet, Menschen aufzunehmen, die Asyl in Deutschland suchen. In den letzten Jahren entstanden in Duisburg immer wieder teilweise sehr hitzig geführte Diskussionen um geeignete Immobilien und Standorte für solche Unterkünfte. So gab es am 09.11.2013 gleich zwei Aufmärsche extrem rechter Gruppen an denen sich etliche Anwohner_innen beteiligten, die sich gegen eine in Duisburg-Neumühl geplante Flüchtlingsunterkunft mit der Parole: Kein Asyl in Neumühl richteten. Dort sollte ein leerstehendes Krankenhaus in eine Unterkunft für Flüchtlinge umgewandelt werden. Nach diesen Protesten gab die Stadt Duisburg – möglicherweise auch mit Blick auf die Kommunalwahl im Frühjahr 2014 – diesen Plan zunächst auf.

[14] Der „Zigeunerbesen" geht auf einen mittelalterlichen Aberglauben zurück. Mit ihm sollen Hexen und auch „Zigeuner" magisch gebannt werden. (Vgl. Gießelmann 2013 sowie Wippermann 2011.)

Handlungen der Kommune

Im August 2014 ließ sie dann in Duisburg Walsum eine Zeltstadt errichten, in der Flüchtlinge untergebracht werden sollten. Es wurde argumentiert, dies sei eine Notlösung, von der man – angesichts der erwartet hohen Anzahl von Flüchtlingen – nicht abweichen könne. Im selben Monat, am 28.8.2014 rief OB Link einen „Runden Tisch Asyl" ins Leben, der Duisburg bei der Unterkunftssuche helfen solle.

Handlungen der Zivilgesellschaft: Bürgerinitiativen, offene Briefe und Runde Tische

In Zusammenarbeit mit dem Runden Tisch wurde im September das leerstehende Krankenhaus erneut als Unterkunft in Betracht gezogen. Dieses Mal ließ sich die Stadt Duisburg durch Proteste der Anwohner_innen nicht einschüchtern. Außerdem organisierten Neumühler Bürger_innen eine Lichterkette, die vom Zentrum des Stadtteils bis zum St. Barbara-Hospital reichte und an der sich 400 Personen beteiligten, die damit ein Zeichen gegen die rechte Hetze und Rassismus setzen wollten. Im Dezember 2014 zogen dort die ersten Flüchtlinge ein.[15] Auch in anderen Stadtteilen in Duisburg werden Unterkünfte für Asylsuchende geplant, vorbereitet und bezogen. Dies geschieht mit geteiltem Echo unter der Duisburger Bevölkerung. Die Berichterstattung und Ereignisse um dieses Thema bedürften einer gesonderten Analyse und können hier nur randständig Erwähnung finden.

Diese kurze Skizze der Ereignisse in Duisburg im Zusammenhang mit Einwanderung und Flucht muss als Kontext verstanden werden, in den hinein die Berichterstattung der lokalen Medien wirken. Eine Analyse der Berichterstattung kann und soll zeigen, inwieweit die in der Stadtgesellschaft schwelenden Konflikte entschärft oder weitergetragen werden.

3 Analyse lokaler Printmedien

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Analysen der Tages- und Wochenzeitungen dargestellt, die für die Analyse ausgewählt wurden. Es handelt sich dabei die Tageszeitungen Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ) und Rheinische Post (RP) sowie die Wochenzeitungen Stadtpanorama und Wochenanzeiger. Letztere werden kostenlos in alle Duisburger Haushalte verteilt. Für alle Zeitungen wurden Strukturanalysen durchgeführt, mit denen die übergeordneten Forschungsfragen beantwortet werden können. Aus den beiden Tageszeitungen (WAZ; RP) wurden zudem typische Artikel ausgewählt und einer gesonderten

[15] Im Oktober 2014 wurde dann die bis dato ungenutzte Zeltstadt abgebaut; die Kosten, die die Stadt dafür aufzuwenden hatte, beliefen sich auf über 200.000 €.

Analyse unterzogen, mit denen sich u. a. die Argumentationsstrategien, Dichotomien, z.B. „Wir/die Anderen“, der Einsatz von Symboliken herausarbeiten lassen.

3.1 Analyse der WAZ

3.1.1 Strukturanalyse

Zur Auswahl der Artikel

Für die WAZ wurden alle Artikel aus dem Duisburger Lokalteil berücksichtigt, die in der Zeit vom 1.01.2014 bis 30.06.2014 die Zuwanderung aus Südosteuropa thematisiert.[16] Dabei wurden auch solche Berichte berücksichtigt, die sich mit der sogenannten „Armutsmigration“ oder mit der Zuwanderung von Roma beschäftigten, da sich diese Artikel mit der Zuwanderung aus Südosteuropa vermengten. Aus dem gleichen Grund wurden auch Berichte über Vorfälle in den Häusern ‚In den Peschen 3-5' beachtet, obwohl diese Häuser nicht ausschließlich von Zuwander*innen* aus Südosteuropa bewohnt wurden. Insgesamt erreichte das untersuchte Material einen Umfang von 71 Zeitungsartikeln.

1. *Wie werden die Duisburgerinnen und Duisburger mit Herkunft aus Südosteuropa dargestellt?*

Die Zuwander_innen werden stets als eine primitive Problemgruppe dargestellt, die sich durch Nomadentum auszeichne. Sie kommen nie zu Wort, sind passiv und die Kriminalität eines Teils dieser Personengruppe wird ethnisiert.

Der Rom als Typus der Primitivität

In dem Artikel „So lernen die Kinder der Roma“ (24.01.2014b) geht es um sogenannte „Auffangklassen“, mit denen Schülerinnen und Schüler aus südosteuropäischen Zuwanderer-Familien gefördert werden sollen. Ein dominantes stilistisches Mittel ist hier die Betonung einer kulturellen Andersartigkeit der Zuwanderer, hier, in Gestalt eines „Roma-Mädchen“ und anderer Schüler_innen aus Südosteuropa. Diese Betonung geschieht z.B. dadurch, dass Alltagsgegenstän-

[16] Insofern weicht der Untersuchungszeitraum der WAZ von den anderen Zeitungen ab. Diese Ausweitung des Untersuchungszeitraum konnte deshalb vorgenommen werden, da wir die Berichterstattung der WAZ bereits im Vorfeld des Projekt archiviert und einer Voranalyse unterzogen haben, mit denen die Fragestellung des Projekts herausarbeitet werden konnten. Auch aufgrund der Dominanz der WAZ im lokalen Diskurs hielten wir den Einbezug der Artikel vor dem 01.04.2015 für sinnvoll.

de aufgeführt werden, in dem die Frage gestellt wird: „Weißt du, was eine Nadel ist? Das Roma-Mädchen schüttelt den Kopf, es hat noch keine gesehen". Diese Schlussfolgerung ist jedoch keineswegs logisch, denn schließlich ist es auch möglich, dass das Mädchen aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse die Frage nicht verstanden hat. Stattdessen wird das „Roma-Mädchen" in den Dunst von Unwissen- und Rückständigkeit gestellt.

Vor dem Hintergrund des generalisierenden Begriffs des „Roma-Mädchens" oder „Roma-Kind[es]" wird hier der Typus des ‚ungebildeten Rom' etabliert. (Vgl. Wolff 2014, 215) Dabei charakterisieren diese Begriffe das Mädchen gleichermaßen als „austauschbare Repräsentation von 'Roma'" (vgl. End 2014, 137) und sprechen der beschriebenen Situation den Einzelfallcharakter ab. Das „Roma-Mädchen" steht also pars pro toto für einen Typus und bietet eine solide Grundlage für die Etablierung von stereotypisierenden Fremdenbildern.

Die kulturelle Rückständigkeit des Mädchens wird dann im Folgenden weiter ausgebaut:

> „In dieser Schulklasse lernen Kinder mehr als Lesen, Schreiben, Rechnen. Sie lernen eine neue Sprache und fremde Dinge kennen. [...] Nur ist der Weg mit den Roma mühsamer geworden. G wie Geld schlägt die Buchstabentafel vor, aber das haben diese Kinder nicht. G wie Gabel, aber die kennen sie oft gar nicht. G wie Giraffe, aber die haben sie noch nie gesehen. Haben womöglich nicht einmal ein Wort in ihrer eigenen Sprache dafür."

Der Aspekt der schulischen und sprachlichen Bildung erhält durch die Erwähnung „fremde[r] Dinge" eine kulturell-zivilisatorische Dimension. Durch den Verweis auf die Buchstabentafel wird eine „Entwicklungsskala"[17] aufgerufen, mit der die Andersartigkeit des „Roma-Mädchens" betont wird und die als Referenzrahmen für die Primitivität der ‚Lebenswirklichkeit' der Schülerin dient. Dadurch, dass das „Roma-Mädchen" hier jedoch eine Repräsentationsfunktion erfüllt, bezieht sich die Entwicklungsskala auf die gesamte Kultur der Roma, die auch in ihrem Wortschatz eine Begrenztheit aufweise: So wird der Verdacht geäußert, dass es auf Romanes kein Wort für „Giraffe" gebe.

Zur Sprachkompetenz der Schüler heißt es weiter, dass sie „ein paar Brocken Rumänisch können, womöglich noch einzelne Wörter aus den Ländern, über die sie eingereist sind: „Sie sind in keiner Sprache sattelfest", so wird der Schulleiter zitiert. Auf die Frage, wie man unter solchen Umständen unterrichten könne, antwortet die Lehrerin: „Mit Kopf, Herz und Hand".

Das Wort ‚Brocken', konnotiert eine gewisse Unvollkommenheit und lässt eine vermeintliche intellektuelle Rohheit der Schüler aufscheinen. Dies kann auch erklären, weshalb solche Schüler_innen nicht bloß auf einer intellektuellen Vernunftebene unterrichtet werden können, sondern dass die Lehrer_innen mit „Herz und Hand" den Unterricht führen müssten. Die Behauptung, dass „Nichtsprachler" „womöglich" noch einzelne Wörter „aus den Ländern, über die sie

[17] Zur Vertiefung siehe Wigger 2014, 50

eingereist sind“ kennen würden und in „keiner Sprache sattelfest“ seien, spielt dabei auf das tradierte Stereotyp des ‚Zigeuners‘ als umherziehenden Nomaden an und bezieht sich nicht allein auf die Sprachkompetenz (vgl. Wolff 2014, 213). Offenbar haben die *„Nichtsprachler“* genügend Zeit in unterschiedlichen Ländern verbracht, um sich ihre Sprachen anzueignen, was eine bloße Durchreise durch diese Länder ausschließt und das Motiv des bewussten Nomadentums weiter untermauert.

Weiter wird die Lehrerin mit den Worten zitiert, dass niemand „den Kindern je ein Blatt Papier gegeben“ habe. Und weiter heißt es:

> „Und wenn den Familien heute eins in die enge Unterkunft flattert, dann freuen sie sich und wickeln vielleicht das Butterbrot darin ein – die wenigsten Eltern können schließlich lesen, dass das Amt etwas von ihnen will.“

Hier wird das Bild primitiver Rohheit weiterkonstruiert, in dem vor dem Hintergrund von Mutmaßungen geschildert wird, dass amtliche Briefe als Butterbrot-Papier genutzt werden (könnten). Auch hier wird wieder in das Repertoire antiziganistischer Ressentiments gegriffen: Durch das ‚nicht anpassungsfähige’ Verhalten der Roma, haben ‚staatliche Eingriffe und Ordnungsabsichten’ keinerlei Chancen und scheitern gleichermaßen am ‚Eigensinn der Zigeuner’. [18] So wird auf den Aspekt der staatlichen, weil behördlichen, Ohnmacht zurückgegriffen. (Vgl. End 2014, 198.)

Die intellektuelle Rückständigkeit wird weiter betont, wenn erklärt wird, dass die Kinder nie einen Stift in der Hand gehabt hätten und ihnen nie jemand „ein Blatt Papier gegeben“ habe. Diese Verhältnisse werden nicht weiter differenziert und somit als für Roma normal dargestellt. Auch hier wird auf ein gängiges antiziganistisches Stereotyp zurückgegriffen, wonach Schriftlosigkeit ein „kulturelle[s] Element“ von Sinti und Roma sei. (Vgl. Wolff 2014, 213)

Die Fixierung der Roma auf einer Entwicklungsskala wird im Artikel weiter ausgebaut:

> „Niedriger als bei Null können auch sie eigentlich nicht anfangen in der Grundschule, aber dies hat Rektor Klaus Westermann selbst ‚in 40 Berufsjahren nicht erlebt’: Kinder, die Butter blau malen, weil sie nicht mal die Farben kennen, Neunjährige, die nicht schneiden können und sich erste Buchstaben angestrengt erarbeiten müssen.“

Die „Roma-Kind[er]“ werden hier vollkommen dem negativen Bereich der oben erwähnten Skala zugeordnet. Das Wissen um die Farbe von Butter gilt dabei offenbar als ein entscheidendes Kriterium. Elemente der Mehrheitsgesellschaft dienen stetig als Referenzrahmen für die geistige Reife der Schüler_innen. Eine geistige Reife wird – auf subtile Weise – auch den Eltern der Schüler_innen abgesprochen. So schildert eine Lehrerin, dass sie

[18] Vgl. Ufen 2014, 72 und Niemann-Findeisen 2014, 171.

„den Kindern ihre Arbeitsbücher nicht mehr mit nach Hause [gibt], nicht, weil sie dort verschwänden: ‚Die Eltern füllen sie aus', sagt Henkemeier, ‚die freuen sich, auch endlich etwas lernen zu dürfen'".

Hier wird ein Ressentiment durch ein anderes ersetzt. Zwar verschwänden die Bücher nicht, was man bei dem gängigen Vorurteil der Kriminalität hätte meinen können, doch werden die Arbeitsbücher durch die Eltern ausgefüllt. Diese bekommen durch die Beschreibung der Lehrerin einen nahezu frühkindlichen Charakter der Neugierde. Diese Charakterisierung gliedert sich ebenfalls in eine Tradition antiziganistischer Vorurteile ein. So wurden erwachsene Roma seit jeher als Menschen mit „kindlichem Gemüt" (Hund 2014, 37) beschrieben und ihnen so eine intellektuelle Reife abgesprochen.

Im gesamten Artikel erscheinen Roma durchweg und auf jeder Ebene als „Gegenbild der Zivilisation" (Winckel 2002, 164). Vor dem Hintergrund hiesiger, deutscher Verhältnisse wird eine vermeintliche Primitivität und Andersartigkeit der Zuwander_innen konstruiert und damit implizit gegenüber der eigenen zivilisatorischen Überlegenheit gesetzt. Damit verbunden wird auf klassische Stereotypen des Antiziganismus zurückgegriffen, wonach „Zigeuner" eine „rohe[...] und ungebildete[...] Seele" besäßen (Wippermann 1997, 99). Dieser Sinngehalt unterstützt die oben angeführte Strategie eine vermeintliche ‚Eigenart' von Zuwander_innen aus Südosteuropa zu betonen. Dabei wird die Zuwanderung aus Südosteuropa als vermeintlich spezielle Herausforderung dargestellt.

Problemgruppe

Alle analysierten Artikel über die Zuwanderung aus Südosteuropa problematisieren diese.[19] Basis dieser Problematisierung ist die Argumentation, dass die Kommune durch die Einwanderung überfordert bzw. überlastet sei, an die sich nahezu zwangsläufig die Forderung nach mehr Geldmittel anschließt. Diese Schwerpunktsetzung wird in einer Meldung anlässlich eines Vortrags („Leben und Glauben der Roma") exemplarisch deutlich, wenn dieser die Frage klären will „[w]arum es im Umgang zwischen der neu nach Duisburg zugewanderten Roma und der alteingesessenen Bevölkerung zu Problemen kommt"(21.06.2014).

Ethnisierung von Kriminalität

Die Problematisierung von Zuwanderung aus Südosteuropa ist mit einem stetigen Vorwurf der Kriminalität verbunden. Eine Reihe von Artikel greift Kriminalität unter südosteuropäischen Zuwander_innen nur oberflächlich auf und ethnisiert diese aber, in dem auf die rumänische Herkunft der Tatverdächtigen hingewiesen oder auf die südosteuropäische Herkunft angespielt wird, wenn die Beschreibung des Täters diesen z. B. als einen „[s]üdosteuropäische[n] Typ mit

[19] Im gesamten Untersuchungszeitraum treten südosteuropäische Zuwander_innen bzw. Roma lediglich in einem problematisierenden Kontext auf. Stets wird dabei auf die Geschehnisse ‚In den Peschen' rekurriert oder es werden die negativen Auswirkungen und Missstände bei der Zuwanderung aus Südosteuropa betont.

auffallend großem Goldring“ ausweist (20.05.2014).[20] Lediglich im Artikel „Wir leben verhältnismäßig sicher“, wird das „Armutsgefälle in der EU“ dafür mit verantwortlich gemacht. Doch auch hier wird Kriminalität nicht als das Resultat einer sozial prekären Lage verstanden, sondern als eine Folge der EU-Freizügigkeit.

Im Mittelpunkt der Artikel, in denen über Kriminalität von Zuwander_innen aus Südosteuropa berichtet wird, stehen allerdings Kinder und Jugendliche.[21], wobei lediglich in einem Artikel (06.05.2014a) darauf eingegangen wird, welche Ursachen dies haben könnte.

Eine explizite Ethnisierung von Kriminalität findet sich in dem Artikel „Die letzte Chance für Elisabeta“ (06.05.2014a).

Dieser Artikel befasst sich mit kriminellen Kindern zugewanderter Familien aus Südosteuropa, sogenannten „Klaukids“. Die Protagonistin des Artikels ist Elisabeta, deren „Name [...] im Ruhrgebiet längst zum Synonym für die sogenannten Klaukids geworden“ sei. Somit erfüllt eine einzelne Person hier die Funktion eines Pars pro toto, wodurch der typ-repräsentierende Roma erneut Verwendung findet. Interessant ist, dass in diesem Artikel neben einem Hauptkommissar und einem Jugendamtsleiter auch ein Ethnologe zu Wort kommt. Seine Äußerung, wonach „[d]ie Kinder [...] an organisierte Banden vermietet“ werden, wird sogar in Fettdruck hervorgehoben. Überhaupt ist es bezeichnend, dass im Kontext von Kinder- und Jugendkriminalität ein Ethnologe zu Wort kommt. Seine Analyse, nach der Armut eine Ursache von Kriminalität sei und das „familiäre Netz“ von Roma dabei eine Rolle spiele, hätte z.B. auch von einem Soziologen geleistet werden können. Das zu Rate ziehen eines Ethnologen verweist noch einmal auf die Ethnisierung der Kriminalität. Auch dann, wenn seine Aussagen Kriminalität nicht direkt auf die Ethnie des Mädchens als Romnija zurückführen, so nährt bereits seine Berufsbezeichnung zwangsläufig eine ethnisierende Perspektive. Außerdem ergeben sich dadurch Anknüpfungen an rassistisch-ethnologische Diskurse, bei denen ‚Fremde‘ und ‚Exoten‘– in dem Fall den Roma – als Forschungsgegenstand betrachtet werden. So wird der Ethnologe dadurch charakterisiert, dass er sich „intensiv mit Roma befasst“ habe. Es wird so vermittelt, dass nicht Armut im Allgemeinen zu Kriminalität führen kann, sondern dass es dazu zusätzlich einer Auseinandersetzung mit „Roma“ bedarf, sodass die Ursache für Kriminalität nicht allein auf soziale Umstände, sondern indirekt auch auf das Dasein als „Roma“ zurückgeführt wird.

Kriminalität unter südosteuropäischen Zuwander_innen wird in den untersuchten Artikeln auffällig stark thematisiert. Durch Bezeichnungen wie *„Klaukids“* (06.05.2014a / 06.05.2014b) wird eine antiziganistische Perspektive auf den Aspekt der Kriminalität eingenommen, die die Kriminalität auf Kinder bzw. jugendliche Roma fokussiert und das antiziganistische Stereotyp, wonach Stehlen

[20] Vgl. dazu auch die Artikel 18.03.2014 / 20.03.2014 / 25.03.2014 / 20.05.2014 / 05.06.2014 / 24.06.2014a / 24.06.2014b / 27.06.2014.
[21] Vgl. die Artikel vom 14.02.2014d / 29.04.2014a / 06.05.2014a.

zum Wesensmerkmal eines „Zigeuners“ gehöre und / oder auf fehlende Erziehung zurückzuführen sei, wird bedient.[22]

Nomadentum

Durchgehend kommt es in den WAZ-Artikeln zu einer Reproduktion des antiziganistischen Stereotyps des Nomadentums, indem Begriffe wie „umsiedeln“ (23.04.2014), „niederlassen“ (12.03.2014) oder „abhauen“ (30.06.2014) verwendet werden. [23] Auch wird in einem Artikel über einen kriminellen „südosteuropäische[n] Typ[...]“ betont, dass diese „Trickbetrüger [...] ständig ihr Revier“ wechseln, (20.05.2014) und ein anderes Mal wird mit Blick auf einen Einbruch in eine Kindertagesstätte auf die ,,mobilen[n] Täter“ (24.06.2014a) verwiesen, wodurch auf das Stereotyp der „mobile[n] ethnische[n] Minderheit“ (End 2009, 10) rekurriert wird. Eine Meldung über zwei festgenommene Autodiebe knüpft mit dem Hinweis, dass das ,,Duo [...] keinen festen Wohnsitz in Deutschland“ (24.06.2014b) habe, ebenfalls subtil an das Klischee des Nomadentums an.

Passive Roma

Nur in vier Artikeln werden südosteuropäische Zuwander_innen aktiv gezeichnet, und dies geschieht dann in einem kriminellen Kontext. In der überwiegenden Mehrheit der Artikel treten Zuwander_innen aus Südosteuropa lediglich als passive Andere auf. [24]

Zuwander_innen werden gefördert und integriert (05.02.2014a) und „versauern“, wenn sie denn nicht „an die Hand genommen werden“ (05.02.2014b. Sie werden „umgesiedelt“, „betreut“ und „untergebracht“ (06.05.2014a), „werden auf Diebestour geschickt“ oder gar „vermietet“(06.05.2014a) und kommen – bis auf einige, seltene Fälle – nie zu Wort. In ihrer aktiven Erscheinung „zocken [sie] Geld ab“, „beißen, spucken [und] treten“(06.05.2014a).

Zuwanderer aus Südosteuropa nehmen somit stets eine passive Position ein, sind Gegenstand einer gestaltenden Einwirkung seitens der Mehrheitsgesellschaft, sie werden nicht differenziert dargestellt und besitzen dadurch auch keine individualisierte und differenzierte charakterliche Tiefe. Durch eine bloße Darstellung anhand von Zahlen, scheinen sie einer anonymisierten Masse anzugehören (11.02.2014b / 21.03.2014 / 10.02.2014b).

[22] Vgl. dazu auch Hund 2014, 30, Wigger 2014, 51, End 2014, 262. Vgl. auch Kellershohn 2013, 88.
[23] Zum Stereotyp des Nomadentum vgl. Wolff 2014, 213.
[24] Demgegenüber nehmen Repräsentantinnen und Repräsentanten der Kommune oder der Mehrheitsgesellschaft stets eine aktive Rolle ein.

2. Wie werden die Anwohnerinnen und Anwohner und andere Alteingesessene dargestellt?

Die Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft sind stets aktiv, haben „Ziele“, „gehen“, „begleiten“, „versuchen“ und „helfen“ (05.02.2014b). Sie „mahnen“ (11.02.2014a), „denken“, „urteilen“ und „unterstützen“ (11.02.2014b). Darüber hinaus „reden [sie] Klartext“, „tun was sie können“ und „beackern ein schwieriges Feld“ (14.02.2014a) und kommen entsprechend oft zu Wort. Kurzum spielen die Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft eine aktiv gestaltende Rolle in der Gesellschaft und handeln vernunftbasiert. Ihnen werden darüber hinaus individualisierende Attribute zugeschrieben - was bei der Repräsentation von Zuwander_innen aus Südosteuropa weitgehend fehlt.

Die Mehrheitsgesellschaft wird stets von Lehrern (24.01.2014b), Politikern, Polizeibeamten (08.02.2014a), Ethnologen (06.05.2014a) oder auch der „allgemeinen Bevölkerung“ (11.02.2014b) repräsentiert. Sie sind des Öfteren Repräsentanten einer offiziellen Institution, die eine Ordnungsabsicht verfolgen und ein fester Bestandteil moderner staatlicher Ordnung sind. Diese Erscheinung kontrastiert mit dem Auftritt von Zuwander_innen aus Südosteuropa in „Großfamilien“ (19.02.2014b), „Banden“ (20.03.2014) oder „familiäre[n] Netze[n]“ (06.05.2014a), was den Anschein einer „vormodernen sozialen Struktur“(Wolff 2014, 211)vermittelt und auf das antiziganistische Stereotyp des vermeintlichen Kinderreichtums anspielt. (Vgl. Winckel 2002, 153.)

3. Welche Äußerungen finden sich von Lokalpolitikerinnen und -politikern, der Stadtverwaltung und der Polizei, etc. und welche Wirkungen entfalten diese im gesellschaftlichen Diskurs? Ob und inwieweit wird die Einwanderung aus Südosteuropa zum Wahlkampfthema gemacht?

Die Konstruktion eines Notstands und einer sowohl finanziellen als auch sozialinfrastrukturellen bzw. kulturellen Überforderung und Überlastung beherrscht den Diskurs über die Zuwanderung aus Südosteuropa durchgehend. Dies ist Thema in beinahe achtzig Prozent der untersuchten Artikel, die sich mit dieser Zuwanderung beschäftigen.

Die Zuwanderung von südosteuropäischen Migranten_innen wird medial und politisch als Überlastungsszenario inszeniert und als „spezielle Herausforderung“ (08.02.2014a) hervorgehoben. Zu diesem Zwecke wird ein Vergleich mit früheren Zuwanderungsphasen angestellt. So heißt es im Artikel „So lernen die Kinder der Roma“ (24.01.2014b): „‚Wir kommen kaum noch zurecht‘, sagt Schulamtsdirektor Dieter Ihlmann. Stammten die Schüler früher aus der Türkei oder aus Portugal, kommen sie heute mehrheitlich aus Osteuropa“. Die Beschwerde, dass man „kaum noch zurecht“ komme, steht in einem kausalen Zusammenhang mit der Nennung der osteuropäischen Herkunft, die hier auch als Synonym für Roma gelesen werden kann. Demnach stellt die osteuropäische Herkunft der Zuwander_innen eine Überforderung dar. Die Zuwanderung aus Südosteuropa wird mit der türkischen und portugiesischen Einwanderung kontrastiert, sodass die Einzigartigkeit dieser Einwanderung und das damit einher-

gehende Überlastungsszenario plausibel erscheinen[25]. Worin diese Einzigartigkeit besteht, wird nicht expliziert. Vielmehr kann die hervorgehobene Einzigartigkeit als Anspielung gedeutet werden, bei der auf tradierte, vorherrschende Stereotype einer vermeintlichen ‚Eigenart' südosteuropäischer Einwander_innen zurückgegriffen wird. Bei den im Diskurs der südosteuropäischen Zuwanderung vorherrschenden Aussagen, nach dem Eingewanderte als „Problemgruppe" (Graevskaja 2013, 83) stigmatisiert und mit Dreck, Elend und Kriminalität in Verbindung gebracht werden, handelt es sich um kulturell verfestigte Bilder, die einen Erklärungsansatz für diese ‚Eigenart' bieten und die vermeintliche Plausibilität der Einzigartigkeit der Zuwanderung aus Südosteuropa und der damit verbundenen Überlastung untermauern.

Auch wird die Zuwanderung als „größte[...] sozialpolitische[...] Herausforderung[...]" bezeichnet. Auf dieser Strategie fußt z.B. der Artikel „Junge Straftäter sollen lernen klarzukommen" (29.04.2014). Einführend wird erklärt, dass es unter „den Armutszuwanderern aus Südosteuropa [...] Kinder und Jugendliche [gibt], die bereits mehrere Straftaten auf dem Buckel haben. Das neue Projekt „klarkommen!" [...] will sich dieser Gruppe nun widmen.". Dieses Projekt steht symptomatisch für die Bewertung der südosteuropäischen Zuwanderung als spezielle Herausforderung, der man durch besondere Mittel entgegentreten müsse. Dass das Projekt speziell auf diese Zielgruppe ausgerichtet ist, wird durch die Beteiligung einer „rumänischen Diplom-Pädagogin [und] Kriminologin" und einer „bulgarische[n] Sozial-Wissenschaftlerin" [sic] nachdrücklich betont. Dass man dem Problem der Jugendkriminalität unter Zuwander_innen auch mit bereits existierenden Projekten und Initiativen entgegenwirken kann, die sich auch an Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft richten, wird von den Projektinitiatoren erst gar nicht in Erwägung gezogen.

Um diese Überforderung plastisch zu machen, wird häufig auf Zahlen und Statistiken zurückgegriffen, wodurch die suggerierte Handlungsdringlichkeit eine objektive Berechtigung erhält. Im Artikel „So lernen die Kinder der Roma" (24.01.2014b), der sich mit den sogenannten „Auffangklassen" für zugewanderte Schüler_innen aus Südosteuropa beschäftigt, kommt dieser Umgang mit Zahlen beispielhaft zur Geltung: „Solche Auffangklassen werden immer mehr, weil die Schüler immer mehr werden: 30 neue Kinder aus Zuwandererfamilien zählt Dortmund derzeit jede Woche, 120 im Monat". Durch die wiederholte Verwendung des Ausdrucks „immer mehr" entsteht der Eindruck unaufhaltbarer Zuwanderung. Durch das Kumulieren der Zahlen, von 30 auf 120, erhält das Notstandsszenario eine quantitative Dimension und das vermeintliche Ausmaß drohender Überlastung wird authentisierend aufbereitet. Dabei muss das prognostizierende Hochrechnen eher als Dramatisierung einer Belastung der öffentlichen Schulen und somit der subtilen Betonung einer Handlungsdringlichkeit verstanden werden.

[25] Diese Kontrastierung ist auch Bestandteil des Artikels "Niemöller-Stiftung zeichnet Hochfelder Initiative aus" vom 16.06.2014. Dort heißt es: ,,Ging es anfangs darum, Kindern italienischer Gastarbeiter Ferien zu ermöglichen, kämpfen die Frauen der Initiative heute vor allem darum, die Bildungschancen von bulgarischen und rumänischen Einwandererkindern zu erhöhen". Mit dieser Kontrastierung wird ein Bildungsdefizit bei den aus Südosteuropa zugewanderten Bürger_innen Duisburgs betont und hervorgehoben.

Ein Artikel vom gleichen Tag bedient sich derselben Strategie und reizt die Unterfütterung durch Zahlen noch stärker aus:

> „Fast 800 nicht deutsch sprechende Schüler lernen derzeit allein in Dortmund in 45 „Auffangklassen" an 32 Schulen aller Schulformen. [...] Auch in Duisburg, ebenfalls stark betroffen vom Zustrom aus Bulgarien und Rumänien, hat sich die Zahl der zu integrierenden Schüler im Schuljahr 2012/2013 im Vergleich zum Vorjahr von 249 auf 460 erhöht. Im laufenden Schuljahr sind bereits 272 neue Schüler aufgenommen worden. [...] Essen zählt derzeit 358 „Seiteneinsteiger", pro Woche werden es rund 15 mehr." *(24.01.2014a*

Der Artikel ist durchzogen von einem Zahlenspiel, bei dem die Information eher nachrangig erscheint, denn die angegebenen Zahlen stehen in keinem quantitativen Verhältnis mit der Zuwanderung anderer Gruppen und können somit auch nicht eingeordnet werden. Ob eine wöchentliche Zunahme von 15 Schülern oder eine jährliche Verdopplung von zugewanderten Schüler_innen, die Schulen tatsächlich an ihre „Grenzen" bringt, wird nicht ausgeführt, aber nahegelegt. Durch solche Zahlen wird die Selbstverständlichkeit einer Überlastung produziert und das verwendete Kollektivsymbol des unaufhaltbaren ‚Zustroms' (24.01.2014a) wird statistisch unterfüttert und damit auf eine Handlungsnotwendigkeit angespielt. Die Selbstverständlichkeit einer Überlastung schlägt sich auch in einem Leserbrief nieder, wonach 600 Zuwander_innen monatlich in die Stadt einwandern würden und dies „nicht zu schaffen" sei. „Auch wenn es viele leerstehende Wohnungen gibt, frage ich mich, wo die Menschen unterkommen" (10.02.2014b), so ein Leser. Die These einer Überlastung entwickelt hier förmlich ein Eigenleben, dabei werden die explizit erwähnten entdramatisierenden Faktoren („viele leerstehende Wohnungen") im Vorhinein verworfen und kommen als Unterbringung für die Menschen erst gar nicht in Frage. Dadurch wird die Selbstverständlichkeit einer Überlastung der Stadt durch südosteuropäische Zuwander_innen aufrechterhalten.

Zudem wird statistisches Material selektiv und zusammenhanglos verwendet. So habe sich beispielsweise die „Zahl von Zuwanderern aus Rumänien und Bulgarien [...] in Duisburg seit Juli 2011 um rund 6900 Menschen erhöht" (05.02.2014a). Auch hier wird die Zahl in keine Relation zur Zuwanderung anderer Gruppen gesetzt und die zeitgleiche Abwanderung erst gar nicht erwähnt, sodass eine sachliche Einordnung nicht möglich ist.[26] Durch eine solche Auswahl von Daten wird eine starke Zunahme der Migration suggeriert und dem Argument der Überlastung weitere Berechtigung verliehen. Diese Strategie findet auch in einem Info-Kasten desselben Artikels Verwendung. Demnach ermittelte die Polizei

> „allein in den ersten sechs Monaten des Jahres 2013 [...] gegen 2974 Tatverdächtige aus dem Umfeld der rumänischen oder bulgari-

[26] Laut Aussage der Stabstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik der Stadt Duisburg wanderte im Jahre 2013 3.608 Rumän_innen und Bulgar_innen aus Duisburg ab.

schen Einwanderer in Rheinhausen und Hochfeld. Die Delikte sind immer die gleichen: Diebstahl, Betrug, Schwarzarbeit, Ruhestörung."

Der Informationsgehalt dieser Aussage ist eher fragwürdig[27], wird hier doch unterschlagen, dass ein Tatverdacht keinerlei Schuld beweist. Diesen Umstand ignorierend, werden die gesamten Delikte unkommentiert aufgelistet und Verdächtige zu Schuldigen gemacht. Dabei werden tradierte Stereotype und bereits verfestigte Selbstverständlichkeiten indirekt bestätigt. Bei der Strategie, durch Zahlen eine Handlungsdringlichkeit zu suggerieren wird statistisches (Zahlen-)Material zur Authentisierung von Aussagen verwendet und, im Sinne der Manifestation einer bestimmten Selbstverständlichkeit bzw. eines Stereotyps, zurechtgestutzt. Auch dadurch wird eine Überlastung der Stadt und öffentlicher Einrichtungen durch südosteuropäische Zuwanderung etabliert.

Doch scheint die Kommune nicht nur überlastet zu sein, sie wird in der WAZ auch als machtlos inszeniert. An der „speziellen Herausforderung" durch die südosteuropäische Zuwander_innen scheinen auch staatliche bzw. kommunale Akteur_innen zu scheitern. Neben Schulamtsdirektor_innen, die „kaum noch zurecht" (24.01.2014b) kommen, musste „die Stadt eher hilflos" dabei „zuschauen, wie immer mehr Zuwanderer aus Südosteuropa nach Duisburg zogen" (05.02.2014c). Die Kommune „kriegt die Sache nicht hin" und die Äußerungen des Oberbürgermeisters zu dem Thema seien ein „Dokument völliger Hilflosigkeit" (11.02.2014b). Die kommunale Politik tritt hier als ein gelähmter Akteur auf, der durch die Zuwanderung völlig überfordert zu sein scheint. Vor diesem Hintergrund wirkt es auch plausibel, dass „zwei rumänische Polizisten über mehrere Wochen erfolgreich die Duisburger Ordnungshüter" (21.02.2014) unterstützen. Durch die Notwendigkeit „internationaler Zusammenarbeit" (21.02.2014) gewinnt die Überlastung durch die Zuwanderung unweigerlich an Drastik und die Überforderung der Stadt Duisburg an Nachvollziehbarkeit.

Daran anknüpfend kann die kommunale Ordnungsabsicht nur begrenzt umgesetzt werden. In der Reportage „Hier kennt jeder jeden" (14.02.2014b) wird die behördliche Überlastung an einem Beispiel plastisch durchexerziert. Die Reportage soll einen Einblick in den Arbeitsalltag des Duisburger Polizisten Frank Seidemann gewähren. Bei der Ermittlung von Meldeadressen besucht der Polizist zwei rumänische Familien: Über eine Familie wird angemerkt, dass „[a]mtliche Post [...] hier nie ankommen" würde. Im zweiten Fall muss der Beamte die Eltern darüber in Kenntnis setzen, dass die Tochter beim Klauen erwischt wurde und vor Gericht erscheinen müsse. Die Machtlosigkeit der Duisburger Ordnungshüter geht dabei so weit, dass hier nur „sowas [sic] wie ein Wunder" weiterhelfen kann: Da die Mutter des Mädchens kein Deutsch verstehe und der Polizeibeamte nicht wisse, wie er es ihr „verklickern" soll, gerät das plötzliche Auftreten des Vaters, dem er den Gerichtstermin seiner Tochter mitteilen kann, zu einem Wunder. So kann dem Rechtsstaat doch noch Genüge getan werden.

[27] Die Richtigkeit, der im Artikel dargelegten Zahl tatverdächtiger Rumänen und Bulgaren (2974) ist durchaus anzuzweifeln. Laut Kriminalitätsbericht der Duisburger Polizei, aus dem Jahre 2013, belief sich die Zahl rumänischer und bulgarischer Tatverdächtiger auf insgesamt 1943.

Diese Handlungsunfähigkeit und Überforderung der Stadt schlagen sich häufig auch in spezifischen Formulierungen nieder. So „versuchte“ die Stadt „festzustellen, wie viele gemeldete Bulgaren und Rumänen tatsächlich in bekannten Wohnhäusern [...] leben“ (04.04.2014a). Auch „hofft“ ein Politiker auf die Motivation arbeitsloser Zuwander_innen (05.02.2014a) und bezüglich der „erhofften“ Hilfen aus der EU, „stirbt [die Hoffnung] zuletzt“ (10.02.2014a). Und was die südosteuropäischen „Klaukids“ betrifft, so sind sie für die Ordnungsmacht „kaum zu packen“ (06.05.2014a). Stets wird ein Erfolg der Handlungen als ungewiss dargestellt und somit die Grenzen und die Überlastung der Behörden aufgezeigt. Dabei entsteht ein Bild von südosteuropäischen Zuwander_innen, welche sich den disziplinierenden Mittel[n] des Staates verschließen, wodurch wiederum ein tiefverwurzelter Bestandteil im Repertoire antiziganistischer Ressentiments zum Einsatz kommt: Der vor Jahrhunderten konstruierte ‚Zigeuner‘ stand schon zu Beginn der Herausbildung des modernen Staates in einer konfligierenden Beziehung mit diesem. Der moderne Staat benötigte „sesshafte und administrativ beherrschbare Bürger und unternahm deswegen ’gigantische Anstrengungen, seine Untertanen zu disziplinieren, gehorsam und fleißig zu machen’“ (Wigger 2014, 48). So bestand die einzige Handlungsoption im Umgang mit ihnen, diese aus dem Land zu verweisen.

Eine solche quasi resignierende Haltung erlebt aber dann einen Wandel, wenn außergewöhnliche bis gar drastische Reaktionen auf die Überforderung angeboten werden: Wenn der Duisburger Sozialdezernent Spaniel sicherstellen will, dass die Häuser ‚In den Peschen‘ nicht bewohnt werden und androht „die Türen notfalls“ (23.04.2014a) zuzumauern. Hier wird eine Ausnahmesituation beschrieben und gleichermaßen suggeriert, dass bei Zuwander_innen aus Südosteuropa nicht die gängige Regeln eines Wohnverbots greifen.

Die Forderung nach mehr Geld wird aber nicht nur damit begründet, dass die Stadt Duisburg durch die Zuwanderung aus Südosteuropa überlastet ist, sie wird auch mit der Aufrechterhaltung des sozialen Friedens untermauert.

Diese Argumentation wird exemplarisch in einem Leserbrief deutlich: „[O]hne weiteres Geld wäre[...] der soziale Friede [...] in Frage gestellt“ (10.02.2014a). Es wird angespielt auf einen möglichen ‚Rechtsruck‘, wenn die „Stimmung in der Bevölkerung“ von den Politiker_innen „auf die leichte Schulter“ (11.02.2014a) genommen werde, weshalb man auch „nicht mit dem Feuer“ (21.03.2014) spielen solle. Der Rechtsruck wird als nachvollziehbare Folge einer falschen EU-Politik begriffen, die zu wenig finanzielle Mittel zur Verfügung stelle. In diesem Zusammenhang entfaltet sich ein Bedrohungsszenario, das man ansonsten von Rechtspopulist_innen kennt: Danach ist (rechte) Gewalt bzw. eine aufgehetzte Stimmung in der Kommune die Folge einer ‚falschen‘ Migrationspolitik. Einerseits erlaubt eine solche Argumentation, sich vom rechten Spektrum und drohenden gewaltvollen Ausschreitungen zu distanzieren, andererseits kann sie die Drohkulisse bilden, mit der Druck auf die Politik ausgeübt wird. (Vgl. zu einer solchen Argumentation auch Bredehöft / Januschek 1994, 21)

Bei der Duisburger Kommunalwahl Ende Mai 2014 konnten rechte und rechtsextreme Parteien deutliche Wahlerfolge für sich verbuchen, was erneut als eine

Gefahr für den sozialen Frieden in der Stadt gewertet und an Forderungen nach mehr Geld geknüpft wurde. So werden „zu viele Politiker [...] kurz vor Wahlen wach und wundern sich dann über die steigende Anzahl von Rechten“ (30.04.2014). An einer anderen Stelle wird das Ergebnis als „deutliches Warnsignal“ gewertet. Demzufolge müssten „Europa, Bund und Land [...] Städte wie Duisburg bei der Armutszuwanderung energisch [...] unterstützen“ (26.05.2014).

Die Ursache des Erfolgs rechter Parteien wird hier vor allem auf eine Überforderung durch die Zuwanderung aus Südosteuropa und die geringen Mittel der EU zurückgeführt. Rassistische Vorbehalte bei Teilen der Duisburger Bevölkerung, die sich in den Wahlerfolgen niederschlugen, geraten nicht in den Blick bzw. werden als sakrosankt angesehen.

So wurde z.B. die ‚Umsiedlung‘ einer „Roma-Familie“ deshalb nicht öffentlich gemacht, „um nicht neuen Ärger bei Nachbarn zu provozieren“, „[b]loß keine Ressentiments bei den neuen Nachbarn [zu] wecken [und] [...] keine Unruhe [zu] provozieren" (23.04.2014a). Auch das Hilfsprojekt „klarkommen" (29.04.2014a), das junge Straftäter_innen aus Südosteuropa von der schiefen Bahn abbringen soll, „soll [...] auch ein Signal an die besorgte Bevölkerung in einigen Stadtteilen sein, dass dieses Problem erkannt ist und nachhaltig angegangen wird". In erster Linie dienen diese Projekte also nicht den Zuwander_innen, sondern eher der Beschwichtigung der Mehrheitsgesellschaft, die als leidtragende Akteur_in angesehen wird. Gelder aus der EU sind in dieser Perspektive nicht erstrangig dazu da, die Gruppe der südosteuropäischen Zuwander_innen zu unterstützen, sondern die Begleiterscheinungen der Zuwanderung einzudämmen, um das ‚sittliche Empfinden‘ der Mehrheitsgesellschaft zu schonen und einer Gefährdung sozialen Friedens so entgegenzuwirken. So wird, auf einer übergeordneten Bedeutungsebene, der Rechtsruck als Folge der Störung dieses sittlichen Empfindens und der vermeintlichen Verletzung kultureller Normen dargestellt und diesen dadurch zu erklären versucht. Eine solche Perspektive hat jedoch fatale Folgen, da dadurch diese Reaktion der Mehrheitsgesellschaft als legitim und nachvollziehbar erscheint. (Vgl. End 2014, 212ff.) Kommunalpolitiker_innen und andere Akteur_innen instrumentalisieren die vermeintliche Gefährdung des sozialen Friedens infolge eines politischen Kalküls und erzeugen dadurch eine Handlungsdringlichkeit, die weitere Geldmittel seitens der EU legitimieren soll. Dabei werden die realen gesellschaftlichen Folgen und Wirkungen einer solchen ‚Überforderungspolitik‘ und der Instrumentalisierung einer Gefährdung des sozialen Friedens gleichermaßen ignoriert. So bietet man diverse Erklärungsmuster an, die mit einer vermeintlichen Benachteiligung und Elementen von Populismus vermengt werden und die eigene rechtslastige Perspektive auf die Zuwanderung aus Südosteuropa argumentativ unterfüttern. Letztlich – so lässt sich sagen – stellt eine solche (politische) Strategie die eigentliche Gefährdung des sozialen Friedens dar.

Diese Strategie wurde im Vorfeld des Kommunalwahlkampfs der Duisburger CDU exemplarisch deutlich: Mit dem Wahlspruch ,,Missstände beenden! Duisburg kann besser“ warb die CDU mit einem Bild vom Haus „In den Peschen" um Stimmen. Das Bild zeigte einen zugemüllten Fußgängerweg vor dem „Pro-

blemhaus". Vielfach angeprangert wurde die Tatsache, dass der auf dem Foto dargestellte Müllhaufen bereits beseitigt worden ist und die Partei lediglich Stimmenfang am rechten Rand veranstalte. In der WAZ waren die Einschätzungen zum Wahlplakat mannigfaltig: Zum einen wurde das Wahlplakat als ,,korrekt und sinnvoll" (WAZ, 30.04.14) betrachtet und zum anderen wurde der CDU vorgeworfen damit „rassistisches und faschistisches Gedankengut“ (WAZ, 30.04.14) zu bedienen. Die WAZ widmete darüber hinaus dieser Kontroverse einen kritischen Artikel mit der Überschrift: ,,Empörung über CDU-Wahlplakat“ (WAZ, 25.04.14a).

4. Wie werden überlokale politische und gesellschaftliche Instanzen (Land, Bund, EU) dargestellt und welche Effekte gehen von diesen Darstellungen aus?

Gegenüber überlokalen Instanzen wie der Landes- und Bundesregierung sowie der Europäische Union positioniert sich die Stadt Duisburg in einem Konfliktfeld, in dem sich die WAZ eindeutig auf die Seite der Stadt Duisburg schlägt. Dieses Konfliktfeld wird auch durch den Einsatz zahlreicher Kollektivsymbole beschrieben

Im Artikel „Hochfeld präsentiert Stärken und Kanten" (08.02.2014a) wird dies exemplarisch deutlich: Anlässlich eines Besuches von Vertretern dieser Institutionen ist zu lesen: „EU-Sozialkommissar Laszlo Andor kam, schaute sich um, hörte zu, machte sich viele Notizen. Am Ende empfahl er der Stadt, die bekannten Fördertöpfe anzuzapfen. OB Link gibt sich kämpferisch." Der Oberbürgermeister wird als ein „kämpferisch[er]“ Akteur im Konflikt mit der EU und dem Sozialkommissar Andor beschrieben. Andor sei der „Herr der Brüsseler Fördertöpfe", der „noch den EU-Fond für die Ärmsten aus dem Ärmel" „zaubert‘". Letztlich handelt es sich hierbei um einen Kampf um diese „Fördertöpfe", der mit der EU bzw. deren Repräsentanten ausgetragen werden muss.

Im Artikel „Duisburg-Brüssel 1:1" (14.02.2014a) wird dieser Konflikt mit einem Vergleich aus dem Sport fortgeschrieben. Sozialdezernent Reinhold Spaniel haue bei der EU „auf die Pauke" und erringe so einen „argumentativen Tagessieg". Auf der einen Seite freut sich die Vizepräsidentin der EU wie gut der „Umgang mit mobilen EU-Bürgern funktioniert“ und auf der anderen Seite stellt Spaniel fest, „dass dies nur eine Seite der Medaille ist“, woraufhin er die mangelnde Schulbildung, die steigende Kriminalitätsrate und das Sozialverhalten der südosteuropäische Zuwanderer thematisiert. Dieser Vorfall blieb jedoch ergebnisoffen, da „Brüssel [...] den Ball nach Berlin‘" spielte. In diesem Artikel wird ein Konflikt um die Deutungshoheit über das Ausmaß der Überlastung und der negativen Auswirkungen durch die Zuwanderung beschrieben, der zwangsläufig auch an eine Erwartungshaltung gegenüber EU-Institutionen gekoppelt ist. Dabei spielen Geld und strukturelle Unterstützung durch die EU eine wichtige Rolle. Eine solche Argumentation wirkt vor allem bei alteingesessenen Duisburger_innen identitätsstiftend und kann gleichzeitig auf rechtspopulistische Strategien abknüpfen.

Hinsichtlich der ‚Interessensvertretung der Duisburger Bürger_innen' gegenüber der EU und der oben thematisierten Überlastung durch die südosteuropäische Zuwanderung, wird stets die Notwendigkeit finanzieller Hilfen betont, da die Integration von Zuwander_innen „viel zusätzliches Geld in Millionenhöhe" (05.02.2014a) koste.

Dabei greifen verschiedene Themen ineinander, wobei die Aspekte der nötigen Geldmittel und der Überlastung in eine politische Argumentation münden. Dies kommt im folgenden Kommentar plastisch zur Geltung: „Es ist Flickschusterei, die die Kommune damit leisten muss, geschuldet EU-Vordenkern, die von einem vereinten Europa träumen und erst spät, zu spät, überlegen, wie sie Städten helfen, in denen sich die soziale Unwucht des Kontinents kristallisiert'" (08.02.2014b). Hier wird eine der grundlegenden Aussagen der untersuchten Artikel deutlich. Die Zuwanderung wird als beispiellose Belastung für die Kommune betrachtet, die auf Entscheidungen der EU-Institutionen zurückzuführen ist und für deren Bewältigung Geldmittel von der EU berechtigt und nötig sind.

Entsprechend stark ist die Berichterstattung über die südosteuropäische Zuwanderung auf das Thema der nötigen Geldmittel fokussiert. So bewertet die WAZ den Besuch des EU-Sozialkommissars Laszlo Andor in Duisburg mit der Feststellung: „Mehr Geld in die klamme Stadtkasse hat der Besuch [...] nicht gebracht" (08.02.2014a). Und ein Leserbrief fordert – genauso ernüchternd –, dass „diesen Kommunen, die Ziel finanzschwacher und schwer vermittelbarer Zuwanderer aus Südosteuropa sind, finanziell geholfen" werde, auch wenn dies „nur ein Tropfen auf dem heißen Stein" (10.02.2014a) sei. Ein anderer Artikel stellt fest: „Duisburg [...] hätte mehr Unterstützung aus Brüssel verdient" (11.02.2014a) und Sozialdezernent Spaniel bemerkt: „Wir tun, was wir können [...] aber die Stadt braucht für Hilfen Geld" (14.02.2014b). Und letztlich sei – mit Blick auf die „politisch gewollte[...] Freizügigkeit"– finanzielle Unterstützung nötig, damit „Integration gelinge" (23.06.2014).

Die Forderung nach mehr Geldmitteln kommt in der WAZ besonders häufig vor und wird – unabhängig von den Personen und Institutionen – stetig formuliert. Sie entspricht auch der politischen Linie der kommunalen Regierung und wird in der WAZ stellenweise um das unten ausgeführte Bedrohungsszenario erweitert, wodurch erneut eine Handlungsdringlichkeit konstruiert wird. Insofern fungiert die WAZ in dieser Frage – salopp formuliert – als Pressesprecherin der Stadt und Stadtverwaltung.

5. Wie wird die Arbeit von sozialen Gruppen, Initiativen, bürgerschaftliches Engagement etc. vor Ort dargestellt?

Soziale Initiativen erscheinen in der Berichterstattung als lobenswerte Hoffnungsträger und dienen unter anderem als Beweis für eine erfolgreiche Integrationspolitik der Stadt und einer toleranten Gesellschaft. Anlässlich der Auszeichnung des Musikprojekts „Bathalo" betont Bürgermeister Benno Lensdorf, dass „Duisburg [...] eine solidarisch und weltoffene Stadt" sei (28.01.2014). An

einer anderen Stelle lobt OB Sören Link die „Integrationshelfer" (01.02.2014) Duisburgs und hebt gleichzeitig hervor, dass Duisburg bei der Integration vorbildhaft sei. Mit den Worten „Mühen und Träume" wird die Arbeit der „Internationale[n] Initiative Hochfeld" (04.04.2014b) umschrieben. Diese wurde für ihre Arbeit ausgezeichnet und aus diesem Anlass wird Jens Geier - Mitglied des Europäischen Parlaments - zitiert, wenn er den „besonderen Stellenwert der Integrationsarbeit in Duisburg" (16.06.2014) herausstellt. Soziale Gruppen, Initiativen und bürgerschaftliches Engagement werden nicht als politisch unabhängige Akteure betrachtet, sondern dienen indirekt als Garant für ein ‚erfolgreiches' integrationspolitisches Handlungskonzept der Stadt und werden politisch quasi einverleibt.

6. Wie funktionieren Konstruktionen von „wir" und „die Anderen" und welche Folgen haben sie?

Die Analyse der Zuschreibungen von südosteuropäische Zuwander_innen bzw. Roma in der WAZ konnte zeigen, dass diese sehr häufig als Repräsentant_innen einer personenunabhängigen Gruppe beschrieben werden und dass die Zuschreibungen antiziganistische Stereotypen enthalten.

Auf diese Weise kommt es zu einer Konstruktion des Fremden oder Anderen, die sich auch sprachlich vermittelt. In einem Artikel heißt es, dass „[w]ir [...] ihre Berufserfahrungen und ihre Qualifikationen nicht" kennen und „sie [...] unsere Berufsbilder und die Rahmenbedingungen unseres Arbeitsmarktes nicht" kennen. (05.02.2014b) Solche othering-Prozesse werden häufig durch Personalpronomen vorgenommen.[28]

Die Konstruktion des Anderen vollzieht sich auch in einer Zuordnung zu Räumen. Der in der Berichterstattung konstruierte 'eigentliche' Lebensraum der zugewanderten Roma wird z.B. stets außerhalb Deutschlands angesiedelt. Dabei wird übersehen, dass Roma schon seit Jahrhunderten in Deutschland leben und über Generationen hinweg ein fester Teil der Gesellschaft sind. So qualifiziert der 18-jährige Aufenthalt eines Pfarrers in Rumänien diesen dafür, dass er sein Wissen über Roma auch „aus eigenen Erfahrungen" (13.06.2014) schöpfe. Die Möglichkeit Erfahrungen mit „Roma" auch in Deutschland zu erwerben, wird nicht in Betracht gezogen. Um den Raum des Anderen auch symbolisch stärker abzugrenzen, wird an einer anderen Stelle angemerkt, dass die Politik „so weit vom Volk weg [ist] wie Bukarest von Hochfeld" (18.02.2014).

Im Rahmen der Berichterstattung über die Einwanderung aus Südosteuropa wird die Kommune stets als 'Betroffene' dargestellt. Verbunden damit werden der Kommune quasi körperliche Eigenschaften zugeschrieben: In Duisburg sei der „Zustrom" (24.01.2014a/ 12.06.2014) von südosteuropäischen Zuwander_innen „zu spüren" (19.02.2014a), sodass auch die „Duisburger Selbstheilungskräfte" (10.02.2014a) nicht mehr helfen würden. Die Zuwanderung aus Südosteuropa erscheint als eine Art Infektion des gesunden Kommu-

[28] Unter *Othering* ist die einem Kollektiv zugeschriebene Charakterisierung von Individuen als anders zu verstehen, Vgl. Bukow / Jonuz [u.a.] 2013, 26

nekörpers, den es – durch Fördergeld – zu heilen gilt. Dieser infektiöse Befall gewinnt durch solche Kollektivsymbole an Drastik, entfaltet eine entsprechende Logik und wirkt dadurch plastischer. Die Duisburger Kommune wird mehrfach als „Zuwanderungsmagnet" (08.02.2014b / 21.03.2014) charakterisiert, die von einer ganzen „Zuwanderungswelle" (11.02.2014b / 04.04.2014b) bzw. eines „Zuwandererstrom[s]" (29.04.2014a) „betroffen"(24.01.2014a) sei. Durch den Einsatz solcher Symbole können sich die Leser_innen als Teil dieses Körpers betrachten und damit in eine bedrohte Position versetzen. In diesem Fall rührt die Bedrohung von einer unaufhaltbar erscheinenden „Zuwanderungswelle" bzw. eines „Zuwandererstrom[s]", der den Körper der Kommune – und damit auch das ‚Wir' – befällt und wogegen es sich zu wehren gilt.

In der WAZ werden hierbei verschiedene Handlungsoptionen angeboten. Zum einen wird eine Gefährdung des sozialen Friedens prognostiziert. Wie diese Gefährdung aussehen könnte, wird durch die Anspielung auf „die steigende Anzahl von Rechten" (30.04.2014) ersichtlich. Eine andere Handlungsoption ist eine Bewältigung des Problems durch einen Einsatz entsprechender Geldmittel.[29] Durch den Einsatz von Kollektivsymbolen werden sowohl die oben dargelegten Strategien des Populismus wie auch die stetigen Forderungen nach mehr Geldmitteln und das Heraufbeschwören einer Gefährdung des sozialen Friedens weiter untermauert.

7. Wie werden das Handlungskonzept der Stadt Duisburg oder andere stadt- und migrationspolitische Konzepte aus anderen Städten und Regionen aufgenommen?

Das Handlungskonzept der Stadt Duisburg ist in der WAZ kein Thema. Dafür wird ab und an auf politische Konzepte zur Migration verwiesen: Dazu gehören das Hilfsprojekt „Klarkommen" für kriminelle Jugendliche aus Südosteuropa, das „Berliner-Projekt" zur „Umsiedlung" von Roma oder das Projekt „Unser Haus Europa" zur Integration südosteuropäischer Zuwanderer in den Arbeitsmarkt.

3.1.2 Feinanalysen

Im Folgenden sollen die im WAZ-Diskurs dominanten Aussagen anhand zweier typischer Artikel daraufhin analysiert werden, wie bereits die grafische Aufbereitung der Artikel dazu beiträgt, die Botschaft zu transportieren.

[29] Zur Vertiefung siehe Kapitel „Duisburg hätte [...] mehr Unterstützung aus Brüssel verdient".

3.1.2.1 Die letzte Chance für Elisabeta

Der Artikel „Die letzte Chance für Elisabeta“ befasst sich mit kriminellen Kindern zugewanderter Familien aus Südosteuropa, den sogenannten „Klaukids“. Wie im Großteil der WAZ-Berichterstattung im ersten Halbjahr des Jahres 2014, werden hier in Verbindung mit der Zuwanderung aus Südosteuropa die Themen *Kriminalität, Überlastung der Behörden* und die *Betonung der Besonderheit südosteuropäischer Zuwanderung* behandelt.

RHEIN-RUHR

Dienstag, 6. Mai 2014

Die letzte Chance für Elisabeta

Klaukid tauchte nach einem Gerichtsurteil ab und wurde prompt rückfällig. Städte wie Duisburg und Essen reagieren inzwischen rigoroser auf solche Delikte

Von Heike Lenzen

Bahrgebiet. Wo steckt Elisabeta? Mehr als 200-mal fiel das Roma-Mädchen auf, durch Diebstähle und Überfälle, bevor es im September vom Dortmunder Amtsgericht zu acht Monaten Jugendhaft verurteilt wurde. Trotzdem erhielt die 14-Jährige noch eine Chance, sich zu bewähren – und vergeudete sie prompt. Gestern hätte sie eigentlich wieder vor Gericht stehen sollen. Eigentlich. Denn in Justizkreisen wußte niemand mit ihr – sie sie abgetauscht in Holland. Am Ende sagte dann ihre Anwältin den Termin ab.

„Die Kinder werden an organisierte Banden vermietet.“

Olaf Güntner, Kriminalpolizei

Oft genug haben sie an den Bahnhofsgeschwistern Hans angeklingelt. Mal die Mitarbeiter des Jugendamtes Dortmund, mal Polizisten. Genau bei jener Adresse, die Elisabeta auf dem Dortmunder Amtsgericht angegeben hatte, hier sie wieder verschwand. Doch die Versuche, mit ihrer Familie zu reden, Hilfsangebote zu machen, Elisabeta zu bewegen, die Schule zu besuchen, schlugen jedes Mal fehl. Zwei öffnete dort Elisabetas Mutter, doch sie selbst war nie da.

Elisabeta, ihr Name ist im Bahrgebiet längst zum Synonym für die sogenannten Klaukids geworden. Für jene Kinder aus südosteuropäischen Zuwandererfamilien, die anfangs mit kleinen Diebstählen und Taschenraubdiebstählen auffallen, später auch mit Raubüberfällen. 998 Übergriffe auf Geldautomaten registrierte das Landeskriminalamt NRW von 2012 bis Frühjahr 2013. Die Täter sind oft, meist zwei bis zehn Jahre, eben strafunmündig. Stehlen, spuckend oder tretend gehen sie ihre Opfer an, rennen davon Geld ab und sind kaum zu packen, weil sie – wenn sie erwischt werden – nach wenigen Stunden aus dem Heim flüchten.

So wie Elisabeta es nur allzu oft getan hat. Das Amtsgericht hatte für ihr September in Aussicht gestellt, die Jugendstrafe nachträglich zur Bewährung auszusetzen, wenn sie sich ein halbes Jahr lang nichts mehr zuschulden kommen lassen würde. Doch am 3. Januar wird er wieder gefasst. Dieses Mal bei einem Diebstahl an einem Bankautomaten in Castrop-Rauxel. Mit dabei sind zwei zwölf und 13 Jahre alte Komplizinnen. „Die waren vermutlich in der Anlernphase“, sagt ein Kommissar, der Ihren Fall gut kennt.

Kinder wie Elisabeta sind jedoch nicht nur Täter, sondern vor allem Opfer. Von Erwachsenen zum Stehlen, Betrügen und Rauben abgerichtet. Sondern so nach der Leipziger Ethnologe Olaf Günther, der sich intensiv mit Roma befasst hat. „Die Kinder werden nicht von ihren Eltern auf Diebestour geschickt, sie werden oft für erheblich wenig Geld an Geschäftsleute, an organisierte Banden vermietet“, sagt Günther. Auf diese Weise gelangen auch Mädchen, etwa aus dem bulgarischen Plovdiv in die Straßenprostitution in Dortmund. „Es ist die Armut, die sie dazu treibt.“ Das sind Menschen ganz am unteren Ende der sozialen Hierarchie. An erster Stelle steht für sie das Überleben der Familie“, erklärt Günther. Zudem sei das familiäre Netz ähnlich sehr verzweigt, die Kinder würden mal in Deutschland, dann in den Niederlanden oder in Italien eingesetzt.

Längst gibt es eigene Ermittlungsgruppen bei der Polizei, in einigen auch die Jugendämter wurden Stadte versteckt auf die Klaukids. Mit Erfolg. „In Mülheim und Essen haben diese Delikte deutlich abgenommen. Unsere Vermutung ist, dass großer Druck gegenüber den Eltern aufgebaut worden ist und Verbrechen eingeleitet wurden, wenn diese ihrer Fürsorgepflicht nicht gerecht wurden“, sagt der Essener Hauptkommissar Martin Kielkessa.

Gedrillt, die Kinder wegzunehmen

Und Duisburg: Polizeisprecher Karsten von der Maat bestätigt gar, seit Oktober habe es in seiner Stadt keine Verfälle mit Klaukids mehr gegeben. „Wir hatten drei, vier Familien ermittelt, deren Kinder für insgesamt 60 Fälle verantwortlich waren. Zusammen mit dem Jugendamt haben wir klargemacht, dass wir Ihnen die Kinder wegnehmen, wenn sie ihrer Sorgepflicht nicht nachkommen.“ Ähnlich bestätigt das Jugendamtsleiter Holger Pelkhofer: „Das wäre nur das letzte Mittel. Aber natürlich gehen Sozialpädagogen in die Familien, und die Clan-Chefs sorgen dafür, dass die Kinder die Schule besuchen.“

Elisabeta, natürlich, geht nicht zur Schule. Nach der Geschichte in Castrop-Rauxel saß sie in Pebra ar noch bei einem Ladendiebstahl in Dortmund erkannt worden sein. Zum nächsten Prozess-Termin vor dem Dortmunder Amtsgericht will sie aber angeblich erscheinen. Sagt zumindest ihre Anwältin Juliane Hermann.

Die Delikte der Klaukids

Zwei Tage nach Essen: 14. Februar bis Juli 2013 war Elisabeta 5, erwischt wurden, als sie eine 76-jährige am Geldautomaten überfallen hatte.

In Duisburg hat es schon Fälle gegeben, in denen die Klaukids Frauen im Vorbeigehen die Ohrringe abgerissen haben.

Weibliche Klaukids an einem Dänemarker Geldautomaten.

Elfjähriger Junge stürzt in der Kletterhalle ab

Knochenbrüche noch am Sonntag operiert – Betreiber: Ein Knoten im Sicherungsseil saß falsch

Von Annika Fischer und Detlef Frey

Mülheim. 19 Meter hoch war ein kleiner Junge geklettert, etwa sechs Meter fehlten ihm beim Abstieg, noch zum sicheren Boden unter den Füßen – doch er ist er ein Verden Augen seines Stiefvaters, der ihn sicherte, liess sich das Seil. Der Elfjährige schlug auf der Seite auf, zog sich mehrere Brüche im Gesicht und Oberkörper zu. Er wurde noch am Sonntag operiert. Auch Guido Kraatzkämper hat den Unfall mit angesehen. Die Ursache? „Menschliches Versagen“, sagt der Geschäftsführer der Mülheimer Kletterhalle und weiter weiterer in Bochum und

Kletterer in Mülheim.

Jahrzehnten Sportkletterbeschäftigt. Da hat, so Kraatzkämper erregt, „verdammt noch mal jemand nicht richtig hingesehen“.

Tatsächlich wird immer wieder von Abstürzen in Kletterparks, Hallen und Hochseilgärten berichtet. Die Unfallwahrscheinlichkeit bei 0,08 Prozent – Schätzungen

16 „Indoor“-Unfälle im Jahr 2012

Trotzdem, heißt sich der Kletterhallenverband e.V. zu sagen, sei das Klettern „indoor“ sicher: 2012 ereigneten Werte belegten, dass bei 1000 Kletterstunden die Unfallwahrscheinlichkeit bei 0,08 Prozent – Schätzungen

KOMPAKT

Nachrichten aus NRW

Toter lag neben der Sparkasse

Bochum. In Bochum-Hiltrop ist am frühen Montagmorgen eine Leiche gefunden worden. Sie lag auf einem öffentlichen Weg neben einer Sparkasse. Die Todesursache ist noch ungeklärt, sagte Polizeisprecher Axel Ritter. Es spreche einiges für einen Suizid. Die Staatsanwaltschaft will jetzt entscheiden, ob der Tote, der ein fortgeschrittenes Alter gehabt haben soll, obduziert wird. (B.St.)

Alexander Klaws spielt „Jesus“ in Dortmund

Dortmund. Der ehemalige „Superstar“ Alexander Klaws hat unterschrieben: Drei Jahre lang hat er als „Jesus“ in Hamburg erfolgreich die Lieder gesungen. Nun wird er die Hauptrolle im Lloyd Webber-Musical „Jesus Christ Superstar“ spielen – Premiere ist am 19. Oktober im Opernhaus Dortmund.

Taxifahrer klopft Matten am Rettungswagen aus

Essen. Ein Essener Taxifahrer hat seine Fahrzeuge an einem Rettungswagen der Feuerwehr abgeklopft, während dieser der Notarzt um das Leben einer Patientin kämpfte. „Auf Ansprüche gab der Mann an, er habe viel Arbeit, die Medien seien jetzt aber richtig sauber“, so Mike Filzen, Sprecher der Essener Feuerwehr. Der Patientin geht es übrigens wieder besser.

Juwelier gesteht Überfall auf anderen Juwelier

Krefeld. Ein Juwelier hat in Krefeld gestanden, eine Serie von Überfällen auf Banken und einen anderen Juwelier begangen zu haben. Er habe in Geldnot gewesen, sagte der 48-Jährige gestern beim Prozessauftakt vor dem Krefelder Landgericht aus. Beim mängelhaften Raubüberfall hatte er einen Kassen mit der Aufschrift „Achtung Bombe“ in einer Bankfiliale abgestellt. dpa

Duisburg: Tigergehege für zwei Millionen Euro

Duisburg. Der Duisburger Zoo baut für zwei Millionen Euro ein großes neues Tigergehege und ein Zoo-Lab. Möglich macht dies eine Großspende des Revier-Chemiekonzerns Evonik. Für die vier Amoure bedrohten Sibirischen Tiger wird eine 1600 m² große Freianlage am bisherigen Tiger-Standort am Nebeneingang errichtet. 2015 soll die Eröffnung sein.

GEWINNZAHLEN

WORTLAUT

„Die Erforschung der Bergwerksgeschichte ist uns

Der Artikel, der am 6. Mai 2014 in der Rubrik „Rhein-Ruhr“ erschien, füllt fast eine ganze Seite. Er wird von Kompakt-Nachrichten auf der linken und rechten Seite und einem kürzeren Bericht auf der unteren Seite eingerahmt. Zum Artikel

gehören zwei Fotos, die fast die Hälfte des Artikels ausmachen. Auf den Fotos einer Überwachungskamera sind weibliche „Klaukids an einem Düsseldorfer Geldautomaten“ und eine ältere Dame zu sehen. Die Gesichter der zwei „Klaukids“ sind verpixelt. Die zwei Fotos sind übereinander gesetzt, stehen also in einem narrativen Zusammenhang zueinander und bieten – mit Blick auf die europäische Leserichtung von oben nach unten – einen klaren und begrenzten Deutungsrahmen: Auf dem oberen Foto sieht man eine ältere Dame an einem Sparkassenautomaten und an ihrer linken Seite zwei junge Mädchen. Auf der darunter stehenden Fotografie ist die ältere Dame an die Seite gedrängt, dicht an ihr stehen nun drei junge Mädchen, die sich an den Geldautomaten drücken. Der im Artikel beschriebene Überfall wird hier visuell beschrieben. Die Verpixelung der Gesichter und die Ästhetik der Überwachungskamera knüpft an Sehgewohnheiten der Leser_innen an und setzen die darauf abgebildeten Personen zwangsläufig in einen kriminellen Kontext, ohne dass der Inhalt des Artikels zur Kenntnis genommen werden muss.

Mit der Artikelüberschrift wird dieser Kontext in einen dramatisierenden Zusammenhang gebracht: Es geht um die „die *letzte* Chance für Elisabeta“. Damit wird implizit zum Ausdruck gebracht, dass Elisabeta bereits mehrere Chancen hatte.

Im dem Lead werden bereits die Probleme der Behörden angesprochen, die auf die Klaukids mittlerweile „rigoroser“ reagierten – auch damit wird Denormalität signalisiert, die durch protonormalistische Maßnahmen, die hier im einzelnen nicht genannt werden wieder in Normalität verwandelt werden soll. Damit ist auch bereits gesagt, dass Elisabeta kein Einzelfall ist, sondern als ein pars pro toto für kriminelle Zuwanderkinder steht.

Der Artikel führt den Leser zunächst in den Fall ‘Elisabeta‘ ein und betont die Anstrengungen und gescheiterten Hilfsangebote an das ,,Klaukid“ seitens der Behörden. Anschließend geht der Artikel allgemein auf das Phänomen der ,,Klaukids“ ein und thematisiert daraufhin einen kriminellen Rückfall der Protagonistin Elisabeta. Im Laufe des Artikels wird eine Differenzierung vorgenommen, indem auf die Armut hingewiesen wird, welche die Kinder und Erwachsenen in die Kriminalität treibe. So wird erklärt, dass ,,Kinder wie Elisabeta [...] nicht nur Täter, sondern vor allem Opfer“ seien. Doch wird der Aspekt der Kriminalität dann auf die ,,familiäre[n] Netz[e]“ focussiert. Im Laufe des Artikels dient das Stereotyp der vernachlässigten Fürsorgepflicht und der elterlichen Anstiftung zur Kriminalität als Erklärungsmuster und die Roma stehen – vor dem Hintergrund ihrer Eigenverantwortung – wieder als Hauptschuldige dar. Die sozialen Umstände und die Beweggründe der Kriminalität geraten in den Hintergrund und die kriminellen Akteure und deren Angehörige in den Vordergrund. Inhaltlich dominiert diese Diskursposition in beinahe 80 Prozent des Artikels und muss somit als abschließende Hauptaussage verstanden werden.

3.1.2.2 „So lernen die Kinder der Roma“

Der Artikel „So lernen die Kinder der Roma“, beschäftigt sich mit den sogenannten „Auffangklassen“ für zugewanderte Schüler_innen aus Südosteuropa.

Er ist deshalb als exemplarisch für die Berichterstattung der WAZ zur Zuwanderung aus Südosteuropa im ersten Halbjahrs 2014, weil in ihm die Aspekte *Bildung, Armut, Überlastung öffentlicher Einrichtungen* und *kulturelle Andersartigkeit* im Vordergrund stehen, die insgesamt für die Charakterisierung der Zuwander_innen in der WAZ typisch sind.

Zuzug aus Osteuropa Schule und Integration

So lernen die Kinder der Roma

Für die Zuwanderer muss Dortmund immer mehr „Auffangklassen“ schaffen. Und Lehrer treffen auf Schüler, die mehr brauchen als Sprachunterricht

„Wenn man sieht, wie sie sich entwickeln, weiß man, was man geschafft hat.“

Pro Woche kommen 30 neue Schüler

Stadt bringt sie mit Schulbussen nun auch in die Randbezirke

KOMPAKT

Vier junge Menschen durch Autodieb verletzt

Westfalia Herne will Tickets verschenken

Unangeschnallter Fahrer stirbt in Velbert

GEWINNQUOTEN

CHRONIKDIEBE

'Warten auf Schnee.

WORTLAUT

„Ich habe überhaupt kein Problem mit Gelsenkirchen.“

Die Reportage erschien am 24. Januar 2014 in der Rubrik 'Rhein-Ruhr'. Der Artikel füllt nahe eine Seite wird von Kurznachrichten auf der linken und drei kürzeren Berichten auf der rechten Seite sowie einem kürzeren Bericht auf der unte-

ren Seite eingerahmt. Über dem Artikel ist ein Farbfoto platziert, das ein Viertel der Seite ausfüllt und offenbar zwei Schülerinnen einer Auffangklasse zeigt. Auf der ersten Bildebene des Fotos ist Anna abgebildet, die hilfesuchend nach oben schaut. Über dem Foto ist der Titel des Oberthemas „Zuzug aus Osteuropa Schule und Integration" platziert und wird durch dynamische Doppelpfeile hervorgehoben. Die Bildunterschrift lautet: ,,K wie Kartoffel, N wie Nudel: Anna schreibt die fremden Wörter von der Tafel ab, neben ihr malt Patricia die zugehörigen Bilder aus". Im unteren Teil des Artikels ist ein Foto des Rektors Klaus Westermann abgedruckt, der frontal in die Kamera schaut und so einen entsprechend initiativen Eindruck macht. Neben dem Foto steht fettgedruckt das Zitat: ,,Wenn man sieht, wie sie sich entwickeln, weiß man, was man geschafft hat".

Mit Blick auf die europäische Leserichtung von oben nach unten, können die zwei Fotos in einen narrativen Kontext eingeordnet werden. Oben wird das Problem dargestellt: zwei hilfsbedürftige Schülerinnen einer Auffangklasse. Unten werden die Lösung bzw. Erfolge aufgezeigt. der Rektor der Schule. Es entsteht eine Dichotomie von ‚Problem versus Lösung bzw. Erfolg'. Die an dieser Zweiteilung orientierten Fronten, werden auch im Untertitel angesprochen: ,,Für die *Zuwanderer* muss *Dortmund* immer mehr Auffangklassen schaffen. Und *Lehrer* treffen auf *Schüler*, die mehr brauchen als Sprachunterricht". Die Zuwanderer stehen einer überlasteten Stadt gegenüber; die Schüler stehen den Lehrkräften gegenüber.

3.1.3 Zusammenfassung

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Berichterstattung der WAZ über die Zuwanderung aus Südosteuropa von antiziganistischen Ressentiments durchsetzt ist. Durch eine Betonung vermeintlicher kultureller Eigenheiten der Roma bzw. Zuwander_innen aus Südosteuropa und die Konstruktion eines nicht enden wollenden „Zuwandererstroms", wird die Zuwanderung aus Südosteuropa als eine besondere Migration dargestellt; die einen Notstand bzw. eine Überlastung produziert. Vor diesem Hintergrund wird mehr finanzielle Unterstützung von Bund und EU verlangt. Damit folgt die WAZ weitgehend unkritisch der Strategie der Duisburger Kommune, die von Land, Bund und Europäischer Union weitgehende Unterstützung in dieser Frage fordert.

Damit verbunden ist auch eine populistische Bewertung der EU als Konterpart, die die Freizügigkeit beschlossen hat und mit deren Auswirkungen sich die Duisburger Kommune konfrontiert und alleingelassen sieht. Im Hinblick auf diese Konfrontation wird die Gefährdung des sozialen Friedens hervorgehoben, auch um der Forderung nach weiteren Geldmitteln mehr Nachdruck zu verleihen. Handlungs- und Ordnungsabsichten der Kommune und der Behörden scheinen bei den Zuwander_innen aus Südosteuropa nur bedingt zu greifen, wodurch der

Aspekt der Überlastung weiter betont wird, wobei auf tradierte antiziganistische Stereotypen zurückgegriffen wird.

Roma und südosteuropäische Zuwander_innen werden in der Berichterstattung der WAZ als passive Andere repräsentiert und ihre vermeintliche kulturelle ‚Eigenart' nach wie vor betont. Vor dem Hintergrund eines mehrheitsgesellschaftlichen Maßstabs wird ihnen Primitivität unterstellt und dies wird, basierend auf Einzelfällen, in den ausschließlich problematisierenden Kontext von Kriminalität, sozialen Missständen, Armut, Bildungsferne und Arbeitslosigkeit gesetzt. Es ist im Untersuchungszeitraum kein einziger Artikel erschienen, in dem sie beispielsweise als als Bürger_innen Duisburgs oder gar als Experten_innen für einen Sachverhalt, ganz zu schweigen als Mitarbeitende einer offiziellen Institution charakterisiert werden.

3.2 Analyse der RP

3.2.1 Strukturanalyse

In dem ausgewählten Zeitraum fanden sich in der Rheinischen Post 40 Artikel, die im Zusammenhang mit dem Thema „Zuwanderung auf Südosteuropa" verortet werden können. Alle Artikel sind in der sogenannten Stadtpost veröffentlicht. In drei Fällen gab es Verweise auf Artikel im Mantel der Zeitung, wodurch dem kommunalen Thema eine regionale Bedeutung zugewiesen wurde.[30]

1. Wie werden die Duisburgerinnen und Duisburger mit Herkunft aus Südosteuropa dargestellt?

Die Zuwanderung aus Südosteuropa wird in der Berichterstattung vorwiegend problematisiert – Dies wird bereits in den Überschriften deutlich:

- „Stadt stellt Anträge auf Förderung" (01.04.2014),
- „Problemhäuser: Meldekontrollen der Ordnungshüter" (04.04.2014),
- „Mehr Hilfen, aber auch mehr Arbeit" (05.-06.04.2014).
- „Runder Tisch fordert: Stadt muss Roma helfen" (05./06.04.2014),
- „Pilotprojekt mit Roma kostet die Stadt 160000 Euro" (24.04.2014)

[30] Vgl. „Stadt hofft auf Geld von Bund und EU" (01.04.2014), „Plakate sorgen für Diskussionen" (01.05.2014) und „Barisic muss an Stadtwerke zahlen" (09.05.2014).

- „klarkommen“ soll Einwanderern helfen“ (29.04.2014).
- „Link hat Angst vor rechten Gruppen“ (28.05.2014),
- „Hochfelds Schulen sind an ihrem Limit“ (07.06.2014).

Hervorzuheben ist, dass die Problematisierung nicht nur in Bezug auf die Einwanderung aus Südosteuropa erfolgt, sondern sich auch auf Menschen bezieht, die in Duisburg Asyl suchen: „Städtische Übergangsheime sind fast voll.“ (25.06.2014).

Die Menschen aus Südosteuropa werden also keineswegs als „Duisburger“ und „Duisburgerinnen“ gesehen – sie sind „Roma“, denen man helfen muss. Sie müssen gefördert werden; sie müssen „klarkommen“; sie verursachen Probleme und stellen die Stadt vor finanzielle und arbeitstechnische Herausforderungen.

2. Wie werden die „Anwohnerinnen“ und „Anwohner“ und andere Alteingesessene dargestellt?

Die Menschen, die schon länger in Duisburg leben, stehen diesen Zuwander_innen gegenüber – sie klagen, versuchen zu helfen, wirken aber insgesamt vor allem als hilflos, überfordert, ratlos, ängstlich oder verärgert. Verknüpft werden solche Darstellungen mit einem Sicherheitsdiskurs: „Nichts ist so wichtig wie die Sicherheit“ (22.04.2014). Das Bild zu diesem Artikel zeigt eine offenbar verängstigte Frau, die einem Mann mit Kappe und Lederjacke mit hochgestelltem Kragen die Wohnungstür öffnet, an die sie sich gleichzeitig mit beiden Händen festhält. Der Bericht beschreibt, dass Trickbetrüger und -diebe sich für ihre „Geschäfte“ gerne schwache Opfer aussuchen. Viele Duisburger fühlten sich nicht mehr sicher und Zahlen der Polizei bestätigten, dass dieses Gefühl nicht grundlos sei.

Der Artikel hat einen direkten Bezug zur Kommunalwahl mit dem Lead: „Die Duisburger entscheiden“ und stellt Politik und Bürger auf unterschiedliche Seiten: „Immer wieder werden Probleme im Bereich der Ordnung und Sicherheit in Verbindung mit Zuwanderung gebracht. Vor allem die Gruppierungen am rechten Rand setzen darauf, mit rassistischen Parolen für sich Stimmung zu machen. Dass die Verärgerung der etablierten Parteien in Duisburg über diese Scharfmacher groß ist, das ist bekannt, zugleich aber auch, dass dieses Problem den Wählern unter den Nägeln brennt.“

Auf der einen Seite stehen die ‚aufgeklärten’ etablierten Parteien, die die Situation (mehr oder weniger gut) erkennen und (mehr oder weniger) kritisch beleuchten. Im Folgenden wird dargestellt, dass Duisburger SPD-Vorsitzende und der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger die CDU gewarnt habe mit der großen Anzahl der in Duisburg lebenden Bulgaren und Rumänen Wahlkampf zu machen. Auf der anderen Seite steht die Bevölkerung, die verängstigt ist (wie die Dame auf dem Bild) und der das Problem „unter den Nägeln brennt.“

Welches nun das Problem ist, ist für Interpretationen offen. Der Teilsatz „dass dieses Problem den Wählern unter den Nägeln brennt“ soll sich – im Kontext interpretiert – wohl auf „Probleme im Bereich der Ordnung und Sicherheit“ beziehen.

Im Text heißt es weiter:

> „Auch wenn die Christdemokraten ihr Wahlkampfprogramm noch nicht vorgelegt haben, von dieser Warnung [mit der großen Zahl der hier lebenden Bulgaren und Rumänen Wahlkampf zu machen] werden sie sich nicht beeinflussen lassen. Denn dass es zwischen bestimmten Straftaten und osteuropäischen Tätern einen Zusammenhang gibt, lässt sich nicht bestreiten.“

Diese Textstelle und Zukunftsprognose der Autorin kann als Zurückweisung der Warnung von Ralf Jäger, die Herausforderungen in Duisburg in den Wahlkampf einzubringen, gedeutet werden. Sie sagt implizit, dass die CDU in ihrem Wahlkampf lediglich wirkliche Probleme aufnehmen werde.

In Zusammenhang mit dem Sicherheitsdiskurs stehen auch etliche Artikel, in denen Straftaten mit einer Ethnisierung der vermeintlichen Täter verknüpft werden. Hier sind einige Beispiele: „Handyräuber in der U79“ – der Artikel beschreibt den Täter als „etwa 1,80 cm groß, schwarze Haare, vermutlich südländischer Herkunft.“ (07.04.2014). Oder: „Dreister Dieb stahl Rentner das Auto“ (19.04.2014) – Im Artikel heißt es dann: „Der zurzeit wohnungslose Mann wurde dem Haftrichter vorgeführt.“

Durch die Zuschreibung „wohnungslos“ wird das Stereotyp des „Vagabundentums“ abgerufen, wobei die Situation durch die Nennung des gesellschaftlichen Status des Opfers zugespitzt wird: Ein dreister, wohnungsloser Krimineller stiehlt einem ordentlichen Bürger, der jahrelang in ‚unser’ Rentensystem eingezahlt hat, sein Statussymbol und das Mittel seiner Mobilität: sein Auto.

Unter dem Titel „Gefesselt und in die Toilette gesperrt“ (28.04.2014) wird ein Überfall auf ein Kopiergeschäft in Duisburg-Meiderich mit einer ethnisierenden Täterbeschreibung gemeldet. Als Fahnungshinweis sucht man nach einem „Schwarzafrikaner“ und einem „Osteuropäer“.

„63-jährige am Geldautomat beraubt“ (08.05.2014) beschreibt einen Überfall in Duisburg-Meiderich „Seit Wochen und Monaten warnt die Polizei immer wieder vor (oft sehr jungen) Tätern...“, „(...) zehn bis 12 Jahre alten Kindern mit schwarzen Haaren (...)“

Völlig unabhängig von den gemeldeten Vorfällen stellen solche ethnisierenden Täterzuschreibungen ein Problem dar: Es werden nicht einfach nur Hinweise von etwaigen Beobachtenden nachgefragt – diese Hinweise werden vorab schon in eine bestimmte Richtung gelenkt, obwohl über die Herkunft der Täter keine konkrete Aussage gemacht werden kann, denn wie lässt sich feststellen, ob ein Mensch Südländer, Südeuropäer oder Schwarzafrikaner ist, ohne seine Ausweispapiere zu überprüfen?. Solche Zuschreibungen finden auf der Grund-

lage von Vermutungen statt und haben aber den Effekt, dass als ganze Volksgruppen unter Generalverdacht gestellt werden und sich die Bevölkerung dazu aufgerufen fühlen kann, Menschen aufgrund phänotypischer Merkmale zu stigmatisieren und auf dieser Grundlage zu kriminalisieren.

So werden Anwohner und „Alteingesessene" zum verlängerten Arm von Sicherheitskräften gemacht, die ethnisierende Vermutungen als Grundlage für Fahndungen zulassen.

3. Welche Äußerungen finden sich von Lokalpolitiker_innen, der Stadtverwaltung und der Polizei, etc. und welche Wirkungen entfalten diese im gesellschaftlichen Diskurs? Ob und inwieweit wird die Einwanderung aus Südosteuropa zum Wahlkampfthema?

In dem Artikel „Mehr Hilfen, aber auch mehr Arbeit" (05.04.2014)[31] wird die Forderung des „Runden Tisches offenes Rheinhausen" dargestellt, mehr für die Integration von Zuwanderern zu unternehmen. Außerdem beschreibt er die Forderung der CDU an OB Link zu handeln. Die CDU fordere von Sören Link, frühzeitig die notwendigen Schritte einzuleiten, da das Kabinett bereits im Juni neue Regelungen für die Zuwanderung aus Süd-Ost-Europa beschließen werde und auf Duisburg nicht nur finanzielle Hilfe, sondern auch mehr Arbeit zukäme. Mit einem entsprechenden Antrag fordere die CDU sofortige Umstrukturierungen in der Verwaltung und verweise auf die jetzige Handlungsunfähigkeit angesichts der Personalsituation der Stadt (hoher Krankenstand, Überstunden, Resturlaubsansprüche).

Der Artikel referiert den kontrollzentrierten Ansatz der CDU, der sich sowohl auf die Einwandernden wie auch auf die Stadtverwaltung bezieht. Nahegelegt wird, dass die Zuwandernden in Anzahl und Verhalten kontrolliert werden müssen und die Stadt ihre Verwaltung umstrukturieren muss, um die Zuwanderung unter Kontrolle zu halten. Außerdem wird Rainer Enzweiler, Vorsitzender der CDU-Fraktion, Raum gegeben, OB Link und die Organisation der Stadtverwaltung zu kritisieren.

Darüber hinaus trägt der Artikel zu einer Verfestigung der Dichotomie „wir" und „die Anderen" bei. Der Untertitel lautet: „Der Runde Tisch offenes Rheinhausen fordert die Stadt auf, mehr für die Integration von Zuwanderern zu unternehmen. Die CDU fordert OB Link zum Handeln auf. Kontrollen belegen, dass es bei Anmeldungen drunter und drüber geht."

Als Einstieg ist ein Szenario gewählt, welches sich als Metapher für die Situation um Zuwanderung in Duisburg lesen lässt und welches als Artikelbeginn unter den oben angeführten Überschriften völlig unvermittelt erscheint: „ (...) in Hochfeld entdeckten die städtischen Kontrolleure am Donnerstag eine illegal verleg-

[31] Dieser Artikel wird im Folgenden einer dezidierten Feinanalyse unterzogen. Am 05.04.2014 findet sich in kürzerer Form ein unter dem Titel „Intensive Kontrollen notwendig" mit dem Untertitel „Zuwanderung – CDU fordert Verstärkung der Verwaltung" im Wochenanzeiger. Dieser Artikel weist teilweise hundertprozentige Überstimmungen mit dem WAZ-Artikel auf. Dieser Sachverhalt und seine Implikate sind in der Feinanalyse näher beleuchtet.

te Stromleitung. Sie wurde von den Stadtwerken beseitigt, die Zähler wurden überprüft."

Erst dann wird der eigentliche Sinn der Überprüfung dargelegt: „Vornehmlich standen bei Überprüfungen des Sonderaußendienstes des Ordnungsamtes unter Beteiligung des Jugendamtes, der Wirtschaftsbetriebe, der Polizei und der Stadtwerke insgesamt fünf Häuser in Hochfeld, Marxloh und Bergheim im Mittelpunkt."

Der nachfolgende Artikel ist durchsetzt von sprachlichen Ungenauigkeiten, Auslassungen und Bezugsfehlern. In einem Duktus, der Kontrollmaßnahmen in den Vordergrund stellt, wird ausführlich und sehr kleinschrittig beschrieben, dass es zu Unregelmäßigkeiten bei der Anmeldung gekommen sei, aufgrund derer „einwohnermelderechtliche Maßnahmen" erwogen werden müssten.

Die einführend beschriebene „illegal verlegte Stromleitung" wird so Pars pro toto für die gesamte Situation, müssen doch nicht angemeldete Bewohner eines Hauses auch als illegal gesehen werden.

Dann jedoch schlägt der Duktus des Textes um – zitiert werden die Forderungen des „Runden Tisches offenes Rheinhausen", der fordere, den Ratsbeschluss umzusetzen und den Roma dezentrale Gebag-Wohnungen anzubieten, da sie „in ständiger Angst lebten" vor ihrem Vermieter Branko Barisic. „Diese (sic) sei schade und traurig, denn die meisten der Bewohner hätten bereits begonnen, sich zu integrieren." Deutlich wird, dass Integration als Bringschuld der Einwandernden gesehen wird.

Das Kabinett werde die neuen Regelungen für die Zuwanderung aus Südosteuropa im Juni festlegen und dann kämen „nicht nur finanzielle Hilfen, sondern auch mehr Kontrollen und damit mehr Arbeit für (sic) die Verwaltung zu." Dies mache sofortige Umstrukturierungen in der Verwaltung notwendig, fordert die CDU. Eine zeitliche Begrenzung der Arbeitssuche sei notwendig, um dem Sozialmissbrauch vorzubeugen.

„Dazu gehört auch die wichtige Überprüfung der Kindergeld-Anträge. ‚Auch in diesem Bereich haben sich Schlepperbanden gebildet, die sowohl die Migranten als auch das bestehende Sozialsystem ausnutzen, indem sie gleichzeitig in mehreren Städten Kindergeld kassieren. Erst durch die zeitnahe Überprüfung der Behörden, ob die Familien tatsächlich in den Städten leben, kann diesen Kriminellen das Handwerk gelegt (sic)', sagte Enzweiler."

Der Artikel offenbart zum einen die Sicht der Lokalpolitik und Stadtverwaltung auf die Zuwanderer und ihre vermeintlichen Helfershelfer (Schlepperbanden), die sich einerseits am Rande der Illegalität aufhalten, andererseits aber auch um Integration bemühen.

Bei dem derart widersprüchlichen Bild, welches in diesem Artikel transportiert wird, können kritisch Lesende eigentlich nur zu dem Schluss kommen, dass es ganz offensichtlich nicht nur – wie im Untertitel dargestellt – bei den Anmeldungen drunter und drüber geht.

Daneben offenbart der Artikel aber auch die Vorstellungen von Lokalpolitik und Verwaltung, wie das Problem anzugehen ist: Mit verwaltungsmäßigen Umstrukturierungen, mit Überprüfungen und weiterer Kontrolle, um Sozialmissbrauch zu verhindern. Belange der Zuwanderer, wie ihre schlechte Wohnsituation, geraten dabei nur soweit ins Blickfeld, wie sie die öffentliche Ordnung gefährden.

Überhaupt ist der Sicherheitsdiskurs für die Lokalpolitik von zentraler Bedeutung und es wird die Gefahr thematisiert, dass Sicherheit in Zusammenhang mit Einwanderung als Wahlkampfthema ausgenutzt werden könne: „Nichts ist so wichtig wie die Sicherheit" (22.04.2014b) – der bereits zitierte Artikel thematisiert den Zusammenhang von Kriminalität und Zuwanderung und zeigt auf, dass Probleme von Ordnung und Sicherheit mit Zuwanderung in Verbindung gebracht werden. Das werde von rechten Gruppen ausgenutzt. Die SPD warne die CDU davor, die Einwandererzahlen für den Wahlkampf auszunutzen. Dies werde die CDU nicht beherzigen, denn „dass es zwischen bestimmten Straftaten und osteuropäischen Tätern einen Zusammenhang gibt, lässt sich nicht bestreiten."

Integration ist ebenfalls ein Wahlkampfthema. Am 23.04.2014 heißt es: „Grüne stellen ihr Wahlprogramm vor" – Integration sei ein großes Thema– aufgestellt wird die Forderung nach „Integration aus einem Guss". Zitiert wird Sait Keles, dem das städtische Referat nicht weit genug geht: „Wir standen der Einwanderung auf Südosteuropa viele Jahre machtlos gegenüber."

Die finanzielle Belastung durch die Herausforderungen durch die Einwanderung ist immer wieder Thema. Ein Pilotprojekt, welches die „Umsiedlung" von Roma-Familien zum Ziel hatte, wird am 24.04.2014 unter Herausstellung des Kostenaspektes beschrieben: „Pilotprojekt mit Roma kostet die Stadt 160000 Euro". Berichtet wird über ein Umsiedlungsprojekt, dass von November bis Mai unter der Begleitung von Sozialarbeitern erfolgreich vier Roma-Familien aus „In den Peschen" in Gebag-Häuser begleitet. Die Familien seien „durchaus ‚mietwillig und mietfähig'"; das Projekt sei aber zu teuer und die Nachhaltigkeit müsse sich zeigen.

Am 24.04.2014 zeigen sich „Parteien empört über Wahlplakate der Christdemokraten". Gezeigt wird ein Foto des Wahlplakats mit der Aufschrift „Duisburg kann besser". Das Wahlplakat zeigt das Hochhaus „In den Peschen" mit einem großen Müllberg davor. Dieses Plakat führe zu Empörung, weil es alt ist und Missstände zeigt, die nicht mehr bestünden.

Am 26.04.2014 wird das Plakat verteidigt („CDU-Chef verteidigt das Wahlplakat"), die Missstände seien nicht gelöst, Bürger litten und „Zuwanderer leben teilweise unter menschenunwürdigen Bedingungen". Landtagsabgeordnete Petra Vogt (CDU) habe bereits 2012 „eine Anfrage im Landtag zu der von dem Haus ausgehenden Kriminalität gestellt. Spätestens mit der Antwort der Landesregierung musste jedem klar sein, wie groß das Problem tatsächlich ist." (Mahlberg) Integrationswillige Zuwanderer würden zwischenzeitlich gezielter gefördert, aber der finanzielle Aufwand für Pilotprojekte benachteilige kleine Vereine, die Integrationsarbeit leisteten. „Die Mehrheit der zugewanderten

Großfamilien aus Südosteuropa habe auf Grund mangelnder Ausbildung und folglich mangelnder Eignung letztlich keine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt." Demokratische Parteien dürften solche Themen nicht „den rechten Menschenfischern" überlassen.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie die Feststellungskriterien des Landtages für Kriminalität, die von einem Haus ausgeht, aussehen und welche Antwort die Landesregierung auf die Anfrage gegeben hat. Es fehlen klare Aussagen – aufgezeigt wird nur ein Resultat, das frei für Interpretationen ist: Jedem muss klar sein, wie groß das Problem tatsächlich ist. Durch diese Redewendung wird ein Handlungsbedarf suggeriert – man muss etwas gegen das Problem und damit gegen ‚das Haus, von dem Kriminalität ausgeht', machen. Das Haus steht hier als Metapher für die Menschen, die darin leben. Die Lesenden können sich nun fragen, was man gegen ein Haus tun kann und verfallen möglicherweise auf die Idee, es abzureißen. Die Assoziationen, die die Formulierung der Anfrage im Landtag nach der „von dem Haus ausgehenden Kriminalität", hervorrufen, stellen die Individuen, die in dem Haus leben in den Hintergrund, obwohl Mahlberg die teilweise unmenschlichen Bedingungen, unter denen die Zuwanderer leben, kritisiert..

Am 29.04.2014 kann die CDU ihre Ziele darstellen: „CDU will den ‚Stillstand abwählen'." Ausgeführt wird, wie die CDU sich in einem „klassischen" Wahlkampf vor allem mit den Themen Arbeitsplätze, Sicherheit und Ordnung sowie Stadtentwicklung auseinandersetzen möchte. Die Beschäftigung mit Zuwanderung dürfe kein Tabuthema sein. Neben einer weiteren Verteidigung des umstrittenen Wahlplakates wird die Kritik Barisics zurückgewiesen und darauf hingewiesen, dass die Stadt die Möglichkeit habe „gegen überbelegte Wohnungen und unhaltbare Zustände vorzugehen."

Des weiteren wird die hohe Arbeitslosenquote in Duisburg (16,3%) problematisiert und mit der Einwanderung aus Südosteuropa in Zusammenhang gestellt – es gäbe 11000 Zuwanderer, wobei neun von zehn ohne Ausbildung seien. Freizügigkeit und städtische Integrationsmaßnahmen würden unterstützt, jedoch sei eine Befristung für arbeitslos gemeldete Zuwanderer wichtig. Bei fortbestehender Arbeitslosigkeit wird für die Abschiebung „innerhalb einer gewissen Zeit" plädiert. Ein Kindergeldbezug auf Grundlage eines Datenabgleichs, der nur einmal im Jahr stattfindet, müsse verhindert werden.

Am 30.04.2014 kommt in der RP die SPD zu Wort: „Jäger: CDU redet Duisburg schlecht". Die CDU habe aus der Sauerland-Ära „nichts gelernt." Der Wahlkampf sei auf „Pöbel-Politik" angelegt und prangere selbst hervorgerufene Missstände an. Sören Link habe den Stillstand beendet. Die CDU rede die Stadt schlecht und „gieße Wasser auf die Mühlen der rechtsextremen Parteien".

Am 14.05.2014 wird berichtet „Stadt muss BuT-Geld zurückgegeben"- 4,2 Mio. Euro aus Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) müssen aus Mangel an Nachfrage an den Bund zurückgezahlt werden. Auf Antrag hätten Hartz IV-Empfänger, z.B. den Sportverein oder die Nachhilfe für ihre Kinder finanzieren lassen können. Diese Meldung lässt sich vor dem Hintergrund, dass die seit Januar 2014 nach

dem Wegfall der Zuwanderungshürden die Zahl der Hartz-IV-Empfänger deutlicher gestiegen sei (vgl. WAZ 12.06.2014), nicht nachvollziehen. Offensichtlich ist es der Stadt nicht gelungen, die Gelder in Richtung der Bedürftigen zu lenken und Programme zur Integration zu fördern.

Am 07.06.2014 heißt es dann: „Hochfelds Schulen sind an ihrem Limit". Der Artikel beschreibt, dass eine Caritasgruppe sich in Hochfeld umgeschaut hat, um sich von der Lebenssituation der Rumänen und Bulgaren ein Bild machen zu können. Die Einwanderung aus SOE sei seit 2009 sprunghaft angestiegen. 38% der Eingewanderten seien zwischen 30 und 65 Jahre alt, 27% zwischen 15 und 30. Die Schulen seien überfüllt, Förderklassen in anderen Schulen seien wichtig. Ein Stadtteilprojekt biete Integrationsmaßnahmen und wolle die Etablierung einer „Willkommenskultur" erreichen.

Hier ist schwer nachzuvollziehen, wieso es nicht möglich war, z.B. über zu beantragende Nachhilfeprogramme oder Aufnahme von Jugendlichen in Sportvereinen vor Ort mit den BuT-Geldern, die der Stadt zur Verfügung gestanden haben, tatsächlich eine „Willkommenskultur" zu etablieren.

Am 15.05.2014 erscheint die Meldung: "Stadt will Barisics Häuser kaufen". Es wird berichtet, dass die Stadt ein Kaufangebot für „In den Peschen" 3 und 5 sowie Beguinenstraße 1, 3 und 3a in Bergheim abgegeben habe. Es „orientiert sich aber an offiziellen, normierten Wertermittlungsverfahren". Aussagen über die Pläne für die Immobilien lägen nicht vor und der Rat der Stadt müsse noch zustimmen. Barisic müsse interessiert sein und der Kauf fördermittelfähig. Gleichzeitig wird berichtet, dass Barisic den Betrag „lächerlich" finde und „noch immer nach einer ‚Lösung für angemessene Vermietbarkeit' suche, wenn denn mal alle Mieter ausgezogen seien. Noch wohnten dort sechs bis sieben Roma-Familien, also ca. 60 – 70 Menschen.

„Wahlkampf mit wenigen Aufregern" beschreibt am 24.05.2014 noch einmal den Ärger um die Wahlkampfplakate und stellt dar, dass die Sorge, dass Rechtspopulisten in den Rat einziehen könnten, die etablierten Parteien eint.

Am 28.05.2014 wird gemeldet: „Link hat Angst vor rechten Gruppen". Es wird dargestellt, dass Sören Link befürchtet, dass das Thema Armutszuwanderung von rechten Parteien im neuen Rat missbraucht werden könnte. Er habe einen Brief an Sigmar Gabriel („Parteifreund") und Hannelore Kraft mit der Bitte um finanzielle Unterstützung bei der städtischen Integrationsarbeit geschrieben. In einzelnen Quartieren drohe Propaganda gegen Zuwanderer wieder salonfähig zu werden.

Die Überschrift „Link hat Angst vor rechten Gruppen" suggeriert eine Überforderung ausgelöst durch Angst als ein negatives Gefühl, welches Schutzmechanismen bis hin zum Wegrennen abrufen kann. Die Wortwahl wirkt, auf einen Politiker bezogen, abwertend – ein Oberbürgermeister, der Angst hat, erscheint in dem hier dargestellten Zusammenhang nicht handlungsfähig.

Der Sicherheitsdiskurs, somit das Thema „Kriminalität", Arbeitslosigkeit, Sozialmissbrauch und finanzielle Belastungen sind in der Berichterstattung der RP

von zentraler Bedeutung. Das Thema „Einwanderung aus Südosteuropa“ findet umfassend Eingang als Wahlkampfthema, welches im Mediendiskurs umfassende Ausbreitung findet. Aufgeregte Diskussionen entzünden sich an dem umstrittenen Plakat der CDU. Es wird die Gefahr thematisiert – vor allem von Seiten der SPD, dass dieses Plakat sowie die Ausnutzung des Themas als Wahlkampfthema überhaupt rechten Gruppierungen Argumente zuspielen könnte. Das Thema „Integration“ ist ebenfalls von Bedeutung und ist an Aussagen gekoppelt, die die bisher bestehende Überforderung thematisieren.

4. Wie werden überlokale politische und gesellschaftliche Instanzen (Land, Bund, EU) dargestellt und welche Effekte gehen von diesen Darstellungen aus?

Überlokale Instanzen werden in der Hauptsache als Geldgeber gesehen. „Zuwanderung: Stadt stellt Anträge auf Förderung“. In diesem Artikel vom 01.04.2014 lautet der Untertitel „Stadtdirektor Spaniel von ‚der größten sozialen Herausforderung’ der jüngsten Vergangenheit“, eine Aussage, die im Verlauf des Artikels weiter wächst: „die größte soziale Herausforderung, vor der Duisburg je stand“. Beschrieben wird, dass Spaniel auf Geld vom Bund hofft.

Am 22.04.2014 wird unter dem Titel „Jugendamt gibt Startschuss für 17 neue Projekte“ beschrieben, dass das Bundesfamilienministerium 90.000 Euro für das Programm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ zur Verfügung stellt.

Am 25.06.2014 wird dann eine zusätzliche Problematik beschrieben, die die Stadt Duisburg belastet: „Städtische Übergangsheime sind fast voll“. Es wird beschrieben, dass die Stadt nach dem „Königsteiner Schlüssel[32] verpflichtet ist, 2,6% der Flüchtlinge aufzunehmen, die nach NRW kommen. Es werde erwartet, dass die Stadt der Unterbringungsverpflichtung im Laufe des Jahres 2014 nicht mehr nachkommen könne.

Zum Ende des Untersuchungszeitraumes wird also ein düsteres Szenario gezeichnet, welches die Stadt auf mehrfacher Ebene als überfordert zeigt: Die Herausforderungen durch die Einwanderung aus Südosteuropa seien kaum zu meistern; zusätzlich kann die Stadt die Auflagen des Landes bezüglich der Unterbringung von Flüchtlingen voraussichtlich nicht erfüllen.

5. Wie wird die Arbeit von sozialen Gruppen, Initiativen, bürgerschaftliches Engagement etc. vor Ort dargestellt?

Im analysierten Zeitraum wird in der Rheinischen Post häufig auf soziale Gruppen, Initiativen und bürgerschaftliches Engagement vor Ort hingewiesen. Hierbei werden genannt:

- Runder Tisch offenes Rheinhausen

[32] Der Königsteiner Schlüssel legt fest, welchen Anteil an Asylbewerbern jedes Bundesland aufnehmen muss.

- Projekt „Bahtalo“ (Februar 2014 ausgezeichnet mit Preis für Toleranz und Zivilcourage); Schirmherrschaft Annegret Keller-Stegmann und Verein Georgswerk Duisburg (www.duisburg-toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de)
- Wohnungsgenossenschaft Cher Neo (Annegret Keller-Steegmann)
- „klarkommen“ – Nachfolgeprojekt zu „Kurve kriegen“
- Verein für zukunftsorientierte Förderung (ZoF) (Deniz Aksen)
- Diakoniewerk
- Caritas
- Christuskirchengemeinde (Pfarrer Dieter Herberth)
- Internationale Initiative Hochfeld
- Arbeitskreis EU-Neubürger (Beate Kessler)
- Netzwerk mit Scouts (Ingrid Strauß)
- Bahnhofsmission Duisburg
- ARIC NRW

Am 05./06.04.2014 beschreibt der Artikel „Runder Tisch fordert: Stadt muss Roma helfen“, dass der „Runde Tisch offenes Rheinhausen“ sich um die Roma „In den Peschen“ sorgt. Viele hätten das Hochhaus „fluchtartig verlassen“, die übrig Gebliebenen seien verängstigt. Der Vermieter übe massiven Druck aus. Hier wird auch die Forderung von Dieter Herberth (Pfarrer der Christuskirchengemeinde) dargelegt, dass die Gebag Wohnungen an die Roma vermieten möge. Auf die problematische Verwendung der „Sumpf“-Metapher in diesem Zusammenhang wurde bereits oben eingegangen.

Am selben Tag wird auch unter dem Titel „Mehr Hilfen, aber auch mehr Arbeit“ darauf hingewiesen, dass der „Runde Tisch offenes Rheinhausen“ die Stadt auffordert, mehr Verantwortung für die Integration von Zuwanderern zu übernehmen. Auch dieser Artikel wurde bereits besprochen.

Unter dem Titel „Jugendamt gibt Startschuss für 17 neue Projekte“ (22.04.2014) wird aufgezeigt, dass 28 Anträge im Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ bewilligt wurden. Diese Anträge beinhalten vielversprechende Ideen dazu, wie Konfrontationen zwischen Roma und Rheinhausener Anwohnern aufgebrochen werden können.

Die Bahnhofsmission stellt dar: „Auch die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund, die sich an die Bahnhofsmissionen wenden, steigt. Viele von ihnen kommen aus osteuropäischen Ländern und haben in Deutschland keine Ansprü-

che auf Sozialleistungen. Nicht wenige von ihnen haben zudem kein festes Dach über dem Kopf." („Mehr als nur Anlaufstelle für Reisende" – 23.04.2014).

Am 29.04.2014 wird das Projekt „klarkommen" vorgestellt: „ „klarkommen" soll Einwanderern helfen". Das Projekt soll durch Vermittlung deutscher Kultur und Sprache die Integration leichter machen. Durch Prävention vor Ort sollen die Ziele „mehr Integration – weniger Kriminalität" erreicht werden, „damit sich die Bürger in der Stadt wieder sicher fühlen".

So dargestellt werden die Einwanderer grundsätzlich als Bedrohung gesehen – als Menschen, die eben nicht „klarkommen", kriminell und unselbständig sind, wobei in dem beschriebenen Konzept deutsche Jugendliche mit gleicher Problematik ausgeklammert werden.

In dem bereits diskutierten Artikel „Lebhafte Diskussion über Zuwanderung" (15.05.2014) werden verschiedene Sichtweisen unter der Fragestellung, „ob Freizügigkeit in Europa unter diesen Umständen als ‚Fluch oder Segen'" zu betrachten sei, dargestellt. Gezeichnet wird ein düsteres Bild, welches die Stadt als Opfer „ (die Stadt hat) keine Steuerungsmöglichkeiten"; sieben dezentrale Wohnung seien besorgt worden, aber die Betroffenen über Nacht „aus Bergheim verschwunden", in Duisburg-Meiderich zeigten sich Zuwandererfamilien als „absolut nicht integrationswillig und gesprächsbereit".

Der Bericht suggeriert, dass die hilfsbereite Stadtgesellschaft durch die Ignoranz der Zuwandernden an ihre Grenzen gestoßen ist, aber wie bereits dargestellt: „bisher besonnen" damit umgeht.

Die Arbeit der Gruppen und der Verantwortlichen, die sich mit Hilfs- und Integrationsangeboten befassen, wird durchweg positiv bewertet, wobei die Ergebnisse der Bemühungen, wenn sie denn dargestellt werden, eher negativ bewertet werden.

6. Wie funktionieren Konstruktionen von „wir" und „die Anderen" und welche Folgen haben sie?

Die Charakterisierungen der Zuwander_innen und der alteingesessenen Bevölkerung lassen zwei Gruppen entstehen: auf der einen Seite steht eine „Wir"-Gruppe, auf der anderen Seite eine Gruppe der „Anderen". Die Verteilung auf die Gruppen geschieht über Zuschreibungen, Beschreibungen von Andersartigkeit, Problematisierung von Sachverhalten und Abrufen sowie Bedienen von Stereotypen.

„Wir", das sind die, die das System nutzen dürfen, die ein Recht auf Sicherheit, Ruhe, Ordnung, Rente, billigen Wohnraum, Kindergeld, Freizügigkeit, Arbeit etc. haben. Und „die anderen" sind die, die nun in dieses Anspruchssystem eindringen und von „uns" etwas erwarten, was „wir" nicht leisten können oder möchten. Dabei wird übersehen bzw. ausgeklammert, dass „die anderen" als EU-Bürger_innen die gleichen Rechte haben wie „wir" – nicht vergessen wird jedoch, dass sie die gleichen Pflichten haben

In dem Bericht „Lebhafte Diskussion über Zuwanderung“ (15.05.2014) wird die Aufzeichnung für die WDR-5-Hörfunkreihe „Stadtgespräch“ zum Thema „Freizügigkeit in Europa“ dargestellt. Stadtdirektor Spaniel unterstütze zwar die Freizügigkeit, problematisiere aber die Ungleichverteilung der Menschen auf verschiedene Regionen. Billiger Wohnraum, durch private Vermieter zur Verfügung gestellt, ziehe Leute nach Duisburg und die Stadt habe keine Steuerungsmöglichkeiten, wie bei Asylbewerbern. Hier wird ein Notstand konstruiert, dem man sich mit Ordnungsinstrumenten entgegenstellen müsse. Ein neues Wohnungsaufsichtsgesetz gegen Überbelegung und Unbewohnbarkeit biete jetzt Hilfen. Die ganze Stadtgesellschaft sei gefordert. Die Teilnehmerin an der Podiumsdiskussion, Annegret Keller-Steegmann, setze sich für die Roma ein, müsse aber feststellen, dass die, nachdem man sieben dezentrale Wohnungen für sie gesucht habe, „über Nacht aus Bergheim verschwunden“ seien und beispielsweise nach Ennepetal gezogen seien. Sabine Keßler aus Meiderich, die ebenfalls an der Podiumsdiskussion teilnimmt, habe keine Hoffnung auf eine Situationsverbesserung. In der Bergstraße in Untermeiderich gebe es ein Haus mit Zuwandererfamilien, die „absolut nicht integrationswillig und gesprächsbereit seien.“ In diesem Zusammenhang zollt Spaniel betroffenen Anwohnern Respekt, „die ‚bisher sehr besonnen’ mit der Situation“ umgingen.

Die Konfliktlinien sind hier klar umrissen: Auf der einen Seite gibt es private Vermieter, die billig Wohnraum zur Verfügung stellen – auf der anderen Seite gibt es Einwandernde, die deshalb nach Duisburg kommen, um hier den billigen Wohnraum (aus)zunutzen. All diese Personen könnten nicht kontrolliert und gelenkt werden. Hinzu kommt, dass die Einwander_innen zudem nicht integrationswillig seien.

Zwischen diesen Parteien stehen die Politiker und Politikerinnen, die keine Steuerungsmöglichkeiten haben und alteingesessenen Anwohner und Anwohnerinnen, die zwar helfen wollten, aber in dieser Bereitschaft frustriert werden – wobei die Anwohner_innen insgesamt „bisher sehr besonnen“ agiert hätten. Durch die temporal einschränkende Wortwahl „bisher“ wird das Konfliktpotential herausgestellt - es schwingt die Erwartung einer Eskalation mit.

Erklärungen dafür, warum sieben Familien, für die dezentrale Wohnungen gefunden wurden, über Nacht plötzlich aus Bergheim verschwunden sind, fehlen völlig, so dass hier ein freies Interpretationsfeld entsteht. So liegt es nahe, dass, den Stereotypen folgend, gedacht wird: ‚Da ist der Beweis, dass die Leute nicht anzusiedeln sind, sie gehören zum „fahrenden Volk“.’

Solche Konstruktionen von „wir“ und „die Anderen“ spalten die Stadtgesellschaft in eingesessene lenkende, ordnende, überwachende Aktive und in neuzugewanderte zu lenkende, zu ordnende und zu überwachende Passive einzuteilen. In dieser Konstruktion werden die Vermieter, die billigen Wohnraum zur Verfügung stellen zwar in der aktiven „wir“-Gruppe verortet; wenn ihr Bestreben jedoch native Auswirkungen hat, werden sie in die Gruppe der „Anderen“ abgedrängt.

Dies geschieht auch in Reportagen, in denen das Bemühen um Deeskalation offensichtlich ist. So wird am 05./06.04.2014 unter dem Titel „Runder Tisch fordert: Stadt muss Roma helfen“ berichtet, dass sich der „Runde Tisch offenes Rheinhausen“ um die Roma „In den Peschen“ sorge. Viele hätten das Hochhaus „fluchtartig verlassen“, die übrig Gebliebenen seien verängstigt, denn der Vermieter Barisic übe „massiven Druck aus“.

Die Aufmachung des Artikels lässt jedoch eine andere Botschaft entstehen: Der Artikel ist mit zwei Fotos bestückt. Auf der linken Seite ist ein Foto von dem Haus „In den Peschen“ mit der Bildunterschrift „Blick auf das Hochhaus „In den Peschen“ in Bergheim. Der Besitzer hatte angekündigt, es bis Mitte April räumen zu wollen.“ Gezeigt werden Balkone, die sich mit Satellitenschüsseln und mehr oder weniger ordentlich aufgehängter Wäsche präsentieren. Ein weiteres Foto zeigt Dieter Herberth, Pfarrer der Christuskirchengemeinde mit dem fettgedruckten Zitat „Wenn die Gebag Wohnungen an die Roma vermietet, wird dieser Sumpf ausgetrocknet.“ Hier stellt sich die Frage, was mit der Zuschreibung „dieser Sumpf“ gemeint ist. Soll er auf die Zustände in dem Hochhaus und auf ihre Bewohner verweisen oder, wie es sich zum Ende des Artikel lesen lässt, auf „gewinnorientierte, kriminelle Vermieter“. „Das [dezentrale Unterbringung] würde das ganze entzerren, die Gefahr einer erneuten Ghettoisierung bannen. Und die Roma würden so nicht mehr Gefahr laufen, erneut an ‚gewinnorientierte, kriminelle Vermieter’ zu gelangen.“

Fehlende Sensibilität für mögliche Lesarten und /oder mangelndes Lektorat können hier als Ursachen einer Doppeldeutigkeit gesehen werden, Menschen, die Zeitungsartikel nur überfliegen, auf eine falsche Fährte bringen können. Stereotype Zuschreibungen von Unsauberkeit, Unübersichtlichkeit, Gestank, Gefahr und Untiefen, in die man nicht hereingeraten möchte („Sumpf“) werden durch die graphische Aufbereitung mit Roma in Verbindung gebracht und nicht mit den „gewinnorientierten, kriminellen Vermietern“, die im Kontext interpretiert jedoch ebenso gemeint sein können.

Das Bild des „Sumpfes“ wird auch in dem Bericht vom 28.04.2014 herangezogen. Nachdem die CDU für ihren Wahlkampf ein veraltetes Bild des Hauses „In den Peschen“ mit Müllbergen vor dem Hochhaus verwendet hatte, heißt es: „Barisic (Eigentümer „In den Peschen“) geht rechtlich gegen Plakat vor“. Es wird gemeldet, dass der Eigentümer juristisch gegen die CDU vorgehe und fordere, dass sie „für die entstandenen Schäden materieller und immaterieller Art aufkommen wird“. Er behaupte, die Plakate „diskreditieren und beleidigen den Eigentümer“, der „die Wohnsituation austrocknet“, indem er das Hochhaus nach und nach räumen und sanieren lasse. Auch hier wird wieder das Bild vom „Sumpf“ verwendet, der „ausgetrocknet“ werden soll – diesmal ist es die Wohnsituation gemeint und damit die im Haus lebenden Roma, die – so wird suggeriert, das Haus – ohne Dazutun des Eigentümers – „überflutet“ und „versumpft“ haben sollen, so dass er es jetzt „austrocknen“ müsse.

7. Wie werden das Handlungskonzept der Stadt Duisburg oder andere stadt- und migrationspolitische Konzepte aus anderen Städten und Regionen aufgenommen?

Das Handlungskonzept der Stadt Duisburg findet im Untersuchungszeitraum in der RP-Berichterstattung keine Erwähnung. Lediglich ein Handlungskonzept der CDU aus dem Jahr 2013 wird am 26.04.2014 erwähnt.

In dem Artikel „„klarkommen“ soll Einwanderern helfen“ wird das Konzept der Landesregierung dargestellt, mit dem durch Kriminalität gefährdete Kinder und Familien präventiv unterstützt werden sollen. Es wird betont, dass das Projekt mit 360.000 € durch das Land gefördert werde und bald auch in Dortmund und Köln anlaufen solle. Gleichzeitig wird auf die Erfolge von Integrationsprogrammen in NRW hingewiesen. (29.04.2014).

3.2.2 Feinanalyse eines typischen Artikels: Mehr Hilfen, aber auch mehr Arbeit

STADTPOST

RHEINISCHE POST

Medina: neuer Nachwuchs bei den Trampeltieren

RP 5.4.2014

Mehr Hilfen, aber auch mehr Arbeit

Der Runde Tisch offenes Rheinhausen fordert die Stadt auf, mehr für die Integration von Zuwanderern zu unternehmen. Die CDU fordert OB Link zum Handeln auf. Kontrollen belegen, dass es bei Anmeldungen drunter und drüber geht.

„Kontrollen erreichen nur ihr Ziel, wenn die Vorgaben auch umgesetzt werden"

Kollektions-Premiere

Heute, Samstag, 5. April ab 10.00 Uhr in der Damenabteilung (2. OG)

Joseph Ribkoff

Der Artikel erschien in der Rheinischen Post am 5.4.2014. Im Lead des Artikels ist zu lesen:

> „Der Runde Tisch offenes Rheinhausen fordert die Stadt auf, mehr für die Integration von Zuwanderern zu unternehmen. Die CDU fordert OB Link zum Handeln auf. Kontrollen belegen, dass es bei Anmeldungen drunter und drüber geht."

Der Text des Artikels befindet sich im unteren Teil der Seite „Duisburger Stadtpost" – der Titel ist jedoch über der Faltung lesbar.[33] Er erstreckt sich über fünf

[33] Interessant ist hier auch, wie sich der Artikel in die graphische Gestaltung der gesamten Seite einfügt. Über dem hier betrachteten Artikel ist ein weiterer Artikel montiert mit dem Titel: „Medina: neuer Nachwuchs bei den Trampeltieren". Es stellt sich die Frage, warum die Artikel

Spalten und zeigt in der dritten Spalte eine Porträtaufnahme von Rainer Enzweiler, dem Vorsitzenden der Duisburger CDU-Fraktion. In der Mitte der ersten und zweiten Spalte ist ein Zitat von ihm ausgeworfen: „Kontrollen erreichen nur ihr Ziel, wenn die Vorgaben auch umgesetzt werden." Am Ende des Textes gibt es einen Hinweis auf RP Online: „Mehr zur Zuwanderung unter www.rp-online.de/duisburg."

Der Einstieg ist bemerkenswert: Es wird ein Szenario entwickelt, das als Artikelbeginn mit Blick auf seine Überschriften völlig unvermittelt erscheint, sich aber im weiteren Verlauf als Metapher für die Situation um Zuwanderung in Duisburg lesen lässt. und:

> „In einem von Zuwanderern bewohnten Haus an der Heerstraße in Hochfeld entdeckten die städtischen Kontrolleure am Donnerstag eine illegal verlegte Stromleitung. Sie wurde von den Stadtwerken beseitigt, die Zähler wurden überprüft."

Verknüpft man diesen Sachverhalt mit der zitierten Aussage Enzweilers, so konnte hier offenbar eine Vorgabe umgesetzt und das Ziel der Kontrolle erreicht werden. Diese Vorgabe ist von einem Regulativ bestimmt, das den Bürger_innen vorgeschrieben ist: ‚Stromleitungen müssen professionell verlegt und vor allem den Stadtwerken gemeldet sein.' Durch dieses normative Instrument soll ‚' Normalität' hergestellt und ‚Ordnung' erzielt werden. Das Ziel wird in diesem Zusammenhang dadurch erreicht, dass eine ‚nicht normale' illegale Stromleitung entfernt wird.

Anschließend wird der eigentliche Sinn der Überprüfung dargelegt:

> „Vornehmlich standen bei Überprüfungen des Sonderaußendienstes des Ordnungsamtes unter Beteiligung des Jugendamtes, der Wirtschaftsbetriebe, der Polizei und der Stadtwerke insgesamt fünf Häuser in Hochfeld, Marxloh und Bergheim im Mittelpunkt. In allen Fällen gab es gravierende Unterschiede zwischen gemeldeten und tatsächlich anwesenden beziehungsweise dort lebenden Personen."

Es ging bei den Kontrollen also darum, festzustellen, wer in den Häusern gemeldet ist. Dabei zeigte sich, dass diese ihr Ziel nicht erreichen konnten, weil die Vorgaben nicht umgesetzt werden können, denn die zu Kontrollierenden konnten sich offenbar der Kontrolle entziehen.

Hier springt jedoch eine sprachliche Ungenauigkeit ins Auge: Da wir nicht davon ausgehen können, dass hier bei den nicht vorhandenen Unterschieden

---

nicht in umgekehrter Reihenfolge montiert wurden. Dies hätte verhindert, dass hier eine Gedankenkette von „Trampeltieren" und „Nachwuchs" zu der Aussage, „dass es bei Anmeldungen [von Zuwanderern] drunter und drüber geht" hergestellt werden kann. Auch wenn anzunehmen ist, dass eine solche Konnotation nicht beabsichtigt war, so offenbart dies dennoch eine mangelnde Sensibilität der Zeitungsmacher_innen. Das Thema der Übertragung von Sachverhalten aus dem Tierreich auf den Einwanderungsdiskurs und umgekehrt ist durchaus ein Thema in den Medien. Eine nicht-diskriminierende Berichterstattung zeichnet sich auch durch die Vermeidung von solchen gedanklichen Brücken aus, die Diskriminierungen schaffen könnten.

auf eine phänotypische Gleichheit angespielt wird, muss davon ausgegangen werden, dass im Artikel eine Auslassung vorliegt, die man wie folgt ergänzen kann: „ (...) zwischen **[der Zahl]** der gemeldeten und tatsächlich anwesenden beziehungsweise dort lebenden Personen."

Aus welchem Grund sollte nun aber die Zahl der gemeldeten und in einer Wohnung tatsächlich anwesenden Personen gleich sein? Wohl kaum ist davon auszugehen, dass die Personen ihre Wohnung nicht verlassen dürfen! Dieser Frage wird jedoch nicht weiter nachgegangen.

Stattdessen wird in einem kontrollzentrierten Duktus ausführlich und sehr kleinschrittig beschrieben, dass es zu Unregelmäßigkeiten bei den Anmeldungen gekommen sei, weshalb „einwohnermelderechtliche Maßnahmen" erwogen werden müssten.

> „Bei dem Haus mit der illegal verlegten Stromleitung waren 116 Bewohner bei der Stadt gemeldet, angetroffen wurden aber lediglich 32. Dafür trafen die Kontrolleure auf weitere 84 Menschen, die dort nicht gemeldet waren.
> Ähnlich war die Situation bei zwei Häusern an der Hagedornstraße in Marxloh: Dort waren 143 gemeldet, aber nur 52 wurden angetroffen. 50 weitere Hausbewohner waren zuvor bei der Stadt nicht gemeldet. Bei zwei Adressen in Bergheim waren 310 Menschen wohnhaft gemeldet, angetroffen wurden 152. Weitere 85 Menschen, die dort kontrolliert waren (sic), waren unter dieser Adresse nicht gemeldet. Wie die Stadt mitteilte, wird nun recherchiert, was mit den gemeldeten Bewohnern ist, die nicht angetroffen wurden. Über „einwohnermelderechtliche Maßnahmen" könne erst anschließend entschieden werden."

Es stellt sich die Frage, welche Funktion das Jonglieren mit diesen vielen Zahlen hat? Sie vermitteln eine völlig chaotische Lage.

Doch wenn man sich die Mühe macht und die Zahlen genauer betrachtet, ergibt sich folgendes Bild:

Heerstraße: 32+84=116, d.h. die *Anzahl* der Gemeldeten und Anwesenden stimmt überein.

Hagedornstraße Haus 1: 52+50=102, die Zahl der Anwesenden ist um 41 geringer als Zahl der Gemeldeten.

Hagedornstraße Haus 2: 152+85=237, die Zahl der Anwesenden ist um 73 geringer als die Zahl der Gemeldeten.

De facto wurden also beim Stand der Erhebung 114 gemeldete Personen vermisst. Es handelte sich also tatsächlich nicht um Zuwanderung, sondern eine Abwanderung – allerdings mit einer Verschiebung des Legalitätsstatus, schließlich wurden 219 nicht angemeldete Personen angetroffen.

Da 114 Personen weniger in den Häusern anwesend waren, als dies zulässig gewesen wäre, ist zum Zeitpunkt der Kontrolle nicht von einer Überschreitung der gesetzlich erlaubten Bewohnerzahl auszugehen, d.h. Wohnraum, Müllentsorgung, sanitäre Anlagen etc. können also zum Zeitpunkt der Kontrollen nicht überfordert gewesen sein. Trotzdem wird durch das komplizierte Zahlenspiel eine Situation der Überforderung herbeigeschrieben und damit ein gängiges Stereotyp aufgerufen: ‚Die Menschen aus Südosteuropa sind Nomaden – sie ziehen herum, lassen sich nicht greifen, nicht erfassen. Es entwickelt sich ein Bild von Unstetigkeit, Hin- und Herziehen, ‚Gewusel' und alles in allem: Unkontrollierbarkeit.

Vor diesem Hintergrund erscheint die einführend beschriebene „illegal verlegte Stromleitung" als Pars pro toto für die gesamte Situation, müssen doch die nicht gemeldeten Bewohner eines Hauses – genauso wie die nicht gemeldete Stromleitung – als illegal gesehen werden. Durch diesen Bildbruch (illegal verlegte Stromleitung / nicht gemeldeter (illegaler) anwesender Mensch) wird sowohl ‚Gefahr', als auch ‚Missbrauch' signalisiert. Denn eine nicht gemeldete Stromleitung ist möglicherweise auch nicht „professionell" verlegt und deshalb nicht sicher – stellt also eine Gefahr dar. Zudem kann durch eine nicht gemeldete Stromleitung Elektrizität entnommen werden, ohne dass dafür bezahlt wird – das stellt einen Missbrauch dar.

Auf diese Weise wird ein Szenario aufgebaut, dass einer objektiven Überprüfung nicht standhält. In den kontrollierten Häusern sind weniger Menschen, als die dort Gemeldeten. Dass es sich dabei um EU-Staatsbürger handelt, die sich in Deutschland frei bewegen dürfen, wird nicht erwähnt.

Offensichtlich wird hier dominant proto-normalistische Perspektive auf Einwanderung vorgenommen, bei der die Grenzen von dem, was normal und was nicht normal ist, was erlaubt und nicht erlaubt ist, ziemlich eng gezogen werden.

Eine solche Perspektive ist in der deutschen Diskussion um Einwanderung (leider) vorherrschend. Einwanderung wird latent als destabilisierende Gefahr wahrgenommen, die Personen in die Gesellschaft bringt, die sich nicht regulieren lassen. Dadurch wird Angst vor Chaos evoziert. Diesem „Chaos" muss mit proto-normalistischen Strategien begegnet werden, wie sie z.B. „einwohnermelderechtliche Maßnahmen" darstellen.

Doch halt! Relativ unvermittelt ändert sich der Duktus des Textes:

> „Der runde Tisch offenes Rheinhausen forderte die Stadt gestern auf, den Ratsbeschluss umzusetzen und ihr Wohnungsunternehmen Gebag dazu zu bringen, Wohnungen an Roma aus Bergheim zu vermieten. Branko Barisic, Inhaber des Hochhauses In den Peschen, übe mittlerweile solchen Druck auf die Bewohner aus, dass viele bereits fluchtartig Bergheim verlassen hätten und die noch verbliebenen Rumänen in ständiger Angst lebten. Diese (sic) sei schade und traurig, denn die meisten der Bewohner hätten bereits begonnen, sich zu integrieren."

Mit den Schilderungen des zivilgesellschaftlich organisierten Runden Tisches geraten die Einwandernden plötzlich in den Fokus als Opfer. Viele seien dem Druck des Vermieters ausgewichen und „fluchtartig“ verschwunden und die „verbliebenen Rumänen“ lebten in ständiger Angst. Welcher Nationalität die Bewohner waren, die das Haus verließen, warum sie dies taten, wohin sie flohen wird nicht gesagt; auch nicht, wovor die Verbliebenen Angst haben. Auch das vermittelt den Eindruck von Chaos, das in diesem Fall allerdings durch den Vermieter ausgelöst wurde.

Durch die Verwendung der Verbform ‚sich integrieren’ wird deutlich, dass Integration als Bringschuld der Einwandernden gesehen wird – ‚sich integrieren’, das ist etwas, was man nur selbst machen kann. Auf diese Weise wird die Verantwortung für Integration von der politischen Ebene auf die individuelle Ebene der Zuwandernden verlagert.

> „Für sie müsse jetzt schnell eine Bleibe gefunden werden – und zwar auf das gesamte Stadtgebiet verteilt, so dass kein neuer Brennpunkt entstehe.“

Die angeforderte Verantwortung wird also nicht aufgerufen, um einen weiteren „Brennpunkt“ zu verhindern, nicht etwa um den Einwandernden zu helfen. Hier schwingt der Gedanke mit, dass Einwandernde durch eine dezentrale Unterbringung besser integriert werden können und sich auch selbst besser integrieren können. Er wird allerdings allein aus der Perspektive einer ‚bedrohten’ Stadtbevölkerung formuliert. D.h. Die Einwandernden selbst werden passiv dargestellt. Über sie wird entschieden und geschrieben:

Ohne Absatz wechselt der Artikel dann die Handlungsebene.

> „Bereits im Juni soll der endgültige Bericht der Zuwanderungs-Arbeitsgruppe der Bundesregierung vorliegen. Dann wird das Kabinett die neuen Regelungen für die Zuwanderung aus Süd-Ost-Europa beschließen. Auf Duisburg kämen nicht nur finanzielle Hilfen, sondern auch mehr Kontrollen und damit mehr Arbeit für (sic) die Verwaltung zu, teilte die CDU jetzt mit. Oberbürgermeister Sören Link müsse deshalb frühzeitig die notwendigen Schritte einleiten.“

Nun stehen wieder die Aspekte von Normalisierung im Vordergrund. Die Aussage, dass der endgültige Bericht der Zuwanderungs-Arbeitsgruppe der Bundesregierung bereits im Juli vorliegen soll, signalisiert, dass die Situation im Großen und Ganzen unter Kontrolle ist, dass es bald ‚endgültige’ Aussagen gibt, die „Regelungen für die Zuwanderung aus Süd-Ost-Europa“ zulassen; also, dass ein Ende der bisher so ungeregelten Zuwanderung in Sicht ist.

Doch sofort ist das nächste Problem da – es gibt nicht nur mehr Geld, sondern auch mehr Arbeit.

Die CDU wird als Wissensträger dieser Informationen in den Vordergrund gestellt und damit nahegelegt, dass andere Parteien über diesen Sachverhalt

möglicherweise nicht informiert sind. Dieser Eindruck wird durch die nachfolgenden Aussagen verstärkt:

> „Mit einem entsprechenden Antrag in der Ratssitzung am Montag fordert die CDU-Fraktion sofortige Umstrukturierungen in der Verwaltung."

Darauf folgt das ausgeklinkte Zitat von Rainer Enzweiler – allerdings wird jetzt deutlich, welche Vorgaben gemeint sind. Es geht um die Vorgaben der Bundesregierung – dies wird in dem ausgeklinkten Zitat, nicht deutlich.

> „Intensive Kontrollen sind sinnvoll und notwendig. Sie erreichen aber nur dann ihr Ziel, wenn die kommunalen Behörden die Vorgaben der Regierung umsetzen."

Diese Aussage liest sich als Kritik an der Stadtspitze, sprich der SPD. Enzweiler stellt in Frage, dass die Vorgaben der Regierung bisher umgesetzt wurden – die Kontrollen haben also ihr Ziel nicht erreicht. Um welche Vorgaben der Regierung es sich handelt, bleibt unklar. Aber die Zweifel Enzweilers am Kurs der Stadt werden deutlicher ausgebreitet:

> „Zweifel an der jetzigen Handlungsfähigkeit müssten angesichts erschreckender Zahlen aus dem Personalbereich erlaubt sein: Überstunden, Resturlaubsansprüche und ein rekordverdächtiger Krankenstand lähmten derzeit das Rathaus und die städtischen Gesellschaften. Dies müsse mit einem zeitlichen Vorlauf geschehen, damit die Handlungsvorgaben der Bundesregierung nicht verzögert anlaufen, sagte der CDU-Politiker. Die CDU-Fraktion spricht sich ausdrücklich für die geplante zeitliche Begrenzung der Arbeitssuche aus. Sie helfe den Kommunen, Sozialmissbrauch vorzubeugen. Dazu gehört auch die wichtige Überprüfung der Kindergeld-Anträge."

Hier scheinen redaktionelle Kürzungen des ursprünglichen Text am Werke gewesen sein, bei denen Sinn und Kontext auf der Strecke blieben.

Dass mit „Zweifel an der jetzigen Handlungsfähigkeit" die Handlungsfähigkeit der Stadt gemeint ist, lässt sich noch aus dem nachfolgenden Satzinhalt schließen. Das Pronomen „dies" ersetzt hier jedoch ein Nomen, das im Text viel weiter vorne genannt ist und dort im Plural formuliert: Die Umstrukturierungen der Verwaltung. Der Anschluss ist unverständlich.

Abrupt ist von einer geplanten zeitlichen Begrenzung der Arbeitssuche die Rede. Diese den arbeitspolitischen Problemen der Stadt zuzuordnen ist jedoch eher unverständlich. In Verbindung mit dem Hinweis auf einen Sozialmissbrauch, dem diese Begrenzung vorgebeugt werden soll, wird jedoch klar, dass sich diese Begrenzung auf die Einwandernden bezieht. Auch die Betonung der „wichtige[n] Überprüfung der Kindergeldanträge" zeigt, dass hier Probleme im Hinblick auf die Einwanderung gemeint sind.

Hier wird das Bild einer doppelten Bedrohung Duisburgs durch stark denormalisierende Diskurse gezeichnet: Die nicht zu kontrollierenden und teilweise nicht gemeldeten Einwandernden und die nicht zu kontrollierende, aus den Fugen geratende Stadtverwaltung. Beide ‚Bedrohungen' werden als von der CDU erkannt dargestellt und gegen beide ‚Bedrohungen' werden von der CDU Maßnahmen bzw. Konzepte vorgeschlagen. Die CDU wird hier als eine handlungsfähige Normalisierungsinstanz aufgebaut.

Durch die Erwähnung der Forderung des Runden Tisches offenes Rheinhausen wird unterstützend auf Normalisierungsstrategien zurückgegriffen: Dieser forderte bekanntlich die Stadt auf, das die Gebag dazu gebracht werden sollte, Wohnungen an Roma aus Bergheim zu vermieten.

Dem ‚chaotischen Problemhaus' wird so ‚normaler städtischer Wohnraum' gegenübergestellt. Auch in diesem Zusammenhang wird darauf angespielt, dass die Stadt ihren Verpflichtungen nicht nachkomme und den offensichtlich bereits bestehenden Ratsbeschluss noch nicht umgesetzt habe.

Der Artikel endet mit einem weiteren Zitat von Rainer Enzweiler. Der Anschluss ist grammatikalisch mehrdeutig – soll sich aber im Kontext gedeutet – wohl auf den Bereich „Kindergeldanträge" beziehen.

> „'Auch in diesem Bereich haben sich Schlepperbanden gebildet, die sowohl die Migranten als auch das bestehende Sozialsystem ausnutzen, indem sie gleichzeitig in mehreren Städten Kindergeld kassieren. Erst durch die zeitnahe Überprüfung der Behörden, ob die Familien tatsächlich in den Städten leben, kann diesen Kriminellen das Handwerk gelegt (sic)'".

In dem hier analysierten Artikel wird die bereits erwähnte Dichotomie „wir" und „die anderen" auf verschiedenen inhaltlichen Ebenen unterfüttert und im Binnenverhältnis graduiert:

„Wir" das sind erstmal die Ordnungsinstanzen, der Runde Tisch offenes Rheinhausen, Politik (hier vor allem CDU) und Stadtverwaltung, wobei die Stadtverwaltung an den Rand der „Wir-Gruppe" rutscht, da sie als nicht handlungsfähig angesehen wird.

„Die Anderen" sind die „Zuwanderer". Diese werden in verschiedene Gruppen unterteilt:

3 Die, die nicht gemeldet sind.

4 Die, die gemeldet, aber nicht auffindbar sind (möglicherweise geflohen?).

5 Die, die bereits begonnen haben, sich zu integrieren und denen man helfen muss.

6 Die, die von Schlepperbanden ausgenutzt werden.

7 Die, die in Schlepperbanden organisiert sind und sowohl Zuwandernde als auch das bestehende Sozialsystem ausnutzen.

Es wird also ein durchaus widersprüchliches Bild transportiert, das insgesamt nur den Schluss zulässt, dass es ganz offensichtlich nicht nur – wie im Untertitel dargestellt – bei den Anmeldungen drunter und drüber geht.

Duisburg wird als bedroht dargestellt – von Zuwanderung und der eigenen Stadtverwaltung. Zuwandernde werden auf der einen Seite als sich den geforderten Ordnungskritierien wie Anmeldung, Integration, rechtmäßige Anträge unterwerfend, auf der anderen Seite als sich diesen Ordnungskriterien nicht unterwerfend – also illegal, auf Sozialmissbrauch ausgerichtet oder sogar kriminell dargestellt.

Die CDU wird als übergeordnete Normalisierungsinstanz aufgebaut, flankiert durch Forderungen des Runden Tisches offenes Rheinhausen.

Vor dem Hintergrund der Dreifachwahl in Duisburg im Mai 2014 wird hier ein Notstand dargelegt, auf den es als Handlungsoption – so kann die unausgesprochene Nahelegung des Artikel gelesen werden - nur eine Wahlentscheidung geben kann, wenn Duisburg zu einem geordneten Stadtkonzept finden soll: Die CDU.

Ein ähnlicher Artikel findet sich übrigens am 05.04.2014 in kürzerer Form unter dem Titel „Intensive Kontrollen notwendig“ mit dem Untertitel „Zuwanderung – CDU fordert Verstärkung der Verwaltung“ im Wochenanzeiger. Hier konzentriert sich der teilweise wörtlich übereinstimmende Text auf die Kritik der CDU an Struktur und Handlungsansatz der Stadtverwaltung. Der Artikel enthält die Passagen und Abschnitte, die im Text der RP offenbar herausgekürzt wurden und deren Fehlen den RP-Artikel schwer lesbar und zum Teil auch unverständlich machen. Die Veröffentlichung im Wochenanzeiger ist somit als Grundlage für den RP-Artikel zu sehen.

Der dargestellte Sachverhalt wurde in der RP auf der einen Seite um die Aspekte ‚Legalität’ und ‚Wohnsituation’ ausgeweitet, auf der anderen aber verkürzt, indem ein sinntragendes Zitat Enzweilers weggelassen wurde.

> „’Ohne entsprechende Umstrukturierungen wird die Verwaltung die Vorgaben nicht erfüllen können. Bereiche, die ab dem Sommer besonders gefordert sein werden, müssen deshalb personell gestärkt werden. Es muss sichergestellt werden, dass die dringend erforderliche Abstimmung der einzelnen Behörden funktioniert’, sagt Enzweiler. Dies müsse mit einem zeitlichen Vorlauf geschehen (...).“

Beide Artikel haben den normalisierenden, kontrollzentrierten Duktus gemeinsam, wobei der Artikel im Wochenanzeiger deutlich zeigt, dass es sich bei den Forderungen ausschließlich um Forderungen der CDU – zitiert in Aussagen des Fraktionsvorsitzenden Rainer Enzweiler – handelt.

3.2.3 Zusammenfassung

Struktur- und Feinanalyse zeigen, dass in der Rheinischen Post im Untersuchungszeitraum eine starke Problematisierung der Zuwanderung stattfindet. Die Zuwandernden werden als Menschen gesehen, die die Stadt vor Herausforderungen stellen, weil sie kinderreich und schwer zu kontrollieren, ungebildet, arm und häufig kriminell seien. Sie werden nicht als Duisburger_innen angesehen. Ihnen muss geholfen werden, sie müssen „klarkommen" und gefördert werden. Wenn sie integrationswillig sind, so gebe es Chancen, sie zu integrieren – oft, so die Berichterstattung, seien sie dies jedoch nicht – sie organisierten sich vielmehr in Banden und betrieben Sozialmissbrauch, sogar kriminelle Handlungen gegenüber eigenen Landsleuten. Allgemein spielen sie eine passive Rolle und kommen in der Berichterstattung nur äußerst marginal zu Wort. Sie sind „die Anderen". Zu ihrer Beschreibung wird auf Stereotype zugriffen, die vor allem mit den Begriffen „Nomadentum", „Unsauberkeit", „Bildungsferne", „Andersartigkeit", „Kriminalität"/"Sozialmissbrauch" in Zusammenhang gebracht werden. Obwohl sie EU-Bürger sind, wird hinterfragt, ob und inwieweit sie das Sozialsystem nutzen dürfen.

Die Alteingesessenen stehen auf der anderen Seite, sie klagen und/oder versuchen zu helfen, wirken aber ratlos, überfordert, ängstlich oder verärgert. Ihre positiven Eigenschaften werden in den Vordergrund gestellt und sie spielen eine aktive Rolle und dürfen wie selbstverständlich das Sozialsystem nutzen. „Wir" haben ein Recht auf Ruhe, Ordnung, Rente, billigen Wohnraum, Freizügigkeit etc. Vermieter, die billigen Wohnraum an die Zuwandernden vermieten und sich dann nicht um die Immobilien kümmern, werden jedoch aus dieser positiven „Wir-Gruppe" ausgestoßen.

Als Vermittler zwischen diesen Gruppen fungieren die Politiker_innen. Sie sind jedoch überfordert, haben kaum Steuerungsmöglichkeiten und werden zudem von rechten Gruppen bedroht. Die finanzielle und arbeitstechnische Überforderung der Stadt durch die bestehende Situation wird immer wieder besonders hervorgehoben. Außerdem nehmen Privatpersonen, die Hilfsangebote machen und sich in Initiativen und Runden Tischen engagieren eine Vermittlerfunktion ein. Ihr Engagement wird sehr positiv beschrieben, jedoch gibt es wenig Berichte über positive *Ergebnisse* ihrer Arbeit – im Gegenteil: häufig seien sie enttäuscht und frustriert. Sie fordern die Stadt auf, mehr Verantwortung für die Integration der Zuwandernden zu übernehmen. So entsteht ein Bild, nach dem eine hilfsbereite Stadtgesellschaft durch mangelnde Integrationsmaßnahmen der Stadt und die Ignoranz der Zuwandernden an ihre Grenzen stoße. Die Menschen gingen aber bisher besonnen damit um.

Handlungsaufforderungen werden von verschiedenen Seiten an verschiedene Akteure gerichtet, z.B. an Einwandernde und Stadtverwaltung. Die RP bietet der CDU viel Platz zur Darstellung und Verteidigung ihrer Positionen, vor allem in Zusammenhang mit einem umstrittenen Wahlplakat, welches das von Zuwandernden bewohnte „Problemhaus" In den Peschen mit Müllbergen darstellt. Enzweiler kritisiert den OB Link und die Stadtverwaltung. Die Dichotomie „wir"

und „die Anderen“ wird durch die Berichterstattung verfestigt. Integration wird als Bringschuld der Einwandernden gesehen.

Als Wahlkampfthema bietet die Einwanderung vor allem folgende Angriffsflächen:

- Probleme von Ordnung und Sicherheit werden mit Zuwanderung in Verbindung gebracht.
- Finanzielle Belastung durch die Einwanderung wird herausgestellt.
- Berichte über die Ziele und Wahlplakate unterschiedlicher Parteien.
- CDU: Zuwanderung und Missstände dürften kein Tabuthema sein. Verteidigung des umstrittenen Wahlplakates
- Hohe Arbeitslosenquote wird problematisiert und mit der Zuwanderung aus Südosteuropa in Verbindung gebracht.
- Freizügigkeit und städtische Integrationsmaßnahmen werden unterstützt.
- Angst vor rechten Gruppen wird aufgezeigt und als zur Überforderung der Stadt beitragend gesehen.

Das Land NRW, die EU und die Bundesregierung werden vornehmlich als Geldgeber gesehen. Der Herausforderung „Einwanderung aus Südosteuropa“ wird gleich an die Herausforderung „Unterbringung von Flüchtlingen“ angeschlossen, wobei nicht wirklich trennscharf über die verschiedenen Ebenen berichtet wird. Das Handlungskonzept der Stadt Duisburg findet keine Erwähnung.

Überforderung, der Wunsch nach Kontrolle, um eine aus dem Ufer laufende Situation zu normalisieren ist der durchgehende Duktus der Berichterstattung in der RP. Diese Grundgedanken finden sich sowohl in der vorliegenden Strukturanalyse, als auch in der durchgeführten Feinanalyse. Bei der Feinanalyse findet sich noch eine Besonderheit. Der Text drückt nicht nur inhaltlich die Thematik aus – er ist selbst geprägt von einer Überforderung der anderen Art – dem Anspruch, dem vorgegebenen Platzangebot für den Artikel gerecht zu werden. Er wurde deshalb ausgewählt, weil er im Hinblick auf die *thematische* und inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema als charakteristisch eingeschätzt wird. Jedoch sollte auch der Aspekt der Logik, Bezugsstruktur und Komposition von Artikeln – vor allem, wenn offensichtlich schnell redigiert und gekürzt wurden – nicht außer Acht gelassen werden – denn nur das ist es, was inhaltlich transportiert wird.

3.3 Analyse des Wochenanzeigers

Beim Wochenanzeiger handelt es sich um ein kostenloses Anzeigenblatt, das zweimal wöchentlich an nahezu alle Duisburger Haushalte verteilt wird. Die Zeitung finanziert sich durch Anzeigen.

Für die Analyse wurden sämtliche Artikel des Wochenanzeigers für Duisburg-Rheinhausen im Zeitraum vom 02.01.2014 – 28.06.2014 ausgewählt, die sich weitestgehend mit dem Thema Zuwanderung aus Südosteuropa nach Duisburg beschäftigen. Die Auswahl der zu untersuchenden Artikel erfolgte vor dem Hintergrund der Kommunal- und Europawahlen am 25.05.2014. Für die Analyse wurden 45 Zeitungsartikel des Wochenanzeigers untersucht.

1. Wie werden die Duisburgerinnen und Duisburger mit Herkunft aus Südosteuropa dargestellt?

Auffällig ist, dass Zuwanderung aus Südosteuropa hauptsächlich im Zusammenhang mit Problemen, vor denen die Stadt steht, erwähnt wird. Dies wird häufig bereits im Titel deutlich:

- „Mehr Mittel fürs Ruhrgebiet gefordert“ (15.01.2014)
- „Ein sehr Mut machendes Signal“ (29.01.2014)
- „Mit Latexhandschuhen und Kamera im Einsatz“ (12.02.2014)
- „Andor kam mit leeren Händen“ (12.02.2014)
- „Intensive Kontrollen notwendig“ (05.04.2014)
- „Marxloh, was nun?“ (21.06.2014

Bis auf eine Ausnahme treten die Zugewanderten als anonyme Masse in Erscheinung, die eine passive Stellung inne hat. Ziel sei

- ihre „Integration in Nordrhein-Westfalen [...] zu verbessern“ (08.02.2014a)
- „die Menschen [sollen] unterstützt werden“ (05.04.2014a)
- Schlepperbanden würden „die Migranten [...] ausnutzen“ (05.04.2014b)
- man „müsse[...] [...] gemeinsam auf diese Personengruppen einwirken“ (21.06.2014).

Bei der Ausnahme handelt es sich um die Meldung über eine Verfolgungsjagd, die sich infolge eines mutmaßlichen versuchten Einbruchs mit Unfallfolge und anschließender Fahrerflucht ereignete. Ein Fahrer fuhr einen „weißen Corsa mit

rumänischem Kennzeichen“ (04.01.2014). Dies hat den Effekt, dass die Kriminalität in Zusammenhang mit der rumänischen Herkunft des Autos bzw. des Kennzeichens gebracht wird.

Weiterhin werden den Duisburger_innen, die aus Südosteuropa zugewandert sind, verschiedene stereotype Eigenschaften zugeschrieben. So sei ihre Zuwanderung „in besonderer Weise durch Armut, Not und Diskriminierung geprägt“ (08.02.2014). In diversen Artikeln ist nicht nur von Zuwanderung, sondern sogar von „Armutszuwanderung“ die Rede. Auch dies erschließt sich häufig bereits durch die Überschriften:

1. „Wir wollen Probleme lösen, anstatt zu provozieren“ (31.05.2014)
2. „Was nun tun gegen Rechts?“ (28.05.2014)
3. „Wahlkrampf im Wahlkampf“ (26.04.2014)
4. „Andor kam mit leeren Händen“ (12.02.2014)
5. „3,2 Millionen Euro bewilligt“ (08.02.2014)
6. „Mehr Kohle für den Pott!“ (18.01.2014).

In einem Artikel ist der Begriff „Armutszuwanderung“ allerdings in Anführungszeichen gesetzt, vermutlich um sich davon zu distanzieren („Gesprächstörung mit dem Bürger“, 21.05.2014).

Die Zuwanderer aus Südosteuropa werden als ungebildet und insgesamt problematisch dargestellt. In einem Kommentar wird zwar konstatiert, dass es die immer wieder erwähnten Fachkräfte aus Osteuropa zwar gäbe, sie würden aber nur selten ins Ruhrgebiet kommen. Die Bewohner der „sogenannten Problemimmobilien [zählten] sicherlich nicht zu diesen Berufsgruppen“. Vielmehr würden sie dazu beitragen, dass die Stadt „[aus]bluten“ würde und „soziales Leben unmöglich“ gemacht werde. (18.01.2014a). Deutschland habe regelrecht „mit den Folgen der Armutszuwanderung zu kämpfen“ (29.01.2014a).

2. Wie werden die „Anwohnerinnen“ und „Anwohner“ und andere Alteingesessene dargestellt?

Die Anwohner_innen werden als den Zuwanderern gegenüber stehende und teilweise sogar gegensätzliche Personengruppe dargestellt. Im Artikel „Mit Latexhandschuhen und Kamera im Einsatz“ (12.02.2014) werden zwei Abfallaufsichtskräfte zitiert, die auf die Frage, welche Stadtteile besonders von Müllproblemen betroffen wären, es „diplomatisch“ ausdrücken:

> „In Marxloh und Hochfeld haben wir immer gut zu tun. In Rumeln-Kaldenhausen oder Alt-Walsum ist es schon ruhiger“.

Im nächsten Satz werden Zuwanderer aus Südosteuropa als besonders auffällig beschrieben. Stadteile, in denen viele Zuwanderer leben – wie zum Beispiel

Duisburg-Marxloh und Duisburg-Hochfeld – werden als dreckig dargestellt, ruhiger seien hingegen die Stadtteile mit einem geringeren Ausländeranteil.[34] Dies lässt darauf schließen, dass Alteingesessenen eher die Attribute „ruhig“ und „sauber“ zugeschrieben werden - im Gegensatz zu Menschen aus Südosteuropa.

Allerdings wird die Gruppe der Anwohner_innen keineswegs als homogen beschrieben. Auf der einen Seite befinden sich besorgte und verängstigte Bürger, die „Sorgen und Ängste“ (12.02.2014a) haben. Sie sind der Meinung, dass „das Einwandererproblem gelöst werden muss“, dass es „zu viel Armutszuwanderer gibt“ und insgesamt mehr getan werden muss („Von Groschengräbern und Schrottbauten“ am 17.05.2014). Das Bürgerforum des Runden Tisches Marxloh zeigte sich besorgt über den Gemütswechsel vieler Anwohner des Stadtteils. Auf deren Facebookseite finden seit einiger Zeit „hitzige Diskussionen“ zu den Themen Müll, Zuwanderung und Kriminalität („Marxloh, was nun?“ 21.06.2014).

Die Analyse zeigte außerdem, dass im Hinblick auf kriminelle Taten häufig eine Ethnisierung der Kriminalität durch Zeugen stattfindet. Ein Duo hatte einen Raubüberfall auf eine Filiale einer Fastfoodkette ausgeübt – „[l]eider sind die Zeugenaussagen außerordentlich widersprüchlich“ (21.06.2014). Ein Zeuge berichtet von einem Südländer mit guten Deutschkenntnissen, ein anderer behauptet die Täter hätten russisch gesprochen. In diesem Fall wird zwar angesprochen, dass es bedauerlich ist, dass die Zeugenaussagen widersprüchlich sind, jedoch nicht, dass die allgemeine Unterstellung einer bestimmten Ethnie kritisch zu betrachten ist. Schließlich kann man keinem Menschen ansehen, welche Staatszugehörigkeit er/sie besitzt. Auch in der bereits erwähnten Meldung über den Unfall mit Fahrerflucht findet eine solche Ethnisierung des vermeintlichen Täters statt. Der Leser schreibt dem Fahrer des weißen Corsas aufgrund des Kennzeichens einen rumänischen Hintergrund zu.

Auf der anderen Seite werden die alteingesessenen Bürger aber auch als engagierte und hilfsbereite Anwohner_innen dargestellt. Sie werden oft zur Mithilfe aufgerufen, sei es um „Umweltsäue“ zu melden (12.02.2014b) oder um Wohnungs- und Arbeitsangebote bekannt zu geben (05.04.2014a). Es wird zudem auch von aktivem Engagement gegen Rassismus und rechte Strömungen in der Politik berichtet: „Konsens gegen Rechts“ (18.06.2014), „Festival ‚Rage against Racism’“ (18.06.2014).

[34] In Marxloh und Hochfeld beträgt der Ausländeranteil 44,95 % bzw. 49,83 %; in Rumeln-Kaldenhausen und Alt-Walsum dagegen 5,16 % bzw. 3,46 % (http://www.duisburg.de/vv/l-03/medien/Einwohner_nach_Deutschen_und_Auslaendern_am_31122014.pdf [abgerufen am 10.03.2015]).

3. Welche Äußerungen finden sich von Lokalpolitikerinnen und –politikern, der Stadtverwaltung und der Polizei, etc. und welche Wirkungen entfalten diese im gesellschaftlichen Diskurs?

Im Zusammenhang mit der Zuwanderung aus Südosteuropa finden sich hauptsächlich Äußerungen der beiden größten Parteien in Deutschland CDU und SPD bzw. stellvertretend von CDU-Fraktionsvorsitzendem Rainer Enzweiler und Oberbürgermeister Sören Link.

Im Artikel „‚Wir sind auf großes Verständnis gestoßen'" (18.01.2014) wird OB Sören Link zitiert, dass 25 Städte in Deutschland „von einer starken Zuwanderung von Menschen aus Südosteuropa betroffen" sind. Im Zusammenhang damit wird erwähnt, dass Vizekanzler Sigmar Gabriel und Sozialministerin Andrea Nahles zugesichert hätten, dass betroffene Kommunen schneller und leichter auf Fördermittel zugreifen können. Dies erweckt den Eindruck, dass Hilfsmittel zwar gebraucht werden, allerdings nicht um die Zuwanderer zu unterstützen, sondern, dass die Städte finanzielle Hilfe aufgrund der Betroffenheit benötigen. Die Zuwanderung wird als ein Problem dargestellt, welches gelöst bzw. beseitigt werden muss. In einem anderen Artikel („‚Ein sehr Mut machendes Signal'", 29.01.2014) wird darauf verwiesen, dass eine ressortübergreifende Runde von Staatssekretären einen Zwischenbericht zum Thema Zuwanderung und deren Folgen vorlegen wird. Dabei ginge es „zum Beispiel um die Klärung des Versicherungsstatus' der Zuwanderer, um die Frage, was passiert bei Sozialleistungsmissbrauch, um die Sprachförderung und die Gesundheitsprophylaxe", so Link. Durch diese Auflistung wird ein stereotypes Bild der südosteuropäischen Zuwanderer reproduziert: Sie missbrauchen Sozialleistungen und sind damit kriminell und arbeitsscheu, können nicht richtig (Deutsch) sprechen und bringen Krankheiten mit nach Deutschland. Das abschließende Fazit von OB Sören Link nach seinem Berlinbesuch lautet: „Ein sehr Mut machendes Signal!" Mut ist eine Eigenschaft, die man benötigt, wenn man vor etwas Angst hat oder verunsichert ist. Solch eine Aussage von einem Stadtoberhaupt im Diskurs über Zuwanderung aus Südosteuropa wirft ein negatives Bild auf das gesellschaftliche Handeln und Denken gegenüber den Zuwanderern. Dieses Bild eines angstvollen Oberbürgermeisters im Rahmen des Zuwanderungsdiskurses verfestigt sich durch sein Zitat im Lead des Artikels „Wir wollen Probleme lösen, anstatt zu provozieren" (31.05.2014). Link „befürchte", dass rechte Parteien im neuen Rat die Armutszuwanderung für ihre Zwecke missbrauchen. Daraufhin bittet er erneut Sigmar Gabriel und Hannelore Kraft um eine verstärkte finanzielle Hilfe für die städtische Integrationsarbeit für Menschen aus Südosteuropa. Das Geld werde gebraucht um „adäquat und vor allem nachhaltig [zu] handeln" und um den Menschen deutlich zu machen, dass „unser Ansatz [...] der richtige Weg für alle Beteiligten" sei. Welcher Ansatz dies ist, außer dass Probleme genannt und Lösungsansätze entwickelt werden sollen, wird nicht erläutert. Im Gegensatz dazu – so legt das Lead nahe - würden rechte Parteien nur provozieren. Insgesamt wird im Diskurs das Bild eines verängstigten und (finanziell) überforderten Oberbürgermeisters vermittelt.

Der Kritik bzw. Rechtfertigung der CDU wird in den untersuchten Artikeln dreimal eine Bühne geboten. Nach einem Besuch des EU-Kommissars László Andor,

der sich mit NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, Innenminister Ralf Jäger und Oberbürgermeister Sören Link traf, ist CDU-Fraktionsvorsitzender Rainer Enzweiler enttäuscht („Andor kam mit leeren Händen", 12.02.2014). Andor habe „[die] Stadt im Regen stehen lassen". „Regen" kann hier metaphorisch für die angebliche ‚Überschüttung' deutscher Sozialsysteme durch „Armutsmigration" aus Südosteuropa gelesen werden. Diese hatte Andor zuletzt vehement bestritten. Rainer Enzweiler hingegen hatte auf die Unterstützung sowie das Bekenntnis zur politischen Verantwortung für die Probleme mit der Zuwanderung seitens der EU gehofft. Abschließend kommentiert er den Besuch folgendermaßen:

> „Die Bürgerinnen und Bürger in den betroffenen Städten wollen und haben letztendlich auch ein Recht darauf, dass die vorhandenen Probleme mit dieser Form der Zuwanderung nachhaltig gelöst werden."

Erneut entsteht hier der Eindruck, dass die Zuwanderer_innen aus Südosteuropa nicht zu den Bürger_innen gehören. Sie stellen nur das Problem dar, von dem „wir" betroffen sind und das gelöst werden muss.

Am 05.04.2014 widmet sich ein Artikel erneut dem Kommentar Enzweilers, diesmal zur Rolle der Verwaltung („Intensive Kontrollen notwendig". 05.04.2014). Anlass waren anstehende neue Regelungen für die Zuwanderung aus Südosteuropa, die neben finanziellen Hilfen auch mehr Kontrollen und dementsprechend mehr Arbeit für die Verwaltung vorsehen. Enzweiler zweifelt dabei an der Handlungsfähigkeit der Verwaltung aufgrund von Überstunden, Resturlaubsansprüchen und einem „rekordverdächtigem" Krankenstand. Er fordert daher eine sofortige Umstrukturierung der Verwaltung, um den Anforderungen der Bundesregierung gerecht werden zu können. Weiterhin spricht er sich für die zeitliche Begrenzung der Arbeitssuche aus, um Sozialmissbrauch vorzubeugen. Laut Enzweiler haben sich zudem Schlepperbanden gebildet, die sowohl das Sozialsystem als auch die Migrant_innen ausnutzen, indem in mehreren Städten gleichzeitig Kindergeld kassiert werde. Erst durch die zeitnahe Überprüfung der Behörden, ob die Familien tatsächlich in den Städten leben, könne „diesen Kriminellen das Handwerk gelegt werden", so Enzweiler. Dies erweckt beim Leser den Eindruck, Enzweiler beschreibe die Familien als Kriminelle. Zuletzt wird der CDU Platz gelassen, zu der Kritik an einem vielfach diskutierten Wahlplakat Stellung zu nehmen.

Das Wahlplakat zeigte ein altes Bild von dem Wohnhaus „In den Peschen" mit Müllbergen davor. Auf dem Plakat stand geschrieben „Missstände beenden!" sowie „Duisburg kann besser". Damit hatte die CDU sowohl auf rassistische als auch antiziganistische Ressentiments zurückgegriffen. Der Vorsitzende der CDU, Thomas Mahlberg entgegnete der Kritik, das Plakat würde auf ein bereits gelöstes Problem hinweisen, dass das Plakatmotiv weiterhin aktuell sei. Die Bürger in den „von massenhafter Zuwanderung betroffenen Stadtteilen [würden] weiterhin leiden". Mahlberg habe sich selbst davon überzeugt – auch im Gespräch mit Anwohnern – dass die Lage weiterhin problematisch sei (30.04.2014). Mit diesem Artikel wird dem Leser suggeriert, die problematische Lage sei sogar von offizieller Seite bestätigt worden. An dieser Stelle entsteht

der Eindruck, dass eine klare Abgrenzung zwischen „uns“ und „den Anderen“ stattfindet. „Wir“, die alteingesessenen Anwohner, sind nicht nur von den „Anderen“ betroffen, sie leiden sogar unter ihrer Anwesenheit.

Nach der Kommunal- und Europawahl wird berichtet, dass sich der Großteil der (etablierten) Parteien von rechter Politik distanziere. Die Alternative für Deutschland (AfD) stellte klar, dass sie keine Fraktionsbildung mit der NPD oder ProNRW beabsichtigte (04.06.2014). Zudem wurde bei der konstituierenden Ratssitzung mit großer Mehrheit ein gemeinsamer Konsens gegen Rechts beschlossen. Im Vergleich zu den Stellungnahmen der CDU und der SPD waren dies jedoch nur zwei kurze Meldungen.

4. Wie werden überlokale politische und gesellschaftliche Instanzen (Land, Bund, EU) dargestellt und welche Effekte gehen von diesen Darstellungen aus?

„An gutem Willen scheint es [...] keinem der Beteiligten zu fehlen“ (08.02.). Der gute Wille scheint jedoch selten in Taten umgesetzt zu werden. Überlokale politische und gesellschaftliche Instanzen nehmen eher eine im Hintergrund stehende, aber belehrende Rolle ein und treten meist nur als Geldgeber in Erscheinung.[35]

Anlässlich der Verleihung des Duisburger Preises für Toleranz und Zivilcourage kam der Integrationsminister Guntram Schneider nach Duisburg, um an die Grundwerte einer aufgeklärten Zivilgesellschaft zu erinnern: Verständigung und Versöhnung, Solidarität und Zivilcourage („Integrationsminister lobt Zivilcourage“, 29.01.2014). Der Bund gibt sich interessiert, verständnisvoll und hilfsbereit (18.01.2014). László Andor als Vertreter der EU „freute sich“, „lobte“ und „kritisierte [...], dass Länder wie Rumänien und Bulgarien zur Verfügung stehende EU-Mittel zur Bekämpfung der Armut im eigenen Land nicht abgerufen hätten“ (08.02.2014a). Die Überschrift „Wenig Greifbares“ weist jedoch schon darauf hin, dass man „enttäuscht“ wurde und sich mehr Hoffnung gemacht hatte. Die große Enttäuschung wurde vor allem durch den Artikel über die Kritik von CDU-Fraktionsvorsitzendem Rainer Enzweiler verdeutlicht („‚Andor kam mit leeren Händen’“, 12.02.2014).

Insgesamt entsteht der Eindruck, dass überlokale Instanzen zwar interessiert und bereit sind zu helfen, jedoch außer finanzielle Mittel wenig zu einer Besserung der Situation beisteuern und man sich allein gelassen fühle. Zudem wird der EU vorgeworfen, sich nicht „zu ihrer politischen Verantwortung für die Probleme mit der Zuwanderung aus Südosteuropa in Duisburg“ zu bekennen.

5. Wie wird die Arbeit von sozialen Gruppen, Initiativen, bürgerschaftliches Engagement etc. vor Ort dargestellt?

Im Zusammenhang mit der Zuwanderung aus Südosteuropa nach Duisburg wird im Wochenanzeiger über das Engagement verschiedener Gruppen berich-

[35] Vgl. etwa„‚Wir sind auf großes Verständnis gestoßen’“ (18.01.2014), „3,2 Millionen Euro bewilligt“ (08.02.2014), „‚Wir wollen Probleme lösen, anstatt zu provozieren’“ (31.05.2014).

tet. Dazu zählen das Kinder- und Jugendprojekt „Bathalo“, das Familienzentrum St. Marien, der Runde Tisch Offenes Rheinhausen, das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, der Runde Tisch Marxloh e.V. sowie die katholische Stadtkirche und der Caritasverband.

Das Projekt Bathalo, das sich gegen Ausgrenzung und Rassismus einsetzt, wurde wie erwähnt mit dem Duisburger Preis für Toleranz und Zivilcourage ausgezeichnet. Integrationsminister Schneider lobte die Initiatoren für ihr Engagement (29.01.2014b). Das Familienzentrum St. Marien bietet einen Deutschkurs für Familien mit Migrationshintergrund an, um in Alltagssituationen (besser) reagieren zu können (12.02.2014). Der Runde Tisch Offenes Rheinhausen wird in zwei Artikeln erwähnt: „Menschen mehr unterstützen!“ (05.04.2014) und „Klärungsbedarf“ (14.06.2014). Letztgenannten sieht der Runde Tisch hinsichtlich der rechtlichen Grundlage der Demontierung der Strom- und Gaszähler im Wohnhaus „In den Peschen“. In einer Presseerklärung äußert er sich außerdem zum Thema Wohnungs- und Arbeitssuche für Menschen aus Rumänien und Bulgarien. Es werden positive Entwicklungen genannt (persönliche Begegnungen für mehr Verständnis, Schulbesuch der Kinder), aber auch auf die prekäre Wohnsituation und schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt hingewiesen. In diesem Zusammenhang werden Bürger_innen ermuntert, selbst aktiv zu helfen. Auch das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung wird erwähnt. Es sei beunruhigt über Entwicklungen um die Häuser „In den Peschen“. Es werde an die Stadt appelliert, mehr für die Rechte der dort wohnenden Familien einzustehen sowie deutlich zu machen, dass sie keine Form von Rassismus toleriere („‚Eine Vertreibung ist unakzeptabel’“, 12.04.2014). In dem Artikel wird zwar die aktuelle Lage rund um die Häuser erläutert, es wird jedoch auch ein gewisses Vorwissen vorausgesetzt. Auch der Runde Tisch Marxloh e.V. setze sich für ein friedvolles Zusammenleben ein, wende sich direkt an die Bürger_innen und lade sie ein, an einer Versammlung teilzunehmen („Marxloh, was nun?“, 21.06.2014a). Anlass waren hitzige Diskussionen auf Facebook zu den Themen Müll, Zuwanderung und Kriminalität. Der Aufruf scheint sich jedoch eher an Alteingesessene und Vertreter_innen aus Politik und Verwaltung zu richten und weniger an die Zuwanderer selbst. Am selben Tag wird im Artikel „Die Welt ist längst bei uns zuhause!“ von der katholischen Stadtkirche und dem Caritasverband „Flagge [...] gegen Rechts“ gezeigt. Duisburg sei eine tolerante, offene und vielfältige Stadt, man fürchte sich jedoch auch vor nachbarschaftlichen Konflikten (21.06.2014b).

Die sozialen Gruppen und Initiativen wenden sich sowohl an die Bürger_innen als auch an die Verantwortungsträger aus Politik und Verwaltung. Sie betrachten die Situation kritisch, verweisen aber auch auf Erfolge in der Integration und setzen sich aktiv dafür ein, dass jedem geholfen wird, sowohl den alteingesessenen Anwohnern, als auch den Neu-Duisburgern aus Südosteuropa.

6. Wie funktionieren Konstruktionen von „wir“ und „die Anderen“ und welche Folgen haben sie?

Wie bereits angedeutet, wird durch die Darstellungen von den Duisburger_innen mit Herkunft aus Südosteuropa, den Alteingesessenen, den Lokalpolitikern, den überlokalen politischen und gesellschaftlichen Instanzen sowie den sozialen Gruppen eine Dichotomie „Wir“ gegen „die Anderen“ konstruiert. „Wir“, das sind die Anwohner_innen, die sozialen Instanzen und die Lokalpolitiker_innen; „die Anderen“ sind die Zuwanderer aus Südosteuropa sowie die EU.

Die „Wir“-Gruppe wird klar von den Zuwanderern abgegrenzt, deutlich wird dies vor allem im Artikel „Mit Latexhandschuhen und Kamera im Einsatz“ (12.02.2014). Weiterhin werden die Anwohner_innen als aktive, engagierte und hilfsbereite Menschen mit Sorgen und Nöten dargestellt. Die Lokalpolitiker können ebenfalls dem „Wir“ zugeordnet werden. Sie scheinen macht- und hilflos sowie überfordert zu sein. Zudem kritisieren sie die fehlende Übernahme von Verantwortung seitens der EU. Ebenfalls der aktiven „Wir“-Gruppe“ zuzuordnen sind die sozialen Instanzen. Diese treten als helfende Akteure für alle Beteiligten auf.

Im Gegensatz steht die Gruppe der „Anderen“, denen die Zuwander_innen zuzurechnen sind. Sie werden als passive, homogene und anonyme Masse dargestellt, denen viele Stereotype zugeschrieben werden und die vorwiegend im Zusammenhang mit Problematiken erwähnt werden. „Wir“ und die Stadt sind regelrecht von ihnen „betroffen“ (28.06.2014). Die EU kann ebenfalls der Gruppe der „Anderen“ zugeordnet werden, allerdings auf der Ebene von „die da oben“. Sie nimmt ebenfalls eine passive Rolle im Diskurs ein und tritt höchstens als Geldgeber in Erscheinung. Interesse und Hilfsbereitschaft werden zwar gezeigt, weiter scheint aber nichts zu geschehen.

Dadurch, dass die Menschen aus Rumänien und Bulgarien eher in einer passiven Rolle auftreten und nur im Zusammenhang mit Problematiken erwähnt werden, werden sie zu „den Anderen“ gemacht. So erscheinen sie als nicht gleichwertige Mitglieder der Einwohnerschaft Duisburgs. Es wird zwar viel über die südosteuropäischen Zuwanderer geredet,[36] jedoch in keinem Artikel kamen sie selbst zu Wort. Des Weiteren werden die Bewohner des Hauses ‚In den Peschen’ als „Roma-Familien“ (29.01.2014b) betitelt. Auch dies trägt dazu bei, dass die Individuen als eine fremde, uns nicht entsprechende Masse der „Anderen“ wahrgenommen werden.

7. Wie werden das Handlungskonzept der Stadt Duisburg oder andere stadt- und migrationspolitische Konzepte aus anderen Städten und Regionen aufgenommen?

Das Handlungskonzept der Stadt Duisburg oder andere stadt- und migrationspolitische Konzepte werden in keinem Artikel des Wochenanzeigers erwähnt.

[36] Vgl. „Erhöhter Beratungsbedarf“ (15.01.2014), „Integrationsminister lobt Zivilcourage“ (29.01.2014), „3,2 Millionen Euro bewilligt“ (08.02.2014), „Wenig Greifbares“ (08.02.2014).

Zusammenfassung

Die Analyse zeigt, dass im untersuchten Zeitraum im Wochenanzeiger rassistische Ressentiments (re)produziert werden. Duisburg scheint mit der Zuwanderung aus Südosteuropa überfordert zu sein. Sie wird vor allem als große (finanzielle) Belastung begriffen, die der finanzschwachen Stadt zusätzliche Probleme bereitet. Es findet eine deutliche Abgrenzung zwischen den Neu-Duisburger_innen aus Rumänien und Bulgarien und den Alteingesessenen statt („wir" vs. „die anderen"). Über das „Problemhaus" in Rheinhausen-Bergheim „In den Peschen" wird eher selten berichtet und wenn, dann wird Hintergrundwissen über die Vorkommnisse vorausgesetzt.

3.4 Analyse des Stadtpanoramas

Auch das Stadtpanorama ist eine Wochenzeitung, die kostenlos in alle Duisburger Haushalte verteilt wird und sich durch Anzeigen finanziert. Für die Analyse wurden alle Artikel aus der im Zeitraum vom 01.01.2014 bis zum 30.06.2014 berücksichtigt, die die Zuwanderung aus Südosteuropa oder verwandter Themen, wie zum Beispiel dem Umgang mit Flüchtlingen, behandelten.

Insgesamt handelt es sich um 12 Zeitungsartikel, wobei drei Artikel lediglich Informationsveranstaltungen ankündigen. In zwei weiteren wird eine Informationsveranstaltung angekündigt und zusätzlich werden einige wenige Informationen zu den herrschenden Umständen gegeben. Häufig geben Ereignisse, wie der Besuch einer Staatsministerin, der Tag der Bahnhofsmission oder der Umzug der VHS den Anlass zu einem Artikel.

1. Wie werden die Duisburgerinnen und Duisburger mit Herkunft aus Südosteuropa dargestellt?

Die aus Südosteuropa zugewanderten EU-Bürger_innen werden als sozial schwache Familien beschrieben, die meist keine schulische oder berufliche Qualifikation besitzen (23.04.2014 West). In einem Artikel wird der Stadtteil Marxloh mit einem Ort verglichen, an dem man Urlaub macht - einen schlechten Urlaub:

> "Wenn neben dem Hotel eine laute Baustelle ist, das Zimmer schmutzig, die Ausflüge schlecht organisiert sind und zudem das Essen nicht schmeckt. – Das wird der Gast sicher nicht wieder buchen [...]" (25.06.2014a Nord).

Wer genau "man" ist, der den Urlaub nicht noch einmal buchen wird, wird nicht ausgeführt. Die Zuwander_innen scheinen nicht gemeint zu sein, die von den Zuständen in ihrer neuen Heimat abgeschreckt sind. Ohne, dass die im Stadtteil

herrschenden Umstände direkt als von den Zuwander_innen verschuldet beschrieben werden, wird dies im Kontext des Artikels jedoch suggeriert; man kennt Marxloh als einen Zuwanderungsstadtteil und schwierigen sozialen Problemem. Durch den Vergleich mit einem schlechten Urlaub, werden die Zuwander_innen implizit als laut, schmutzig und schlecht organisiert dargestellt und im weiteren Verlauf mit Müll und Kriminalität in Verbindung gebracht. Der Zuzug von Familien aus südosteuropäischen Ländern trage zur Destabilisierung des Stadtteiles bei, wodurch ein sozialer Brennpunkt, welcher kurz vor eskalierenden Zuständen stehe, entstehe. Wodurch dieser destabilisierende Beitrag geleistet wird und worin genau die beinahe eskalierenden Zustände bestehen, wird nicht weiter erläutert.

Des Weiteren werden die Zuwander_innen mit Handgreiflichkeiten und Waffen - also mit Gewalt - in Verbindung gebracht. Es ist von rivalisierenden Gruppen die Rede; die Anwohner würden nachts durch Schüsse geweckt (25.06.2014b Nord). In dieser Darstellung wird eine Verbindung zwischen den Schüssen und den Zuwander_innen unterstellt.

Auch ist von einer *Zuwanderungswelle* aus Südosteuropa die Rede, die die Stadt vor *ungewöhnliche* Probleme stelle (23.04.2014). Dass von *ungewöhnlichen* Problemen die Rede ist, stellt die Zuwander_innen aus Südosteuropa als eine Gruppe dar, der man nicht mit den üblichen Strategien begegnen kann, sie werden aus der Gruppe aller Zuwander_innen herausgehoben.

An anderer Stelle wird kritisiert, dass die Zuwander_innen keinerlei Begleitung erfahren würden (25.06.2014b Nord) Es sei *unbegreiflich*, dass sie alleine gelassen würden und man dürfe die Bildung der Kinder nicht vernachlässigen, um „eine Flut von künftigen Leistungsempfängern“ zu verhindern. Auch wenn an dieser Stelle für mehr Hilfe für die Zuwander_innen aus Südosteuropa eingetreten wird, gewinnt der Leser doch den Eindruck von einer hilfebedürftigen Gruppe, die nicht in der Lage ist, sich selbst um die Zukunft ihrer Kinder zu kümmern.

Lediglich in zwei der zwölf betrachteten Artikel gibt es positive Aussagen über die Zuwander_innen. Es wird beschrieben, dass manche qualifiziert seien und auch schon Arbeit gefunden hätten (07.05.2014 West). Jedoch wird gleich anschließend ausgeführt, dass andere aus völlig verarmten Verhältnissen kämen und Schwierigkeiten hätten, sich im deutschen Alltag zurechtzufinden. Durch diese Diskursstrategie findet eine Relativierung der positiven Aussagen statt. In einem weiteren Artikel werden die Zuwander_innen als lernfreudig beschrieben. Es wird berichtet, dass sie "viermal die Woche" (05.06.2014 Mitte) Deutsch lernen und sich schon gut in Duisburg auskennen, sich sicher anhand eines Stadtplans orientieren können. Da die Orientierung mit Hilfe eines Stadtplans eigentlich keine große Herausforderung in einer modernen Welt darstellt, entsteht hier der Eindruck, als habe man es mit einem Kind oder rückständischen Menschen zu tun. Dieser Eindruck wird unterstützt durch die Tatsache, dass in Bezug auf die Deutschkurse und die Gestaltung der entsprechenden Räumlichkeiten davon die Rede ist, dass die erwachsenen Kursteilnehmer, also die Zuwander_innen, diese mit Bildern und Lernplakaten gestalten sollen. Auch dies er-

weckt eher den Eindruck, als habe man es mit einer Grundschulklasse zu tun und nicht mit einer Gruppe von lernenden Erwachsenen.

In keinem der Artikel kommen Zugewanderte persönlich zu Wort. Es wird von ihnen als eine homogene Gruppe gesprochen. Es wird *über* sie und den Umgang *mit* ihnen berichtet.

Insgesamt kann gesagt werden, dass kein besonders positives Bild der Zuwanderer aus Südosteuropa durch die Lektüre der Artikel des Stadtpanoramas entsteht. Sie werden nicht als Teil der Gruppe der Alteingesessenen, sondern als die Anderen gesehen.

2. Wie werden die „Anwohnerinnen" und „Anwohner" und andere Alteingesessene dargestellt?

Über die AnwohnerInnen und Alteingesessenen Duisburgs wird im Stadtpanorama deutlich weniger berichtet, als über die Zuwander_innen aus Südosteuropa.

Es wird beschrieben, dass die Anwohner_innen verärgert seien und es immer wieder zu fremdenfeindlichen Demonstrationen vor den Häusern der Zuwander_innen käme (07.05.2014 West). Auch wird berichtet, dass es zu "besorgniserregend [...] vielen Wegzügen von Familien, die bisher ein wichtiger Bestandteil der sozialen Stabilität im Stadtteil waren" (25.06.2014a Nord) käme. Hier entsteht der Eindruck, als würden die Zuwander_innen die Alteingesessenen verdrängen.

Insgesamt werden die Anwohner_innen als eine Gruppe dargestellt, die sich zwar ärgern und ihren Ärger durch Demonstrationen auch kundtun, sich den Problemen aber nicht stellen, sondern sich diesen eher durch Wegzüge entziehen. Anwohner_innen erscheinen insgesamt eher passiv. Dieser Eindruck wird auch dadurch unterstützt, dass beschrieben wird, dass eine öffentliche Diskussionsveranstaltung im Rahmen eines Bürgerforums im Stadtteil Duisburg-Marxloh "nur [...] [eine] Handvoll Bürger[...]" besuchen würden, wodurch sich der Stadtteil *unglaubwürdig* mache, wie es im Artikel heißt (25.06.2014a Nord). Die Überschrift eines weiteren Artikels sagt: "Hoffen auf rege Teilnahme" (25.06.2014b Nord). Das Wort *hoffen* zeigt, dass eine rege Teilnahme nicht zu erwarten ist. Zwar wünscht man sich diese, da ohne engagierte Bürger_innen kaum Ergebnisse erzielt werden können, jedoch zeigt die Erfahrung in diesem Fall, dass die Bürger_innen zwar verärgert sind, jedoch nicht die Handlungsinitiative ergreifen.

3. Welche Äußerungen finden sich von Lokalpolitikerinnen und -politikern, der Stadtverwaltung und der Polizei, etc. und welche Wirkungen entfalten diese im gesellschaftlichen Diskurs?

In den Artikeln im Stadtpanorama kommen lediglich zwei Lokalpolitiker zu Wort: der Oberbürgermeister der Stadt Duisburg, Sören Link, und Stadtdirektor Reinhold Spaniel.

Über Sören Link wird berichtet, dass er es begrüße, dass nicht nur in Berlin über die Arbeit der Stadt Duisburg geredet wird, sondern dass sich die Staatsministerin Aydan Özuguz auch persönlich vor Ort informiere. (23.04.2014 West). Zudem macht er deutlich:

> "Duisburg kann Integration, das haben wir in den letzten Jahrzehnten bewiesen. Aber diese Zuwanderungswelle stellt uns vor ungewöhnliche Probleme. Auch weil gute Integration viel Geld kostet, das wir nicht haben" (23.04.2014 West).

Weiter sagt er über die Kosten, die Integration mit sich bringt, es gehe dort um "Geld, das wir in diesem Jahr nicht mehr aufbringen können. Deshalb kämpfen wir für weitere Unterstützung von Land, Bund und EU" (23.04.2015 West). Die Verantwortung für gelingende Integration der Zuwander-innen aus Südosteuropa wird hierdurch auf eher überregionale politische Instanzen übertragen. Man wäre zwar prinzipiell zu gelingender Integration in der Lage, wie die letzten Jahrzehnte gezeigt haben, jedoch habe man kein Geld, um sich selbst angemessen um die Problemlage zu kümmern.

Stadtdirektor Reinhold Spaniel wird mit einer Äußerung zitiert, dass vor allem kinderreiche und sozial schwache Familien nach Duisburg kämen und "die meisten von ihnen [...] weder eine schulische noch eine berufliche Qualifikation [hätten]" (23.04.2015 West). Auch damit wird der Eindruck hergestellt, dass es sich bei den Zuwander_innen aus Südosteuropa mehrheitlich um hilfebedürftige Menschen handelt.

In einem Artikel des Stadtpanoramas vom 07.05.2014 wird die Position der Stadt als Ganze thematisiert. Diese sei *ohnehin klamm* und rufe immer lauter um Hilfe. „Brüssel und Berlin sollen für die Integration der Zuwanderer zahlen. Schließlich sei die EU-Osterweiterung politischer Wille“.Durch diese Äußerung wird die Verantwortung für die Integration gleichfalls auf die Ebene Bund und EU geschoben. Das Problem habe man schließlich nicht geschaffen und daher sollten sich auch die dafür Verantwortlichen darum kümmern. Die Stadt Duisburg und ihre Akteure auf politischer Ebene erscheinen hilflos und ohne die Hilfe von anderen Instanzen nicht handlungsfähig. Es gibt einen stetigen Ruf nach finanziellen Mitteln des Bundes und der EU.

4. Wie werden überlokale politische und gesellschaftliche Instanzen (Land, Bund, EU) dargestellt und welche Effekte gehen von diesen Darstellungen aus?

Überlokale politische und gesellschaftliche Instanzen kommen hauptsächlich in der Person Aydan Özogut, der Staatministerin bzw. Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration der Bundesregierung zu Wort. Sie besuchte die Stadt Duisburg, lobte ihr Engagement und führte in der Nachbarschaft der Straße *In den Peschen* Gespräche mit Anwohner_innen, zugewanderten Rumän_innen und Sozialarbeiter_innen und stellte in Aussicht, dass sie ihre gewonnenen Eindrücke mit nach Berlin nehme (23.04.2014 West). Zu welcher Art von Hilfe dies führen soll, wird nicht weiter thematisiert. Weiter verweist sie

darauf, dass sie froh sei, dass der Bund den betroffenen Kommunen schnelle Hilfe in Aussicht gestellt habe. Hier entsteht der Eindruck einer zwar interessierten Staatssekretärin, deren Handlungsfähigkeit und konkrete Hilfemaßnahmen jedoch nicht weiter thematisiert werden.

5. Wie wird die Arbeit von sozialen Gruppen, Initiativen, bürgerschaftliches Engagement etc. vor Ort dargestellt?

Es werden mehrere soziale Gruppen, Initiativen und Vertreter_innen bürgerschaftlichen Engagements im Stadtpanorama berücksichtigt. In mehreren Artikeln wird auf Informationsveranstaltungen oder andere Aktionen hingewiesen, wie zum Beispiel auf eine Veranstaltung zum Thema „Integration" (07.05.2014 West), oder das *Rage against Racism-Festival* eines Jugendzentrums (18.06.2014 West). Solche Hinweise auf Veranstaltungen erwecken den Eindruck eines umfassenden bürgerschaftlichen Engagements. Auch heißt es, dass es "hitzige Diskussionen im Facebook-Forum des Runden Tisches [Marxloh]" (25.06.2014a Nord) gebe. Über eine Veranstaltung des Bürgerforums Marxloh wird berichtet, dass nur eine *Handvoll Bürger* teilnahmen (25.06.2014a Nord). Dies verdeutlicht, dass es zwar engagierte Bürger gibt, die sich für Integration und gegen Rassismus einsetzten, der größte Teil der Bevölkerung aber passiv bliebe oder sich lediglich in der Anonymität des Internets äußere.

Auch durch Begriffe, wie man wolle *Tacheles* (25.06.2014a Nord) reden und die Sozialarbeit sei *eng vernetzt* (23.04.2014b Nord) wird der Eindruck einer starken Bürgerschaft erweckt, jedoch wird an keiner Stelle über schon durchgeführte Aktionen und ihre Ergebnisse berichtet. Unter dem Strich erscheint das bürgerschaftliche Engagement somit ergebnislos und von nur wenigen Akteuren in der Stadt getragen.

6. Wie funktionieren Konstruktionen von „wir" und „die Anderen" und welche Folgen haben sie?

Die Analyse der Artikel zeigt, dass auch im Stadtpanorama – wie in den anderen analysierten Zeitungsartikeln auch – ein Bild von zwei sich gegenüberstehenden Gruppen gezeichnet wird. Auf der einen Seite stehen „wir". Das sind die Alteingesessenen, die sich von „den Anderen" gestört oder beeinträchtigt fühlen. Sie leisten einen wichtigen Bestandteil zur sozialen Stabilität im Stadtteil (25.06.2014a Nord) im Gegensatz zu „den Anderen". Diese tragen latent zu einer Destabilisierung der Stadtteile bei (25.06.2015a Nord).

„Die Anderen" sind *sozial schwach*, haben keine schulische oder berufliche Qualifikation (23.04.2014a Nord), sie „kommen aus völlig verarmten Verhältnissen und haben Schwierigkeiten, sich im deutschen Alltag zurechtzufinden" (07.05.2014 West). Durch die Verwendung des Begriffes *deutscher Alltag* wird hervorgehoben, dass es sich bei dem Alltag, den „wir" haben, um eine andere Art von Alltag handelt, als den der Zuwander_innen aus Südosteuropa; „Die Anderen" müssen lernen, sich hier zurechtzufinden. Dass dies ihnen Schwierigkei-

ten bereitet, unterstützt noch einmal den Blick auf die Andersartigkeit von „den Anderen“.

Auch werden „die Anderen“ mit Müll, Kriminalität und Gewalt in Verbindung gebracht (25.06.2014a Nord), wovon „wir“ uns gestört fühlen. „Wir“ sind die sauberen, rechtschaffenden Bürger, die „nachts aus dem Schlaf gerissen“ (25.06.2014a Nord) werden.

Zudem wird die Zuwanderung aus Südosteuropa ausschließlich in einem problematisierenden Kontext beschrieben. „Wir sind durch eine *Zuwanderungswelle* (23.04.2014 Nord) betroffen, der wir nicht standhalten können; „wir“ benötigen (finanzielle) Hilfe vom Bund und der EU (07.05.2014 West). Es entsteht der Eindruck, „wir“ wären die Opfer, die von „den Anderen“ betroffen sind.

Nirgends ist von einer Kooperation zwischen Duisburger Bürger_innen und Zuwander_innen die Rede. Es wird allein darüber berichtet, wie Politik und Bürger_innen mit den Zuwander_innen umgehen können, sie werden als die allgemein aktive Gruppe dargestellt - auch wenn bei genauerer Betrachtung auch die Bürger_innen auch einen passiven Teil enthalten – währenddessen die Zuwander_innen gänzlich passiv bleiben. Sie sind das Problem, welches gelöst werden muss.

Ob Bundesregierung und EU ebenfall zur „Wir“-Gruppe gehören, hängt von der Perspektive auf diese Instanzen ab. Vornehmlich werden sie im Stadtpanorama auch als Geldgeber adressiert und damit als außerhalb stehend.

7. Wie werden das Handlungskonzept der Stadt Duisburg oder andere stadt- und migrationspolitische Konzepte aus anderen Städten und Regionen aufgenommen?

Das Handlungskonzept der Stadt Duisburg findet im Untersuchungszeitraum keine Erwähnung.

Zusammenfassung

Für das Stadtpanorama lässt sich insgesamt festhalten, dass dort die Zuwander_innen aus Südosteuropa als sozial schwach und hilfsbedürftig dargestellt werden und mit Müll und Kriminalität in Verbindung gebracht werden.

Zwar werden sie auch positiv dargestellt, wenn darauf verwiesen wir sie seien fleißig und würden Deutsch lernen, jedoch wird das Lernumfeld und die Art zu lernen auf eine Art dargestellt, dass der Eindruck eines sehr kindlichen Lernniveaus entsteht.

Von den Anwohner_innen wird ebenfalls kein wirklich positives Bild gezeichnet. Sie werden als verärgert dargestellt. Zudem stellen sie sich den Problemen nicht und bleiben eher passiv, was durch eine hohe Zahl von Wegzügen aus Stadttei-

len mit vielen Zuwander_innen und geringer Beteiligung an entsprechenden Veranstaltungen deutlich gemacht wird.

Für die Stadt Duisburg stellt die Zuwanderung aus Südosteuropa ein Problem dar, dem sie nicht mit den üblichen Strategien begegnen kann. Zudem stellt sie eine finanzielle Belastung dar, der die Stadt nicht gewachsen sei. Die Verantwortung für die Finanzierung von Integrationsprojekten wird auf höhere Ebenen wie den Bund oder die EU abgegeben, schließlich wurde auch dort die Freizügigkeit in Europa beschlossen. Dies lässt die Stadt Duisburg recht hilflos erscheinen.

Die überlokalen politischen Instanzen kommen als interessiert an den Problemen in Duisburg herüber und stellen Hilfe in Aussicht. Wie die Hilfe jedoch konkret aussehen soll, wird nicht beschrieben. So werden zwar mehrfach Gesprächsrunden oder Informationsveranstaltungen angekündigt, jedoch wird nicht über die Ergebnisse solcher Veranstaltungen berichtet.

Insgesamt entsteht durch die Berichterstattung im Stadtpanorama das Bild eines umfassenden Problems, das die Zuwanderung aus Südosteuropa aufwirft, über das auf den verschiedensten Ebenen geredet werde, das Reden hat aber wenig konkrete Ergebnisse hervorgebracht.

3.5 Synopse

In der vorliegenden Untersuchung wurde die Berichterstattung über die Zuwanderung aus Südosteuropa im Lokalteil von WAZ, RP, Stadtpanorama und Wochenanzeiger diskursanalytisch betrachtet, mit dem Ziel das Sagbarkeitsfeld dieses medialen Diskurses zu ermitteln.

Übereinstimmend ist festzuhalten, dass die EU-Bürger_innen aus Südosteuropa als passive und anonyme Masse charakterisiert werden. Ihre Zuwanderung wird durchgehend problematisiert und mit den Aspekten Müll, Kinderreichtum, Armut und Kriminalität verknüpft. Besonders wird ihre vermeintliche Kriminalität stark ethnisiert.

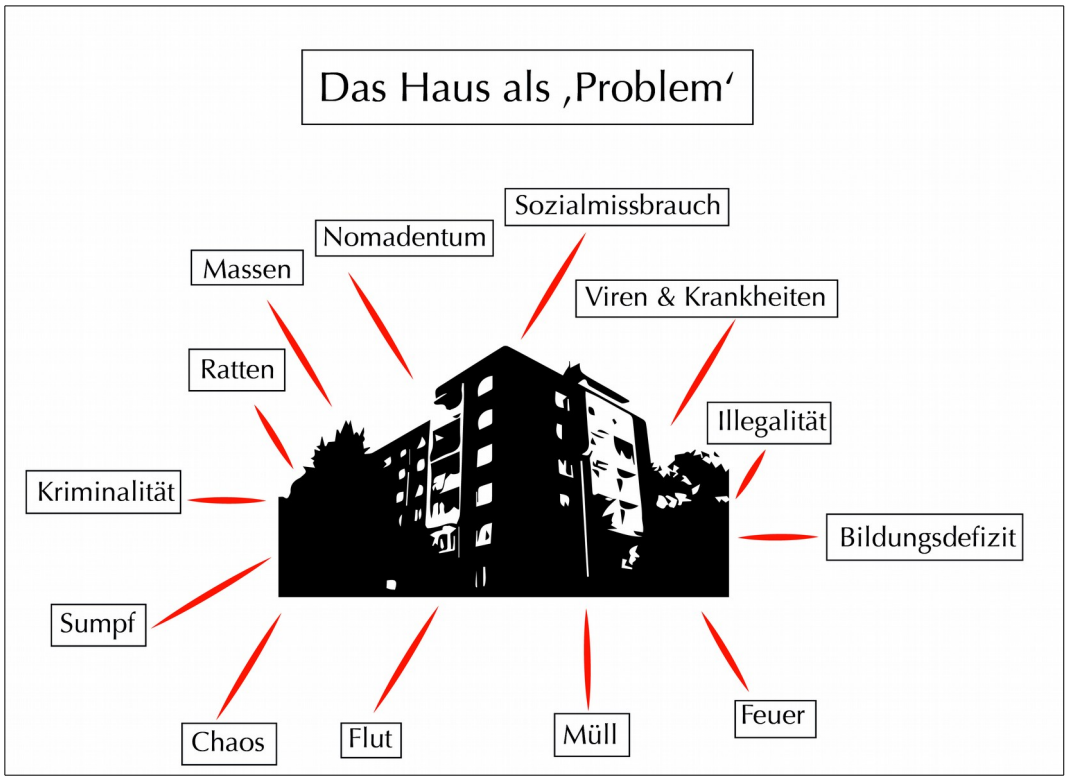
In der WAZ findet sich darüber hinaus eine starke Verknüpfung der Zuwander_innen mit einem vermeintlichen Nomadentum. Hingegen begreift das Stadtpanorama die Zuwanderung vor allem als Ursache für eine Destabilisierung der Stadtteile.

Die bisherigen Anwohner_innen und Alteingesessenen der Stadt Duisburg werden dagegen eher als Personen dargestellt, die von der Zuwanderung betroffen und durch sie benachteiligt sind. Einige der beschriebenen Anwohner_innen sehen sich durch diese Situation sogar gezwungen, aus dem Stadtteil wegzuziehen.

Doch auch die Stadtverwaltung und die Polizei werden als durch die Zuwanderung negativ betroffen wahrgenommen. Stets wird ihre Überforderung und Überlastung angesichts der Migrationsprozesse betont. Diese werden zwar als handhabbare Herausforderungen angesehen; jedoch wird dafür unbedingt Unterstützung von Seiten der EU benötigt. Es wird vornehmlich mehr finanzielle Unterstützung gefordert und gleichzeitig Enttäuschung über nicht hilfsbereite EU-Institutionen geäußert.

Gestalterische Handlungsfähigkeit wird überwiegend bei zivilgesellschaftlichen Initiativen und bürgerschaftlichem Engagement gesehen. Ihr Einsatz wird stets positiv dargestellt, allerdings gehören etwaige Resultate sowie Integrationsleistungen der Zuwander_innen nicht zum Sagbarkeitsfeld des lokalen medialen Diskurses.

Im Untersuchungszeitraum nehmen die Ereignisse um das sogenannte „Problemhaus In den Peschen" großen Raum ein. Dieses Haus kann als Pragmasymbol[37] für die Diskurs um Einwanderung aus Südosteuropa nach Duisburg angesehen werden. Seine kollektivsymbolische Aufladung lässt sich grafisch darstellen.



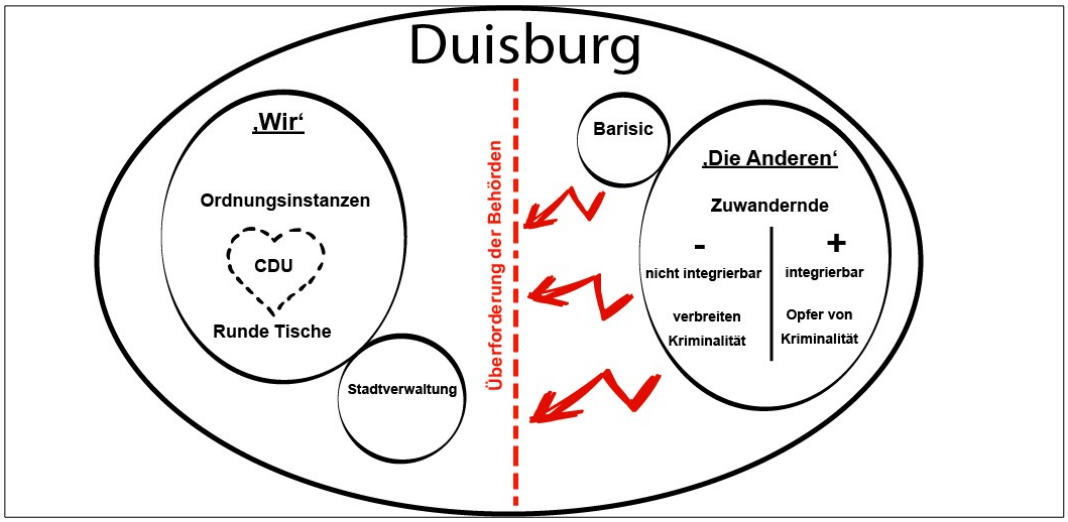
[37] Als Pragmasymbol fungieren solche Kollektivsymbole, die sowohl als Zuschreibung zu einem konkreten Gegenstand wie auch symbolisch gelesen werden (können). Vgl. Jäger / Zimmermann (Hg.) 2010.

Eine weitere Grafik setzt die Dichotomie zwischen „wir versus die Anderen“ ins Bild, die ein weiterer zentraler Bestandteil des lokalen medialen Diskurses ausmacht.

Die Seite des „Wir“ bilden neben der alteingesessenen Bevölkerung die Ordnungsinstanzen, die Runden Tische und die Stadtverwaltung. Die Stadtverwaltung steht dabei ein wenig außerhalb, da sie in besonderem Maße als überfordert und unzureichend agierend dargestellt wird. Dies geschieht besonders in der Berichterstattung der RP, die die CDU als tonangebende kritische Opposition darstellt.

„Die Anderen“ sind die Zuwandernden aus Südosteuropa, aber auch der Vermieter des „Problemhauses“, Branko Barisic. Die Gruppe der Zuwandernden teilt sich auf in diejenigen, die als integrierbar angesehen werden und die, von denen dies nicht angenommen wird. – es wird so eine Dichotomie „positive“ versus „negative“ Einwanderung geschaffen.

Insofern haben wir es bei dem lokalen Mediendiskurs zur Zuwanderung aus Südosteuropa mit einem Diskurs zu tun, der massive Ausgrenzungseffekte produziert und keinesfalls zum friedlichen Zusammenleben der Alt- und Neu-Duisburger_innen beiträgt.



4. Erste Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen / Ausblick

Ein solches Ergebnis bringt die Frage danach auf dem Plan, was getan werden kann, damit solche Ausgrenzungseffekte nicht weiterhin in die Stadtgesellschaft (und darüber hinaus) hineinwirken können.

Dazu ist offenbar ein grundsätzlicher Perspektivwechsel in der Medienberichterstattung vonnöten, der wegführt von der Herausstellung und Betonung der – durchaus ja vorhandenen – problematischen und negativen Aspekte der Einwanderung. Es geht darum, auch die positiven Effekte und Chancen aufzunehmen und zu bewerten, um zu einer gegenseitigen Integration zu gelangen, die das Empowerment aller Beteiligten entwickelt bzw. stärkt.

Die folgenden Überlegungen verstehen sich dabei allerdings als eine offene Liste, die durch weitere Analysen fortgeschrieben werden sollte.[38]

Es geht dabei insbesondere um den Abbau der Konfrontation von „wir" gegenüber „den Anderen".

- Dies kann dadurch geschehen, dass die eingefahrenen Sichtweisen auf die Zuwander_innen, die in der Gesellschaft zu stereotypen Zuschreibungen führen, problematisiert werden.

- Kulturalistische Sichtweisen sollten vermieden werden.

- Eine Ethnisierung, z.B. von Kriminalität, aber auch von Nomadentum etc. sollte unbedingt vermieden werden.

- Zudem sollte auf den Einsatz stigmatisierender Bilder oder Kollektivsymbole verzichtet werden – auch wenn dadurch die Berichterstattung „interessanter" würde.

- Das gilt ebenso für stigmatisierende Begriffe, wie z.B. ‚Klaukids' ‚Roma-Mädchen', ‚Problemhaus' etc.

- Der Einsatz solcher Begriffe durch die Vertreter_innen der Kommune sollte kritisch hinterfragt werden. Das gilt auch für in der Stadtverwaltung kreierte Begriffe wie z.B. die „Task-force", mit der ein Ausdruck aus dem Militär in den Kontext von Migrationsprozessen innerhalb der EU gebracht wird.

- Überhaupt sollten die Informationspolitik und die Strategien der Stadt, aber auch der Polizei und anderer staatlicher Einrichtungen kritisch begleitet werden. Die veröffentlichten Statistiken und Polizeiberichte sind keinesfalls sakrosankt.

- Es sollten mehr Hintergrundinformationen über das Leben der Zuwander_innen in Südosteuropa und ihre Beweggründe zur Migration gege-

[38] Sie basieren im wesentlichen auf die im Rahmen eines Workshops, an dem 16 Personen aus Stadtverwaltung sowie zivilgesellschaftlichen und ehrenamtlich arbeitenden Organisationen teilgenommen haben, vorgestellten Vorschläge, die dort in der Diskussion weiterentwickelt wurden. Dabei soll nicht verschwiegen werden, dass die von uns eingeladenen Vertreter_innen der Duisburger Medien überwiegend – trotz telefonischer Nachfrage – eine Teilnahme für sich und ihr Medium als nicht sinnvoll oder wichtig erachtet haben. Bereits bestehende Anmeldungen wurden kurzfristig aufgrund tagesaktueller Ereignisse und Belastungen abgesagt. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie es gelingen kann, in einen Dialog mit Medienvertreter_innen zu eingetreten. Es scheint so, dass ihre Arbeitsbedingungen eine Reflektion ihrer Tätigkeit nicht oder nur sehr schwer zulassen.

ben werden. Das bedeutet auch, dass die Neu-Duisburger_innen in den Artikeln selbst zu Wort kommen und ihre Sicht schildern können.

- Das in den zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen vorhandene Konzept, dass es nicht um die Etablierung von Betreuungsangeboten, sondern um Begegnungsangebote geht, sollte auch im lokalen Mediendiskurs Eingang finden.

- Das bedeutet, dass die Zuwander_innen in Programmen und Projekte als aktive Personen, als Interviewpartner_innen, als Expert_innen begriffen werden – und wo dies, z.B. von Seiten der Politik nicht geschieht, sollte dies in den Medien kritisch vermerkt werden.

- All dies kann dazu führen, dass in den Medien neben den Problemen, über die selbstverständlich eine Kommunikation in der Stadt mittels der Medien stattfinden soll, die Stärken und Vorteile für die Zukunft der Stadtgesellschaft durch die Migration betont werden.

Die Frage, wie ein Dialog mit örtlichen Journalist_innen stattfinden kann, in dem über die oben genannten Aspekte gesprochen werden kann, ist dabei von besonderen Interesse. Sicherlich lässt die Arbeitssituation vieler Journalist_innen für eine Reflektion ihrer Tätigkeit kaum Spielräume – was allerdings nichts darüber aussagt, dass ein solcher Spielraum nicht dringend geboten und also in gewerkschaftliche Forderungen einfließen muss. Konkret kann der Versuch gemacht werden, Leserbeiräte, die es z.B. bei der WAZ gibt, als Vermittler für einen solchen Dialog zu gewinnen. Und natürlich sollten Journalist_innen regelmäßig auch persönlich angeschrieben werden, nicht nur, um sie kritisch auf Sachverhalte hinzuweisen, sondern auch, um besonders gelungene Darstellungen zu kommentieren. Dies kann kritischen Journalist_innen den Rücken stärken und ihre Stellung in den Redaktionen festigen.

Um eine sachlichere Berichterstattung zu gewährleisten und zu verhindern, dass aus Statisiken Zahlen missverständlich verwendet werden, könnten solche Statistiken von den erstellenden Stellen (Stadtverwaltung, Polizei) halbjährlich in einem Bericht verständlich aufgearbeitet werden und den Redaktionen zur Verfügung gestellt werden.

Um alle diese Aspekte und Forderungen in den mediopolitischen und den Alltagsdiskurs einzubringen und nachhaltig zu implementieren, bedarf jedoch es weiterer Projekte und Analysen. Die vorliegende Analyse kann dazu eine Basis bilden.[39] Jedoch ist der Blick unbedingt über Duisburg hinaus auszuweiten und es sind systematisch die Erfahrungen aus anderen EU-Länder aufzunehmen.

[39] Das Material kann z.B. in Workshops, Gesprächs- und Schulungsangeboten für alle, die im Bereich „Einwanderung aus Südosteuropa“ tätig und/oder an der Thematik interessiert sind, eingesetzt werden.

5 Literatur

Bredehöft, Sonja / Januschek, Franz 1994: Doppelzüngler. Die Sprache der Republikaner, Duisburg.

Brücker, Herbert/ Hauptmann, Andreas/ Vallizadeh, Ehsan 2013: Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien – Arbeitsmigration oder Armutsmigration. In: IAB-Kurzbericht 16/2013.

Bukow, Wolf-D. / Jonuz, Elzabeta 2013: Wissenschaftliche Begleitung für eine interkommunale Kooperation zur Entwicklung eines Handlungsrahmens 'Zuwanderung aus Südosteuropa', in: Forschungskolleg Siegen, Siegen / Köln. Unveröffentlichte Fassung.

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (Hg.) 2004:. Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern (Freizügigkeitsgesetz/ EU-FreizügG/EU). Im Internet unter: http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/freiz_gg_eu_2004/gesamt.pdf. Recherche am 12.03.2015.

Butterwegge, Christoph 2011: Was ist „Rechtspopulismus“, in: Rechtspopulismus in Berlin, hrsg. vom Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“, Berlin, 8-10.

End, Markus 2014: Antiziganismus in der deutschen Öffentlichkeit. Strategien und Mechanismen medialer Kommunikation, Heidelberg.

End, Markus / Herold, Kathrin / Robel, Yvonne (Hg.) 2009: Antiziganistische Zustände. Zur Kritik eines allgegenwärtigen Ressentiments, Münster.

Geden, Oliver 2007: Rechtspopulismus. Funktionslogiken – Gelegenheitsstrukturen – Gegenstrategien (SWP-Studie), Berlin.

Gießelmann, Bente 2013: Ein deutscher Mythos am Stiel: Hochfeld besenrein, DISS-Journal 25 (2013), 2-3.

Graevskaja, Alexandra 2013: „Die machen unser schönes Viertel kaputt!“ Rassismus und Antiziganismus am Beispiel Duisburgs, in: Kellershohn, Helmut / Paul, Jobst (2013): Der Kampf um Räume. Neoliberale und extrem rechte Konzepte von Hegemonie und Expansion, Münster.

Grewenig, Adi 1993: Inszenierte Information. Politik und strategische Kommunikation in den Medien, Opladen.

Grote, Janne 2014: EU-Freizügigkeit: Fakten zur Einwanderung von Rumänen und Bulgaren. Bundeszentrale für politische Bildung, im Internet unter: http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/newsletter/176533/fakten-zur-einwanderung. Recherche am 12.03.2015.

Hund, Wulf D. 2014: Das Zigeuner-Gen. Rassistische Ethik und der Geist des Kapitalismus, in: Hund (Hg.), 22-43.

Hund, Wulf D. (Hg.) 2014: Fremd, faul und frei. Dimensionen des Zigeunerstereotyps, Duisburg.

Jäger, Margarete / Jäger, Siegfried 2007: Deutungskämpfe. Theorie und Praxis angewandter Diskurstheorie, Wiesbaden.

Jäger, Siegfried 2012: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, Münster.

Jäger, Siegfried / Link, Jürgen (Hg.) 1993: Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien, Duisburg.

Jäger, Siegfried / Zimmermann, Jens 2010: Lexikon Kritische Diskursanalyse. Eine Werkzeugkiste, Münster.

Link, Jürgen 1982: "Kollektivsymbolik und Mediendiskurse", in: kultuRRevolution 1.

Link, Jürgen 2006: Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird, 4. Auflage, Göttingen.

Niemann-Findeisen, Sören 2014: Eine nomadische Kultur der Freiheit. Vom Traum der Tsiganologie, in Hund (Hg.), 165-181.

Pelinka, Anton 2002: Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung. Zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreich, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 3/2002, 281-290.

Polizei Nordrhein-Westfalen, Duisburg 2014: Kriminalitätsbericht 2013. Polizeipräsidium Duisburg, Duisburg.

Rheinfeldt, Sebastian 2012: Populismus – eine politische Technologie, in: Jäger, Margarete / Kauffmann, Heiko: Skandal und doch normal. Impulse für eine antirassistische Praxis, Münster, 146-158.

Reinfeldt, Sebastian 2013: ‚Wir für Euch'. Die Wirksamkeit des Rechtspopulismus in Zeiten der Krise, Münster.

Rheims, Birgit 2010: Othering. Im Internet unter: http://www.ida-nrw.de/glossar/?qlChar=O. Recherche am 02.04.2015.

Ufen, Katrin 2014: Aus Zigeunern Menschen machen. Heinrich Moritz Gottlieb Grellmann und das Zigeunerbild der Aufklärung, in: Hund (Hg.), 72-90.

Wigger, Iris 2014: Ein eigenartiges Volk. Die Ethnisierung des Zigeunerstereotyps im Spiegel von Enzyklopädien und Lexika, in: Hund (Hg.), 44-69

Winckel, Änneke 2002: Antiziganismus. Rassismus gegen Roma und Sinti im vereinigten Deutschland, Münster.

Wippermann, Wolfgang 1997: Wie die Zigeuner. Antisemitismus und Antiziganismus im Vergleich, Berlin.

Wippermann, Wolfgang 2011: Antiziganistische Symbollehre: Der Besen vor der Tür, unter: http://antizig.blogsport.de/2011/04/27/antiziganistische-symbollehre-der-besen-vor-der-tuer/ (16.4.2015).

Wolff, Ulrich 2014: Die Roma-Frage. Presseberichterstattung und Zigeunerstereotyp, in: Hund (Hg.), 208-218.

Websites

http://www.duisburg.de/vv/I-03/medien/Einwohner_nach_Deutschen_und_Auslaendern_am_31122014.pdf [abgerufen am 10.03.2015]
http://www.derwesten.de/staedte/duisburg/ordnungsamt-duisburg-kontrolliert-ab-heute-intensiver-id8628771.html

6. Nachweis der analysierten Artikel

Rheinische Post

Zuwanderung: Stadt stellt Anträge auf Förderung vom 01.04.2014

Problemhäuser: Meldekontrollen der Ordnungshüter vom 04.04.2014

Mehr Hilfen, aber auch mehr Arbeit vom 05./06.04.2014

Runder Tisch fordert: Stadt muss Roma helfen vom 05./06.04.2014

Handyräuber in der U79 vom 07.04.2014

Dreister Dieb stahl Rentner das Auto vom 19.04.2014

Jugendamt gibt Startschuss für 17 neue Projekte vom 22.04.2014

Nichts ist so wichtig wie die Sicherheit vom 22.04.2014

Grüne stellen Wahlprogramm vor vom 23.04.2014

Mehr als nur Anlaufstelle für Reisende vom 23.04.2014

Parteien empört über Wahlplakate der Christdemokraten vom 24.04.2014

Pilotprojekt mit Roma kostet die Stadt 160000 Euro vom 24.04.2014

CDU-Chef verteidigt das Wahlplakat vom 26.04.2014

Barisic geht rechtlich gegen Plakate vor vom 28.04.2014

Gefesselt und in die Toilette gesperrt vom 28.04.2014

CDU will den „Stillstand abwählen" vom 29.04.2014

„klarkommen" soll Einwanderern helfen vom 29.04.2014

Jäger: CDU redet Duisburg schlecht vom 30.04.2014

63-jährige am Geldautomat beraubt vom 08.05.2014

Stadt muss BuT-Geld zurückgeben vom 14.05.2014

Lebhafte Diskussion über Zuwanderung vom 15.05.2014

Stadt will Barisics Häuser kaufen vom 15.05.2014

Wahlkampf mit wenigen Aufregern vom 24.05.2014

Link hat Angst vor rechten Gruppen vom 28.05.2014

Hochfelds Schulen sind an ihrem Limit vom 07.06.2014

Städtische Übergangsheime sind fast voll vom 25.06.2014

Stadtpanorama:

West

Integration von Zuwanderern vom 23.04.2014

Freizügigkeit in Europa: Fluch oder Segen? Vom 07.05.2014

Rage against Racism vom 18.06.2014

Mitte

Integrationskurse der Vhs ziehen um vom 05.06.2014

Nord

Jetzt redet Marxloh Tacheles! vom 25.06.2014

Hoffen auf rege Teilnahme vom 25.06.2014

WAZ

Pro Woche kommen 30 neue Schüler vom 24.01.2014

So lernen die Kinder der Roma vom 24.01.2014

Bahtalo macht Hoffnung und Freude vom 28.01.2014

Lorbeeren für Integrationshelfer vom 01.02.2014

Ein Besuch, fünf Politiker, hundert Hoffnungen vom 05.02.2014

Zuwanderer auf das Berufsleben vorbereiten vom 05.02.2014

Hochfeld präsentiert Stärken und Kanten vom 08.02.2014

Wer sonst? vom 08.02.2014

Nicht zu schaffen vom 10.02.2014

Sozialer Friede vom 10.02.2014

Türkische Klänge an Musikschulen vom 10.02.2014

CDU kritisiert Sozialkomissar vom 11.02.2014

Der Kommune fehlen die Ideen vom 11.02.2014

Duisburg – Brüssel 1:1 vom 14.02.2014

Hier kennt jeder jeden vom 14.02.2014

Lob für Spaniel vom 18.02.2014

„Roma-Scouts“ nehmen ihre Arbeit auf vom 19.02.2014

Rückkehr der Polizisten aus Rumänien vom 21.02.2014

Stadt prüft Kauf der „Problemhäuser“ vom 12.03.2014

„Wir leben verhältnismäßig sicher“ vom 20.03.2014

„Spielen sie nicht mit dem Feuer“ vom 21.03.2014

Ordnungsamt überprüft gemeldete Bewohner vom 04.04.2014

Preis für Integrationspioniere vom 04.04.2014

Duisburg siedelt Roma-Familie um vom 23.04.2014

Empörung über CDU-Wahlplakat vom 25.04.2014

Junge Straftäter sollen lernen klarzukommen vom 29.04.2014

„Das Plakatmotiv ist aktuell“ vom 30.04.2014

Städte gehen rigoroser gegen Klaukids vor vom 06.05.2014

Die letzte Chance für Elisabeta vom 06.05.2014

Trickbetrüger an der A-524-Auffahrt vom 20.05.2014

Sieger ohne Jubelstimmung vom 26.05.2014

Hartz 4: Zustrom aus Osteuropa ins Revier vom 12.06.2014

Forum Integration fördert Potenzial von Zuwanderern vom 13.06.2014

Niemöller-Stiftung zeichnet Hochfelder Initiative aus vom 16.06.2014

Leben und Glauben der Roma vom 21.06.2014

Kirche zeigt Flagge gegen Rechts vom 23.06.2014

Einbrüche in Kitas und Schulen offenbar aufgeklärt vom 24.06.2014

Zeugen stellen zwei Autoknacker vom 24.06.2014

„Falken“ machen Multikultur im Hochfelder Park vom 30.06.2014

Wochenanzeiger

Auf der Flucht Unfall gebaut vom 04.01.2014

Mehr Mittel fürs Ruhrgebiet gefordert vom 15.01.2014

Mehr Kohle für den Pott vom 18.01.2014

„Wir sind auf großes Verständnis gestoßen“ vom 18.01.2014b

Ein sehr Mut machendes Signal vom 29.01.2014a

Integrationsminister lobt Zivilcourage vom 29.01.2014b

3,2 Millionen Euro bewilligt vom 08.02.2014a

Wenig Greifbares vom 08.02.2014b

Andor kam mit leeren Händen vom 12.02.2014a

Mit Latexhandschuhen und Kamera im Einsatz vom 12.02.2014b

Menschen mehr unterstützen! Vom 05.04.2014a

Intensive Kontrollen notwendig vom 05.04.2014b

„Eine Vertreibung ist unakzeptabel“ vom 12.04.2014

Wahlkrampf im Wahlkampf vom 26.04.2014

„Plakat aktuell“ vom 30.04.2015

Von Groschengräbern und Schrottbauten vom 17.05.2014

„Gesprächsstörung mit dem Bürger“ vom 21.05.2014

Was nun tun gegen rechts? vom 28.05.2014

Wir wollen Probleme lösen, anstatt zu provozieren vom 31.05.2014

Keine Fraktion mit ProNRW und/oder NPD vom 04.06.2014

Klärungsbedarf vom 14.06.2014

Konsens gegen Rechts vom 18.06.2014

Marxloh, was nun? Vom 21.06.2014a

Die Welt ist längst bei uns zuhause! vom 21.06.2014b

Reger Austausch vom 28.06.2014

Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung
Siegstraße 15, 47051 Duisburg, Federal Republic of Germany
+49 203 20249
www.diss-duisburg.de
info@diss-duisburg.de